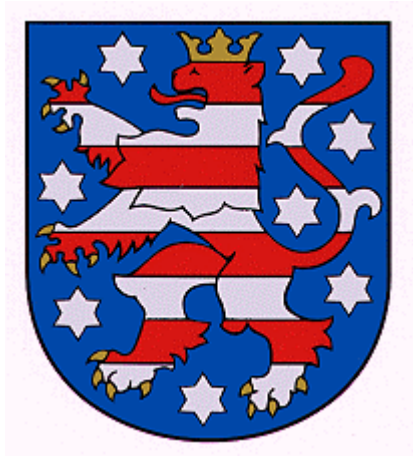


POLITISCHE KULTUR IM FREISTAAT THÜRINGEN



Thüringens Zukunft aus Bürgersicht: Erwartungen, Herausforderungen, Gestaltungsmöglichkeiten

Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2006

Michael Edinger • Andreas Hallermann • Karl Schmitt

Institut für Politikwissenschaft
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort	6
I. Einleitung	7
II. Thüringen aus der Sicht seiner Bürger	10
III. Wahrnehmungen und Positionen zu gesellschaftlichen Herausforderungen	20
1. Die Trias Problemperzeption – eigene Betroffenheit – Lösungskompetenz des Staates	20
1.1. Problemwahrnehmung	20
1.2. Eigene Betroffenheit	22
1.3. Kompetent oder überfordert? Zur Problemlösungsfähigkeit des Staates	24
2. Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels	29
2.1. Kindermangel und dessen Folgen	30
2.2. Umbau des Sozialstaats	34
IV. Einstellungen zu Politik und Demokratie	39
1. Politische Orientierungen allgemein	39
2. Demokratiebezogene Einstellungen	46
3. Schlussstrich unter den Unrechtsstaat? Ambivalenter Rückblick auf die DDR	56
4. Kontinuität und Wandel rechtsextremer Einstellungen	67
V. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen und Einstellungen zur Demokratie	75
VI. Fazit	82
Literatur	85
Anhang: Tabellarische Übersichten	88

Verzeichnis der Abbildungen

Abb. 1:	Regionale Identität im Zeitverlauf	12
Abb. 2:	Bewertung einer etwaigen Fusion der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen	15
Abb. 3:	Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen	16
Abb. 4:	Gerechtigkeitswahrnehmungen nach Einschätzung der eigenen finanziellen Lage	17
Abb. 5:	Präferenz für Freiheit oder Gleichheit / Sicherheit im Zeitverlauf	18
Abb. 6:	Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme	21
Abb. 7:	Eigene Betroffenheit von gesellschaftlichen Problemen	23
Abb. 8:	Einschätzung der Kompetenz des Staates zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme	25
Abb. 9:	Perzeption, Betroffenheit und Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates bei verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen	27
Abb. 10:	Wahrnehmung von Problemen und Leistungsfähigkeit des Staates	28
Abb. 11:	Gründe für Kinderlosigkeit	31
Abb. 12:	Präferenz für mehr Geld zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf	33
Abb. 13:	Zukunft der Rentenversicherung – nach Altersgruppen	35
Abb. 14:	Selbsteinschätzung als Verlierer von Reformen – 2004 und 2006 im Vergleich verschiedener Bevölkerungsgruppen	37
Abb. 15:	Institutionenvertrauen 2003 und 2006	41
Abb. 16:	Spannbreite zwischen Vertrauen in politische Entscheidungsinstitutionen und Vertrauen in politikferne Implementationsinstitutionen, 2000-2006	43
Abb. 17:	Politische Partizipation	44
Abb. 18:	Anteil stark politisch Engagierter nach Selbstwirksamkeit, Parteienunterstützung und Institutionenvertrauen	45
Abb. 19:	Demokratieunterstützung nach Ebenen im Zeitverlauf	49
Abb. 20:	Starkes legales politisches Engagement und politische Gewaltbereitschaft nach Typen demokratiebezogener Einstellungen	53
Abb. 21:	Erklärungsfaktoren für die drei Konstrukte der Demokratieunterstützung	55
Abb. 22:	Einstellungen zur DDR im Zeitverlauf	58
Abb. 23:	DDR-Affinität (DDR-Nostalgie) und Bestreitung des Unrechtscharakters der DDR nach Parteineigung	59

Abb. 24:	Einstellungen zum SED-Erbe nach DDR-Affinität (DDR-Nostalgie)	61
Abb. 25:	Typen demokratiebezogener Einstellungen nach DDR-Affinität (DDR-Nostalgie)	65
Abb. 26:	Quellen des DDR-Bilds bei den 18- bis 29-Jährigen	66
Abb. 27:	Rechtsextreme insgesamt und überzeugte Rechtsextreme im Zeitverlauf	71
Abb. 28:	Rechtsextreme mit mäßigen Vorurteilen und überzeugte Rechtsextreme nach Deprivation, Demokratieunterstützung und Autoritarismus	72
Abb. 29:	Politische Partizipation von Befragten mit und ohne rechtsextreme Einstellungen	74
Abb. 30:	Unterstützung der Demokratie und Attraktivität von Systemalternativen nach relativer Kompetenz – Vergleich der Kontrastgruppen	77

Verzeichnis der Tabellen

Tab. 1:	Thüringenbezogene Einstellungen nach regionaler Identität	13
Tab. 2:	Betroffenheit von gesellschaftlichen Problemen nach Problemperzeption	24
Tab. 3:	Einschätzung der Kompetenz des Staates bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Problemen nach Problemperzeption	29
Tab. 4:	Strukturierung der Gründe für Kinderlosigkeit	32
Tab. 5:	Problemwahrnehmung, eigene Betroffenheit und Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates nach Positionen zum Wohlfahrtsstaat	38
Tab. 6:	Ebenen, Objekte und Indikatoren der Demokratieunterstützung	47
Tab. 7:	Typen demokratiebezogener Einstellungen (Haupttypen) im Zeitverlauf	50
Tab. 8:	Typologie der Einstellungen zur Demokratie (Typologie Demokratie-Diktatur)	51
Tab. 9:	Anteil der Befragten mit DDR-Affinität (DDR-Nostalgiker) nach verschiedenen Einflussfaktoren	64
Tab. 10:	Zustimmung zu den zehn Aussagen zum Rechtsextremismus 2001 bis 2006	69
Tab. 11:	Zusammenhang der Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen mit Einstellungen zur Demokratie und zu Systemalternativen	76
Tab. 12:	Erklärungsmodell der Einstellungen zur Demokratie und zu Systemalternativen	79
Tab. 13:	Minimales Erklärungspotential verschiedener Faktorenbündel für die Systemunterstützung	80

Vorwort

Mit der vorliegenden Untersuchung geht der THÜRINGEN-MONITOR in sein siebtes Jahr. Damit dürfte er die einzige Dauerbeobachtung politischer Kultur in einem Bundesland darstellen, deren Ergebnisse öffentlich zugänglich sind. Im Einklang mit der bisherigen Praxis werden auch 2006 einerseits die politischen Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger, andererseits ihre Positionen zu einem ausgewählten Schwerpunktthema einer sozialwissenschaftlichen Analyse unterzogen. In der diesjährigen Studie setzt sich das Forscherteam der Friedrich-Schiller-Universität Jena schwerpunktmäßig mit den gesellschaftlichen Herausforderungen und ihrer Wahrnehmung und Bewertung in Thüringen auseinander. Inhaltliche Bezüge ergeben sich dabei zu den Themen der Jahre 2004 (Reform des Sozialstaats) und 2002 (Familie); im Zentrum der übrigen Studien standen der Rechtsextremismus (2000), Jugend und Politik (2001), die Einstellungen zur Demokratie (2003) und zuletzt im Vorjahr die Bewertung der deutschen Einheit.

Der THÜRINGEN-MONITOR 2006 fällt in eine Phase, in der Fragen der Zukunftssicherung – von der Altersversorgung bis zum Verbleib junger Menschen in der Region – ganz oben auf der politischen Agenda stehen. Die vorliegende Studie analysiert dabei die subjektive Dimension dieser und weiterer gesellschaftlicher Herausforderungen. Ihre Wahrnehmung und Bewertung durch die Thüringer gehört daher ebenso zum Untersuchungsgegenstand wie deren Präferenzen im Hinblick auf politische Konzepte zur Bewältigung dieser Herausforderungen.

Wie in den vergangenen Jahren liegt der von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung eine repräsentative Telefonbefragung zugrunde, die von „Infratest dimap“ zwischen dem 28. Juni und 18. Juli 2006 (und damit in zeitlicher Überschneidung mit der Fußballweltmeisterschaft) unter 1.000 wahlberechtigten Thüringer Bürgern durchgeführt wurde. Die konkreten Frageformulierungen und die Häufigkeitsverteilungen für die Befragten nach Geschlecht, Bildung, Alters- und Erwerbsgruppen sowie Konfession sind in dem der Studie angehängten Tabellenteil dokumentiert. Dieser Anhang ermöglicht es, viele der im Text gemachten Aussagen im Detail nachzuvollziehen. Für Prozentangaben im Text selbst gilt, dass es sich, wenn nicht anders angegeben, um gültige Prozente handelt.

Die Autoren danken „Infratest dimap“ und namentlich den Herren Reinhard Schlinkert und Dr. Klaus Gotto für die wie immer freundliche und konstruktive Zusammenarbeit in jeder Phase des Projekts. Unser Dank geht ferner an Herrn Thomas Bauer M.A. für die Erstellung des Tabellenanhangs und für die Datenaufbereitung.

Jena, im Oktober 2006

Michael Edinger

Andreas Hallermann

Karl Schmitt

I. Einleitung

„Thüringen hat Zukunft“ – davon zeigen sich die meisten Bewohner des Freistaats überzeugt (TM 2001: 9), und kein Politiker, gleich ob auf den Regierungsbänken oder in den Reihen der Opposition platziert, will dem widersprechen. Dabei deuten manche Entwicklungen durchaus darauf hin, dass Thüringens Zukunft auf dem Spiel steht, zumindest aber auf längere Sicht gefährdet sein könnte. Wesentlicher Grund dafür ist nicht etwa eine auf absehbare Zeit anstehende Fusion mit den ostdeutschen Nachbarländern, über deren Akzeptanz in der Bevölkerung weiter unten auch zu lesen sein wird. Vielmehr sind es zwei scheinbar „eherne Gesetze“, die Fragen nach der Zukunft, ja sogar der Zukunftsfähigkeit Thüringens aufkommen lassen: der demografische Wandel (vgl. überblicksartig Frevel 2004) und die Globalisierung.

Beide Entwicklungen sind weder neu noch sind sie auf Thüringen beschränkt. Sie werfen allerdings auf je eigene Weise grundlegende Probleme für ein kleines Bundesland auf, das im kooperativen (Verflechtungs-)Föderalismus über nur geringe (alleinige) Entscheidungskompetenzen verfügt. Die mutmaßlichen und die bereits eingetretenen Folgen der demografischen Veränderungen in Thüringen sind unlängst in einem umfangreicheren Demografiebericht (Demographiebericht Thüringen 2006) dokumentiert worden (vgl. zum Thema bereits TM 2002: 9-23), sodass hier einige Stichworte zur Kennzeichnung der nur als prekär zu bezeichnenden Lage ausreichen mögen: die kontinuierliche Schrumpfung und Alterung der Thüringer Bevölkerung vor allem als Konsequenz einer historisch niedrigen Geburtenrate, die Entleerung und Marginalisierung des ländlichen Raums, zudem eine kontinuierliche Abwanderung vorwiegend junger, besser qualifizierter Menschen in die Ballungszentren Westdeutschlands – und damit dorthin, wo bessere Arbeitsplätze und ein höherer Lebensstandard locken.

Hinzu treten die weithin bekannten Finanzierungsprobleme in nahezu allen Säulen der sozialen Sicherungssysteme. Die Verschiebung der Relation von Rentnern zu Beitragszahlern macht eine Fortsetzung des Umlageverfahrens in der Rentenversicherung in seiner bisherigen Form unmöglich, und wird, wenn alle anderen Faktoren konstant bleiben, die Kosten des Gesundheitssystems weiter in die Höhe treiben. Dass darüber hinaus gesellschaftliche Beziehungen ganz neu strukturiert werden müssen (mit weitreichenden Implikationen für die Beziehungen zwischen den Generationen, für das Rentenalter, die Entstehung neuer Dienstleistungszweige usw.), sei hier nur erwähnt (drastisch Schirrmacher 2004). Die Konsequenzen der hier nur knapp umrissenen Entwicklungen sind einschneidend und zwingen, gerade weil die Reproduktionsrate kurzfristig kaum zu beeinflussen ist, Politik und Gesellschaft zu grundsätzlichen Veränderungen – eben zu Reformen (Birg 2005).

Gleichwohl ist die zumal von den Medien bei jeder Gelegenheit betriebene Dramatisierung („demografische Bombe“) nicht nur wenig hilfreich, sondern auch irreführend. Längst nicht alle gesellschaftlichen Probleme liegen in der Veränderung der Bevölkerungsstruktur begründet, und schon gar nicht lassen sie sich ausschließlich darauf zurückführen (kritisch etwa Müller 2004: 103-140). Die ökonomischen, gesellschaftlichen und menschlichen Kosten der Massenarbeitslosigkeit beispielsweise sind nur indirekt mit dem demografischen Wandel verbunden.

Die Folgen und Implikationen von Globalisierungsprozessen sind weniger offensichtlich als die des demografischen Wandels, deswegen aber nicht weniger einschneidend. Mit der

Entgrenzung vor allem des Waren-, Dienstleistungs- und Finanzverkehrs und der eng damit verknüpften dramatischen Beschleunigung der Kommunikation sind die Nationalstaaten, aber auch regionale Akteure wie die deutschen Länder in ihrer Steuerungskapazität maßgeblich geschwächt worden. Allgemeiner gesprochen ist der Aktionsradius von Politik enger geworden und damit auch die Chancen der Politik, auf globale (Markt-)Entwicklungen Einfluss nehmen und deren Konsequenzen korrigieren zu können.

Ebenso wie die hier vorwiegend interessierenden demografischen Entwicklungen ist die Globalisierung in ihren Wirkungen ambivalent: Sie ist verknüpft mit Risiken und neuen Problemen, aber ebenso mit Chancen und neuen Perspektiven. Ihrer Natur nach grenzüberschreitend betreffen sie auch noch den hintersten Zipfel Thüringens und (weit mehr als in früheren Zeiten) alle Bürger. Schon von daher erzwingen beide Entwicklungen eine aktive Auseinandersetzung und disqualifizieren von vornherein jegliche „Vogel-Strauß-Politik“. Namentlich die demografische Entwicklung verlangt auch und gerade angesichts der fehlenden Möglichkeit, rasche Änderungen zu erreichen, einen reflektierten Umgang. Auch wenn dafür primär die politischen Eliten verantwortlich zeichnen, werden sie ihrer politischen Gestaltungsaufgabe nicht ohne eine hinreichende Unterstützung der Bürger gerecht werden können. Dafür bedarf es aber der Kenntnis des Problembewusstseins und vor allem der Präferenzen der Bürger, die nicht zuletzt auch Wähler sind.

Wenn der diesjährige THÜRINGEN-MONITOR die gesellschaftlichen Herausforderungen und unter diesen im Besonderen solche, die mit der demografischen Entwicklung in Verbindung stehen, als seinen Schwerpunkt hat, dann kann die Auseinandersetzung damit nicht in der Weise geschehen, dass die aus dem Bevölkerungsrückgang hervorgehenden Problemkonstellationen selbst diskutiert werden. Vielmehr geht es hier um die entsprechenden *Wahrnehmungen* der Thüringer. Als wie drängend werden solche grundsätzlichen Herausforderungen empfunden? Welches Problembewusstsein hat sich – auch im Vergleich zu anderen, mit demografischen Entwicklungen nicht verknüpften Herausforderungen – mittlerweile in der Bevölkerung herausgebildet? Welche Gestaltungschancen im Umgang mit den jeweiligen Problemen sehen die Betroffenen und inwiefern betrachten sie den Staat überhaupt als kompetent zur Problembewältigung? Welche politischen Einstellungen sind schließlich mit spezifischen Problemperezeptionen verknüpft?

Indem der THÜRINGEN-MONITOR 2006 Antworten auf diese und verwandte Fragen zu geben versucht, wird erstmalig eine „Landkarte“ grundlegender demografiebezogener und weiterer Herausforderungen gezeichnet, wie sie in den Köpfen der Thüringer besteht. Dadurch lässt sich nicht nur die Akzeptanz bestimmter politischer Konzeptionen und Programme in der Bevölkerung, letztlich also deren Reformbereitschaft bestimmen. Vielmehr kann so auch Aufschluss über die Bestimmungsgründe der jeweiligen (vorwiegend familien- und sozialpolitischen) Präferenzen gewonnen werden.

Die folgenden Ausführungen gliedern sich, der Praxis der vorausgegangenen Jahre folgend, in einen dem aktuellen Schwerpunkt gewidmeten Teil und in die Dauerbeobachtung der politischen Kultur, die sich auf die politischen Grundorientierungen der Thüringer erstreckt. Im Rahmen der Dauerbeobachtung werden wie jedes Jahr Entwicklungen für drei Einstellungsbereiche dokumentiert und analysiert: für die Wahrnehmung der Politik im Allgemeinen (Kap. IV.1), für die Unterstützung der Demokratie (Kap. IV.2) und für den Rechtsextremismus (Kap. IV.4). Mittlerweile stehen hier Zeitreihen für sechs, vereinzelt sogar für sieben Jahre zur Verfügung, die belastbare Aussagen über Kontinuität und Wandel der entsprechenden politischen Einstellungen erlauben.

Das im Rückblick bemerkenswert positive DDR-Bild in Thüringen, das bei den bisherigen Untersuchungen ermittelt werden konnte (insbesondere TM 2005), ist in diesem Jahr zum Anlass genommen worden, den Quellen und Wirkungen der Nähe zum untergegangenen Regime nachzugehen. Welche Gruppen sind es, die sich der DDR auch 17 Jahre nach dem Mauerfall verbunden fühlen? Ist die DDR-Nostalgie vorwiegend Reaktion auf eine Unzufriedenheit mit dem Status quo oder beruht sie auf einer Identifikation mit den ideologischen Fundamenten des SED-Regimes? Aus welchen Quellen schließlich speist sich das DDR-Bild junger Menschen, die die DDR aus eigenem Erleben kaum kennen? Antworten auf diese Fragen verspricht eine Kombination aus Zeitreihenanalyse und Interpretation erstmalig aufgenommener Aussagen zur DDR (Kap. IV.3).

Am Anfang der Beschäftigung mit dem diesjährigen Schwerpunktthema der gesellschaftlichen Herausforderungen steht die Trias aus Betroffenheit, wahrgenommenem Problemdruck und Lösungskompetenz des Staates (Kap. III.1). Sie vermittelt ein Bild von der Sensibilität der Thüringer gegenüber zentralen Zukunftsfragen von Gesellschaft und Politik. Dabei interessiert vor allem, welche Herausforderungen als groß und dringlich empfunden werden und inwiefern sich der Problemdruck aus der eigenen Betroffenheit ableitet, oder ob er davon unabhängig ist. Zudem wird der Frage nachgegangen, ob die dem Staat zugesprochene Handlungskompetenz dem Problemdruck in den einzelnen Politikfeldern angemessen ist.

Im Anschluss daran werden mögliche Reaktionen auf und politische Bewältigungsstrategien für die verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen untersucht, wie sie sich aus der Sicht der Thüringer darstellen (Kap. III.2). Zugleich werden hier die Präferenzen der Befragten hinsichtlich konkreter Handlungsalternativen in der Familienpolitik und beim Umbau des Sozialstaats berichtet. Welche Gründe sehen die Befragten etwa für die niedrige Geburtenrate? Und mit welchen Maßnahmen lassen sich Anreize für die Familiengründung schaffen? Wie kann die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden? Wie sollte das Rentensystem verändert werden?

Im Schlusskapitel (Kap. V) werden das Schwerpunktthema und die politischen Einstellungen aufeinander bezogen. Es dient dazu, die Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Herausforderungen auf ihre politischen Wirkungen hin zu untersuchen. Sollten der empfundene Problemdruck und die wahrgenommene Handlungsfähigkeit des Staates die Bewertung der Demokratie und etwaiger Systemalternativen erheblich beeinflussen, würde dies die Dringlichkeit der gesellschaftlichen Herausforderungen noch forcieren – und die Politik mit besonderen Leistungserwartungen konfrontieren. Derartige Implikationen der diesjährigen Befunde werden im Fazit (Kap. VI) knapp erörtert.

Der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Problemlagen und den politischen Orientierungen geht jedoch ein dezidiert thüringenbezogener Teil voraus. Denn bevor nach den gesellschaftlichen Herausforderungen und nach den Erwartungen an eine zukunftsgerichtete Politik für Thüringen gefragt werden kann, bedarf es einer Bestandsaufnahme des Thüringenbildes und des Lebens im Freistaat. Wie also wird der Freistaat von seinen eigenen Bürgern beurteilt?

II. Thüringen aus der Sicht seiner Bürger

Seit Beginn des THÜRINGEN-MONITORS zeichnen sich die Thüringer durch eine enge Bindung an den Freistaat aus. So bezeichneten etwa bei der ersten Erhebung im Jahr 2000 neun von zehn Befragten Thüringen als ihre Heimat (TM 2000: 38). Die Heimatverbundenheit geht zudem einher mit einer hohen Wertschätzung der eigenen Region. Beispielhaft dafür steht die eingangs zitierte Überzeugung, dass Thüringen ein Land mit Zukunft ist, die 2001 60 Prozent der Thüringer zum Ausdruck brachten. Schließlich zeigte sich im vergangenen Jahr eine deutliche absolute Mehrheit stolz über das seit 1990 in Thüringen Erreichte (TM 2005: 22). Die aktuellen Ergebnisse bestätigen die ausgeprägte regionale Identität im Freistaat, weisen zugleich aber eine Reihe interessanter Nuancen auf.

Zunächst unterstreichen die Antworten auf die direkte Frage nach der Verbundenheit mit Thüringen die emotionale Verankerung der Befragten in der Region. Eine überwältigende Mehrheit von über 80 Prozent gibt an, sich mit Thüringen stark oder sehr stark verbunden zu fühlen. Nahezu identische Werte ergeben sich für die Verbundenheit mit dem eigenen Wohnort. Der stark positive Zusammenhang zwischen beiden Einstellungen deutet drauf hin, dass sich die regionale Verbundenheit nicht zuletzt aus der Wertschätzung des Wohnorts speist. Während diese doppelte lokale und regionale Verbundenheit nahezu sämtliche soziale Gruppen eint, fällt die jüngste Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen aus dem Rahmen. Erwartungsgemäß zeigt sie sich sowohl mit Thüringen als auch mit dem eigenen Wohnort am wenigsten verbunden. Dies dürfte ebenso dem hohen Anteil Studierender in dieser Alterskohorte geschuldet sein, die vielfach nicht dort studieren, wo sie aufgewachsen sind, wie dem Wissen um die in der modernen Gesellschaft erforderliche Mobilität.

Die gleichwohl starken regionalen Bindungen im Freistaat finden auch in der vergleichenden Einordnung Thüringens ihren Niederschlag. Wie schon in den Vorjahren sind fast zwei Drittel der Befragten der Auffassung, Thüringen brauche den Vergleich mit vielen westdeutschen Ländern nicht zu scheuen. Mag dieses landespolitische Selbstbewusstsein noch von gewissen Vorbehalten gegenüber westdeutscher Dominanz getragen sein, so schneidet der Freistaat im Urteil seiner Bürger doch auch im innerostdeutschen Vergleich positiv ab: Zumindest gilt dies in wirtschaftlicher Hinsicht: Die Aussage, dass die wirtschaftliche Lage in Thüringen besser ist als in den übrigen ostdeutschen Ländern, findet mehr Zustimmung als Ablehnung. Auch in dieser Hinsicht überwiegt die Kontinuität zu den vorangegangenen Jahren.

Wie weit trägt aber die hier skizzierte Verbundenheit mit Thüringen in Zeiten hoher Mobilität(-serwartungen) und einer seit Jahren angespannten Situation auf dem Arbeitsmarkt? Diese Frage stellt sich vor allem mit Blick auf das Problem der Abwanderung zumal junger Menschen, das Teil des diesjährigen Schwerpunktthemas ist. Schon in früheren Auswertungen des THÜRINGEN-MONITORS ist auf das beträchtliche Potenzial an abwanderungsbereiten jungen Erwachsenen hingewiesen worden (TM 2003: 10; TM 2004: 32f.). In Thüringen wie in weiten Teilen Ostdeutschlands, aber auch in vielen strukturschwachen Gebieten der alten Länder verschärft die tatsächliche Abwanderung vor allem gut qualifizierter Heranwachsender die Ausdünnung der jüngeren Generation und die mit der natürlichen Geburtenentwicklung im vereinigten Deutschland verknüpften Spannungslagen.

Zwar ist die Abwanderungserwartung im Freistaat¹ insgesamt mit 10 Prozent nach wie vor begrenzt, doch ist dabei zu berücksichtigen, dass für ganze Gruppen von Befragten ein Fortzug schon aus Altersgründen, teils auch wegen Immobilienbesitzes kaum in Frage kommt. Schon deswegen ist vorwiegend die Betrachtung der jüngeren Alterskohorten aufschlussreich. Von den Befragten unter 25 Jahren gehen immerhin 43 Prozent davon aus, Thüringen zu verlassen; die Hälfte davon ist sich dessen sogar sicher. Damit entspricht die Abwanderungserwartung der jüngsten Befragten dem Niveau der Jahre 2003 und 2004.² Zugleich erwarten allerdings sehr viel weniger 25- bis 34-Jährige als noch 2004, dass sie Thüringen verlassen werden. Unter denen, die mit einem Fortzug aus Thüringen rechnen, überwiegen, wie auch unter den tatsächlich Abgewanderten, die höher Gebildeten. Demnach verliert der Freistaat überproportional viele junge Leute mit vergleichsweise guten Chancen auf dem Arbeitsmarkt, die er selbst ausgebildet hat.

Thüringen den Rücken zu kehren, muss freilich nicht aus eigenem Antrieb erfolgen. Vielmehr dürfte in vielen Fällen die Situation auf dem Arbeitsmarkt den Ausschlag geben. Daher sind die Thüringer gefragt worden, ob sie gegebenenfalls das Land um einer besseren Arbeitsstelle willen verlassen würden. Wie in allen Jahren zuvor, bejaht dies insgesamt ein gutes Drittel von ihnen. In der jüngsten Alterskohorte wird zwar der Spitzenwert aus dem Jahr 2004 von 75 Prozent nicht erreicht, doch geben immer noch zwei Drittel an, Thüringen in diesem Fall verlassen zu wollen. In der nächsthöheren Altersgruppe ist dieser Anteil sogar auf mehr als 40 Prozent gestiegen. Freilich wird mit der genannten Frage lediglich die Disposition zur arbeitsbedingten Migration erhoben. Nur eine kleine Minderheit der Mobilitätswilligen dürfte aktiv nach einer Arbeitsstelle außerhalb Thüringens suchen, geschweige denn eine attraktive Position angeboten bekommen. Allerdings hängt die Bereitschaft, außerhalb Thüringens eine (bessere) Arbeitsstelle anzunehmen, eng mit dem erwarteten Fortzug aus Thüringen zusammen. Dies spricht dafür, dass bei entsprechenden Umständen aus der Verhaltensdisposition auch schnell das entsprechende Verhalten, mithin die Abwanderung, werden kann.

Die Bereitschaft zur arbeitsbedingten Abwanderung wie auch die Abwanderungserwartung sinken mit zunehmender Verbundenheit mit Thüringen. Ist also die schwächere Bindung der jüngsten Befragten an Thüringen ein Grund für die relativ hohe Bereitschaft zur Abwanderung? Mindestens ebenso plausibel kann ein umgekehrtes Ursache-Wirkungs-Verhältnis angenommen werden. Womöglich sind die jungen Thüringer im Wissen um die wahrscheinliche Abwanderung erst gar nicht um eine starke regionale Bindung bemüht. Unabhängig von solchen kausalen Zusammenhängen gilt jedoch, dass unter allen Befragten die Abwanderungspläne bei denjenigen am schwächsten ausgeprägt sind, die sich in erster Linie als Thüringer fühlen – und nur nachgeordnet als Ostdeutsche, Deutsche oder Europäer.

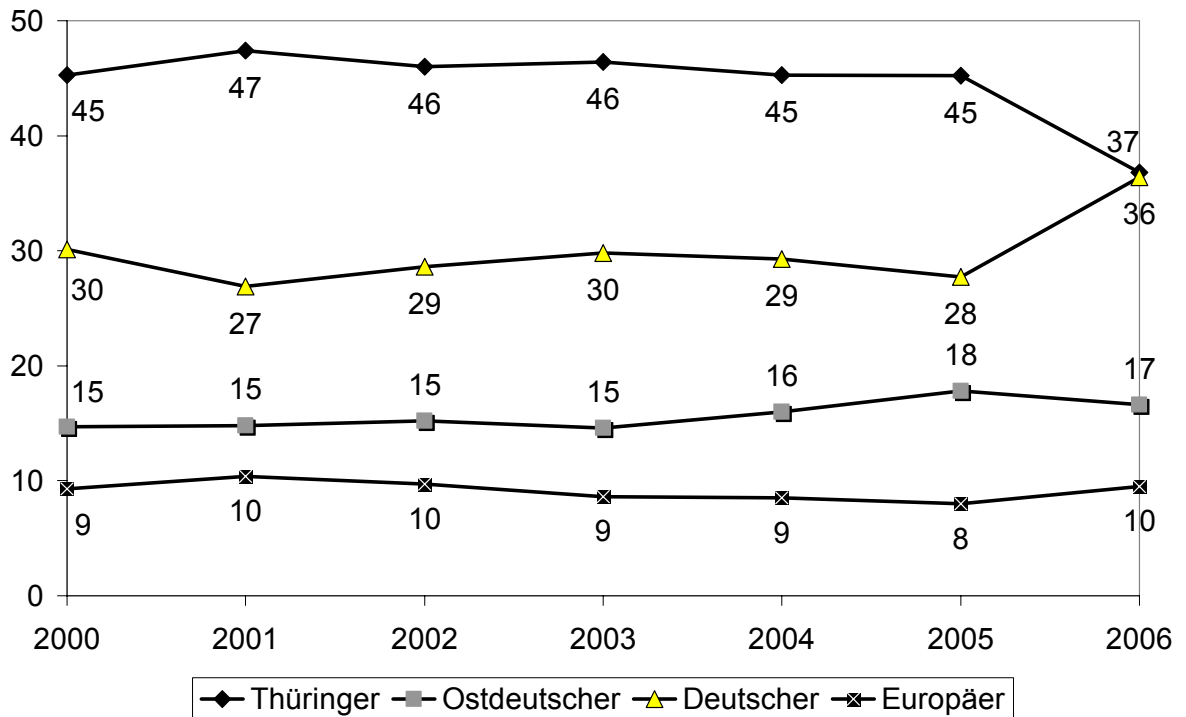
Über sechs Jahre hinweg, von 2000 bis 2005, hat sich das regionale Selbstverständnis als außerordentlich stabil erwiesen. Knapp die Hälfte der Befragten und damit eine deutliche relative Mehrheit fühlte sich in erster Linie als Thüringer. Drei von zehn sahen sich hingegen primär als Deutsche, etwa jeder Sechste verstand sich als Ostdeutscher und eine kleine Minderheit von knapp zehn Prozent bekundete eine europäische Identität. Wie Abbildung 1 illustriert, ist es 2006 erstmalig zu einer deutlichen Verschiebung der Größenverhältnisse gekommen, wobei die Gruppen der „Ostdeutschen“ und „Europäer“ davon quasi unberührt blieben. Hingegen ist die Bekundung einer thüringischen Identität im Vergleich zu den

1 Frageformulierung: „Einige Leute überlegen sich, ob Sie aus Thüringen fortziehen sollen. Wie ist das bei Ihnen? Werden Sie sicher in Thüringen bleiben, wahrscheinlich hier bleiben, oder werden Sie wahrscheinlich oder sicher aus Thüringen fortziehen?“

2 Im vergangenen Jahr wurde nach der Abwanderungsintention nicht gefragt.

Vorjahren schlagartig um etwa 10 Prozentpunkte gesunken, während sich eine in gleicher Größenordnung gewachsene Gruppe nunmehr vorrangig als Deutsche versteht. Es bedarf keiner intellektuellen Anstrengungen, um die verblüffende Verschiebung mit einem externen Ereignis in Verbindung zu bringen: der Fußballweltmeisterschaft. Das zu Sommerbeginn mit den Erfolgen der deutschen Nationalmannschaft kollektiv entdeckte Schwarz-Rot-Gold spiegelt sich ganz offenkundig auch in einer veränderten Selbstzuschreibung wider.

Abb. 1: *Regionale Identität im Zeitverlauf*
(in Prozent)



Der stärkste Anstieg beim deutschen Selbstverständnis findet sich bei den 25- bis 34-Jährigen. In dieser Gruppe fühlt sich nunmehr jeder Zweite vorrangig als Deutscher, ein Anstieg um 21 Prozentpunkte. Eine umfassende Veränderung ist auch unter den Befragten mit einem hohen formalen Bildungsniveau zu verzeichnen. In dieser Gruppe ging die wachsende Attraktivität der Selbstzuschreibung als Deutscher interessanterweise vor allem „zu Lasten“ des ostdeutschen Selbstverständnisses. Unter dem Regiment von König Fußball scheinen sich also einige vormals „Ostdeutsche“ – zumindest zeitweilig – mit dem vereinten Deutschland arrangiert zu haben – ganz ähnlich wohl, wie sich manche Migranten während der WM mit der Nationalelf des bislang nicht sonderlich geliebten Aufenthaltslands identifiziert haben. So interessant diese zumal im Zeitraffer gewandelten Selbstzuschreibungen oder Identitätsbekundungen sind, es wäre verfehlt, sie mit schnellen Deutungsangeboten zu überfrachten. Ganz abgesehen davon, dass multiple Identitäten eine vertraute Erscheinung moderner Gesellschaften darstellen, ist mitnichten ausgemacht, dass die deutschen Erfolge auf dem Fußballfeld dauerhafte Veränderungen im Selbstverständnis der Bürger bewirken. Die vorzeitige Verkündung eines neuen deutschen Selbstverständnisses begegnet von daher einiger Skepsis.

Eine genauere Auswertung zeigt zudem, dass das Selbstverständnis als Deutscher in einzelnen sozialen Gruppen sehr unterschiedlich ausgeprägt ist. Eine relative Mehrheit stellen die „Deutschen“ wie schon in den Vorjahren in der jüngsten Alterskohorte. Auch unter den Befragten ab 60 Jahren sind sie stärker vertreten als die „Thüringer“. Ein umgekehrtes Verhältnis findet sich bei den 34- bis 59-Jährigen, die in der DDR geboren wurden und den größten Teil ihres Lebens in diesem System verbracht haben. Auch unter den Frauen ist eine thüringische Identität häufiger als eine deutsche, während sich die relative Mehrheit der männlichen Befragten in erster Linie als Deutsche versteht.

In jedem Fall machen die erwähnten Verschiebungen die auf ein gutes Drittel der Befragten geschrumpfte Gruppe der „Thüringer“ interessanter. Wer sich auch in Zeiten des schwarz-rot-goldenen Flaggenmeers in erster Linie als Thüringer fühlt, muss der Region in besonderem Maße verbunden sein und unterscheidet sich, so die Vermutung, auch in manch anderen Hinsichten von den übrigen Befragten. Für die oben erwähnten Einstellungen zu Thüringen bestätigt sich diese Hypothese. Erwartungsgemäß weisen die Befragten mit thüringischer Identität eine weit überdurchschnittliche Verbundenheit mit Thüringen, in abgeschwächtem Maße auch mit dem eigenen Wohnort auf (Tab. 1). Zudem setzen die „Thüringer“ die wirtschaftliche Lage des Freistaats in ein günstigeres Licht als die übrigen Befragten, ohne sie aber allzu weit über dem Niveau der anderen ostdeutschen Länder anzusiedeln. Mehr als andere schließlich sehen sie Thüringen auf Augenhöhe mit den westdeutschen Bundesländern. Die größten Übereinstimmungen bestehen dabei mit den Befragten, die sich in erster Linie als Deutsche fühlen. Grundverschieden sind die „Thüringer“ in ihren auf den Freistaat bezogenen Einstellungen hingegen von den „Europäern“; auch die Distanz zur Gruppe der Befragten mit ostdeutscher Identität ist beträchtlich.

Tab. 1: *Thüringenbezogene Einstellungen nach regionaler Identität*
(Zustimmung in Prozent)

	Selbstverständnis in erster Linie als ...			
	Thüringer	Ostdeutscher	Deutscher	Europäer
Thüringen muss Vergleich mit westdt. Ländern nicht scheuen	72	56	61	55
Wirtschaftliche Lage in Thüringen besser als in anderen ostdt. Ländern	30	22	34	40
Wirtschaftliche Lage in Thüringen (sehr) gut	38	30	34	25
Verbundenheit mit Thüringen	94	76	78	66
Verbundenheit mit eigenem Wohnort	86	77	80	71

Vor dem Hintergrund eines positiven, gleichwohl differenzierten Thüringen-Bilds der Befragten verdient die erstmalig in den THÜRINGEN-MONITOR aufgenommene Frage nach einer Verschmelzung von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zu *einem* Bundesland besondere Beachtung. Eine solche, selbstredend nicht auf die neuen Länder beschränkte Länderneugliederung ist nicht nur im weiteren Kontext der Debatten um eine grundlegende Reform des deutschen Föderalismus wiederholt gefordert worden, im sachsen-anhaltinischen

Landtagswahlkampf im Frühjahr 2006 hat sie sich auch einer der Spitzenkandidaten zu eigen gemacht – und damit teils heftige Kontroversen ausgelöst. In Thüringen ist das Echo geteilt: 41 Prozent der Befragten sehen in einem solchen integrierten Bundesland mehr Nachteile für 40 Prozent überwiegen die Vorteile, weitere sechs Prozent meinen, Vor- und Nachteile hielten sich die Waage.³ Immerhin jeder achte Befragte, darunter überproportional viele Frauen, sehen sich außerstande, in dieser Frage eine Meinung zu äußern.

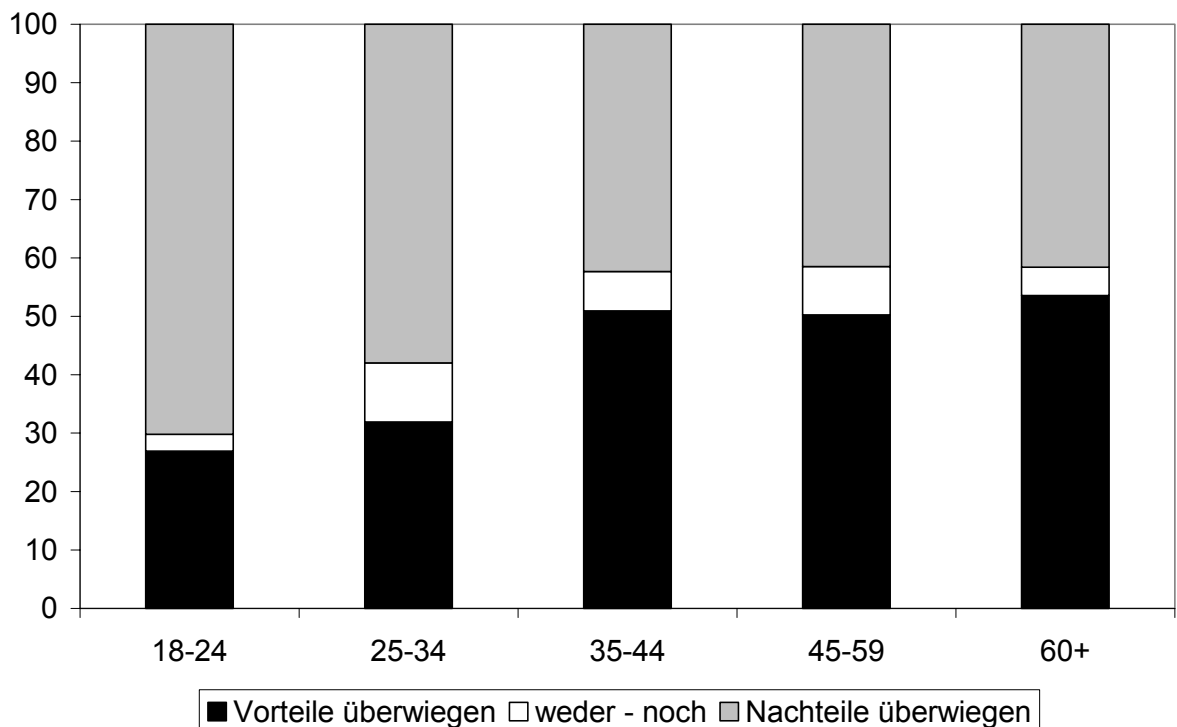
Da hier nicht weniger als die Auflösung des Freistaats Thüringen in einem neuen größeren Bundesland angesprochen ist, wäre eine negative Haltung zur Länderfusion vor allem unter den Befragten zu erwarten, die starke Bindungen an Thüringen bekunden. Tatsächlich stehen die Positionen zum Zusammenschluss von Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt allenfalls in einem schwachen Zusammenhang mit den thüringenbezogenen Einstellungen. Selbst unter den sehr stark mit Thüringen Verbundenen sind die Befragten, die mehr Nach- als Vorteile sehen, nur unwesentlich stärker vertreten als in der Bevölkerung insgesamt. Lediglich mit der Identität besteht ein klarer Zusammenhang: So überwiegt unter „Ostdeutschen“ und vor allem „Thüringern“ die Skepsis, während „Deutsche“ und „Europäer“ mehrheitlich die Vorteile der Länderfusion sehen.

Darüber hinaus verlaufen die Fronten bei der Kontroverse um eine derartige Länderneugliederung quer durch die Parteien. Unter den Wählern von CDU, PDS/Linkspartei und SPD lassen sich keine deutlichen Präferenzen ausmachen. Dies gilt in ähnlicher Weise für die kleinere Gruppe der Parteianhänger, bei denen stärker akzentuierte Meinungen hätten erwartet werden können. Am ehesten lassen noch die Anhänger der SPD eine schwache Präferenz, nämlich zugunsten eines Zusammenschlusses der drei Länder, erkennen: 52 Prozent unter ihnen sehen darin mehr Vor- als Nachteile, aber immerhin 43 Prozent sind der gegenteiligen Auffassung. Angesichts des Risses, der bei diesem wichtigen Thema durch die drei im Landtag vertretenen Parteien geht, darf die weitere landespolitische Diskussion mit Spannung erwartet werden.

Die Meinungen zu einem Länderzusammenschluss differieren hingegen erkennbar nach dem Wohnort. In den an Sachsen und Sachsen-Anhalt grenzenden Kreisen sind die Befürworter einer Fusion in der Mehrheit (53%), in den an Westdeutschland grenzenden Kreisen wie auch im Rest des Landes stellen sie nur eine Minderheit von etwa 40 Prozent. Auch die Gemeindegröße ist in dieser Frage von Belang: Während in kleineren Gemeinden die Ablehnung überwiegt, sprechen sich in den größeren Städten (über 50.000 Einwohner) 56 Prozent für eine Neugliederung aus. Die größten Unterschiede finden sich jedoch zwischen den Altersgruppen. Dabei sind es die jüngeren Thüringer bis 34 Jahre, die einer Länderfusion am skeptischsten gegenüberstehen und unter denen eine klare Mehrheit überwiegend Nachteile erwartet. In allen anderen Altersgruppen überwiegen knapp die positiven Erwartungen. Anscheinend hat die über Jahre hinweg in eigentlich allen ostdeutschen Ländern betriebene Propagierung eines Landesbewusstseins vor allem die Jüngeren überzeugt. Damit sprechen sich paradoxerweise gerade jene Altersgruppen für den Erhalt des Landes Thüringen aus, die eine vergleichsweise geringe Bindung an den Freistaat haben – und überproportional abwanderungsbereit sind.

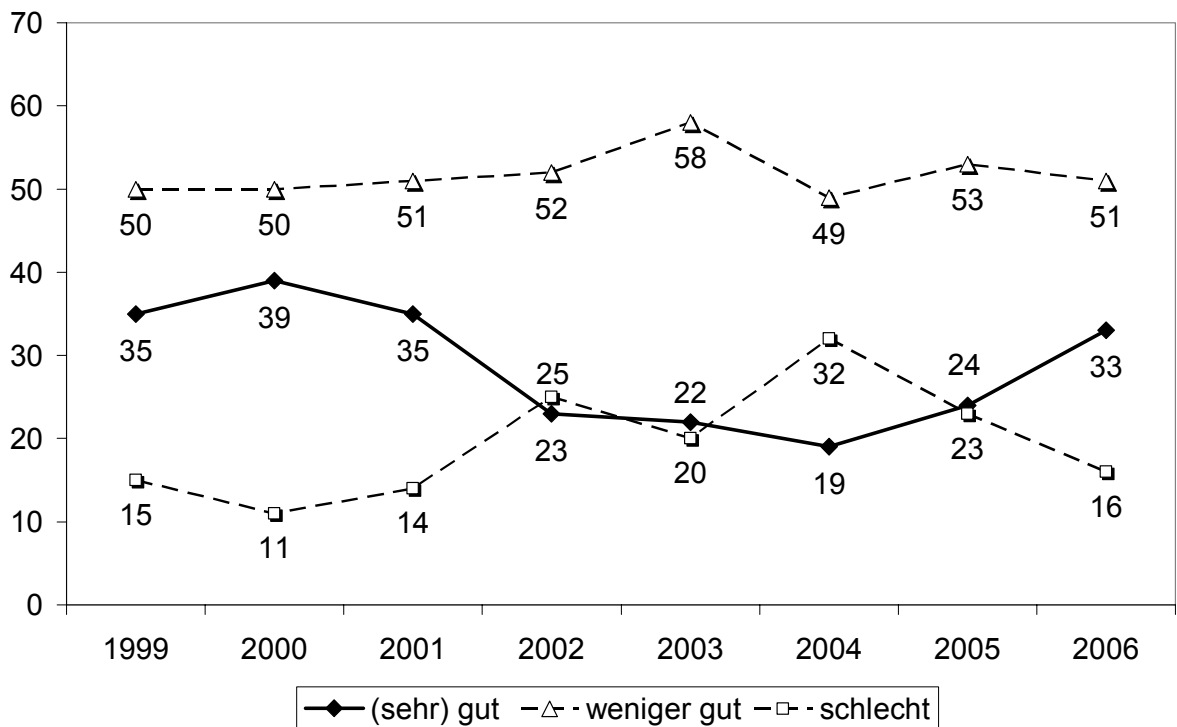
3 Wegen des hohen Anteils fehlender Angaben ist hier abweichend von der sonstigen Praxis im THÜRINGEN-MONITOR die absolute Verteilung dokumentiert. Bei Umrechnung in gültige Prozente ergeben sich die folgenden Werte: mehr Nachteile (47%), mehr Vorteile (46%), weder noch (spontane Antwort; 7%).

Abb. 2: *Bewertung einer etwaigen Fusion der Länder Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt nach Altersgruppen (in Prozent)*



Überraschend ist auch, dass die Einschätzung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen ohne Einfluss auf die Position zur Länderfusion ist. Hier hätte erwartet werden können, dass eine positive Bewertung das Interesse an einem Fortbestand des Freistaats Thüringen erhöht. Allgemein wird die Wirtschaftslage in Thüringen 2006 deutlich besser eingeschätzt als in den vergangenen Jahren. Damit zeichnet sich ein im Jahr 2005 einsetzender positiver Trend ab, nachdem zwischen 1999 und 2004 die positiven Einschätzungen jedes Jahr abgenommen und sich zugleich die dezidiert schlechten Einstufungen auf 32 Prozent verdoppelt hatten (Abb. 3). In diesem Jahr übertreffen die positiven Urteile erstmals seit 2001 bei weitem die schlechten Bewertungen. Von einer schlechten wirtschaftlichen Lage gehen 2006 nur noch halb so viele Thüringer aus wie 2004. Diese Veränderung lässt sich mit einer leichten Verbesserung der wirtschaftlichen Eckdaten in Verbindung bringen, die im Juni auch zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit auf den niedrigsten (Monats-)Stand seit fünf Jahren geführt hat. Womöglich hat daran aber auch die positive Veränderung des gesellschaftlichen Klimas im Kontext der Fußballweltmeisterschaft einen gewissen Anteil.

Abb. 3: *Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen
(in Prozent)*



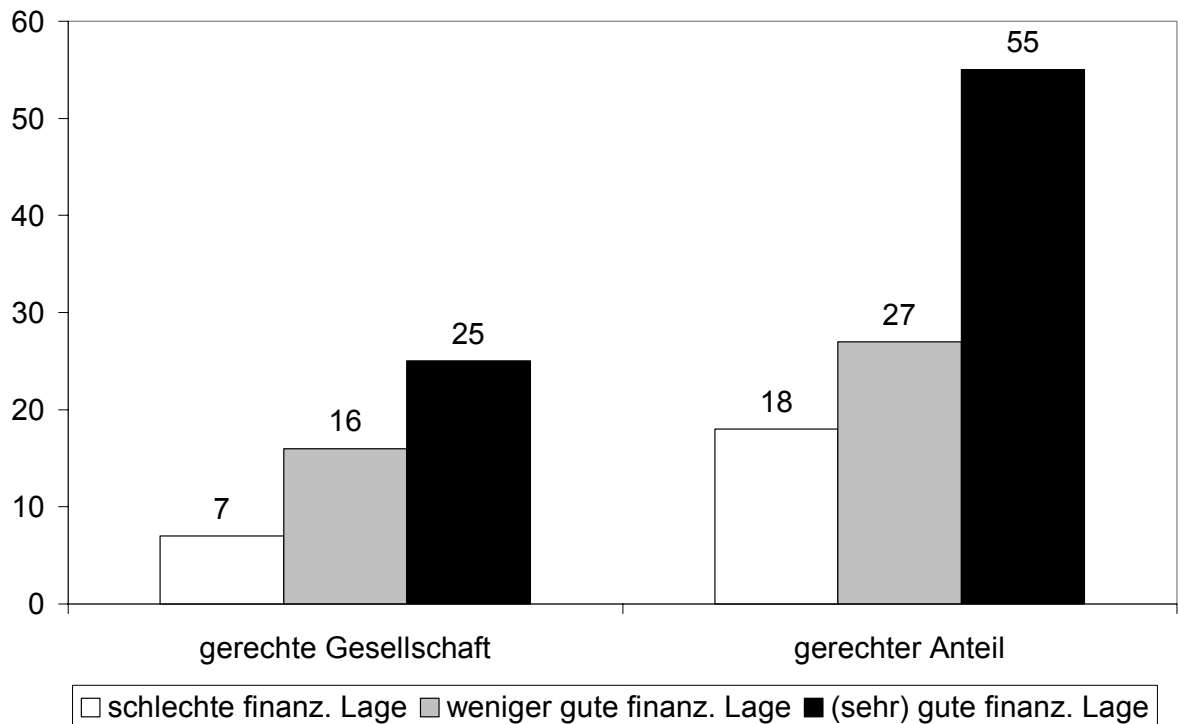
Die Daten für 1999 wurden freundlicherweise von dimap zur Verfügung gestellt.

Auch bei der Einschätzung der eigenen finanziellen Lage durch die Befragten ist eine Verbesserung gegenüber dem im vergangenen Jahr erreichten Tiefstand zu verzeichnen; sie entspricht nunmehr ungefähr den Werten der Jahre 2003 und 2004. Wieder deutlich mehr als die Hälfte der Befragten betrachtet die eigene Lage als gut oder – in Ausnahmefällen – als sehr gut, nur 15 Prozent schätzen sie als schlecht ein, ein Drittel als weniger gut. Wie in den Vorjahren hängt die Selbsteinschätzung der finanziellen Lage positiv mit der Bewertung der allgemeinen Wirtschaftslage in Thüringen zusammen. Gleichwohl äußert sich nur eine Minderheit (44%) derjenigen, die sich finanziell gut gestellt sehen, auch positiv zu der ökonomischen Situation im Freistaat.

In der Selbsteinschätzung der finanziellen Lage kommen einerseits die formale Qualifikation der Befragten und ihre Stellung auf dem Arbeitsmarkt zum Ausdruck. So kennzeichnet fast die Hälfte der Arbeitslosen ihre materielle Situation als schlecht, unter den Berufstätigen ist es nicht einmal jeder zehnte. Andererseits hat die Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Lage Einfluss auf die Gerechtigkeitswahrnehmungen der Befragten. Diejenigen, die sich finanziell schlecht gestellt sehen, nehmen die Gesellschaft als besonders ungerecht wahr und fühlen sich um ihren gerechten Anteil am Leben betrogen.⁴ Vor allem im Vergleich zur Kontrastgruppe der Befragten mit (sehr) guter finanzieller Lage sind die Unterschiede markant: Unter den materiell gut Ausgestatteten finden sich dreimal so viele Befragte, die sich gerecht behandelt fühlen und die Gesellschaft als gerecht empfinden (Abb. 4).

4 Die Fragen lauteten: „Was halten Sie von unserer Gesellschaftsordnung? Geht es da im Großen und Ganzen eher gerecht zu, oder geht es da im Großen und Ganzen eher ungerecht zu?“ und „Im Vergleich dazu, wie andere in Deutschland leben: Glauben Sie, dass Sie persönlich Ihren gerechten Anteil erhalten, mehr als Ihren gerechten Anteil, etwas weniger oder sehr viel weniger?“.

Abb. 4: *Gerechtigkeitswahrnehmungen nach Einschätzung der eigenen finanziellen Lage*
(in Prozent)



Die Gerechtigkeitswahrnehmungen zeichnen sich im Zeitverlauf durch ein hohes Maß an Kontinuität aus. Seit 2003, als die Frage das erste Mal im THÜRINGEN-MONITOR gestellt wurde, betrachten drei Viertel der Befragten die Gesellschaft als ungerecht; nicht einmal jeder Fünfte attestiert ihr, im Großen und Ganzen gerecht zu sein. Ein überdurchschnittlich hohes Vertrauen in die Gerechtigkeit der Gesellschaft zeigen allgemein die höheren Bildungsgruppen, vor allem aber die jüngste Alterskohorte und in dieser wiederum die Auszubildenden/Studierenden. Höher Gebildete (mit Abitur) haben weit seltener das Empfinden der Benachteiligung als Befragte mit einem niedrigen formalen Bildungsabschluss. Gleiches gilt für die jüngeren Altersgruppen – und ist mit Blick auf die Perzeptionen des demografischen Wandels und die nach Alterskohorten unterschiedlichen Interessenlagen bei der Bewältigung seiner Folgen auch für das Schwerpunktthema dieses THÜRINGEN-MONITORS interessant.

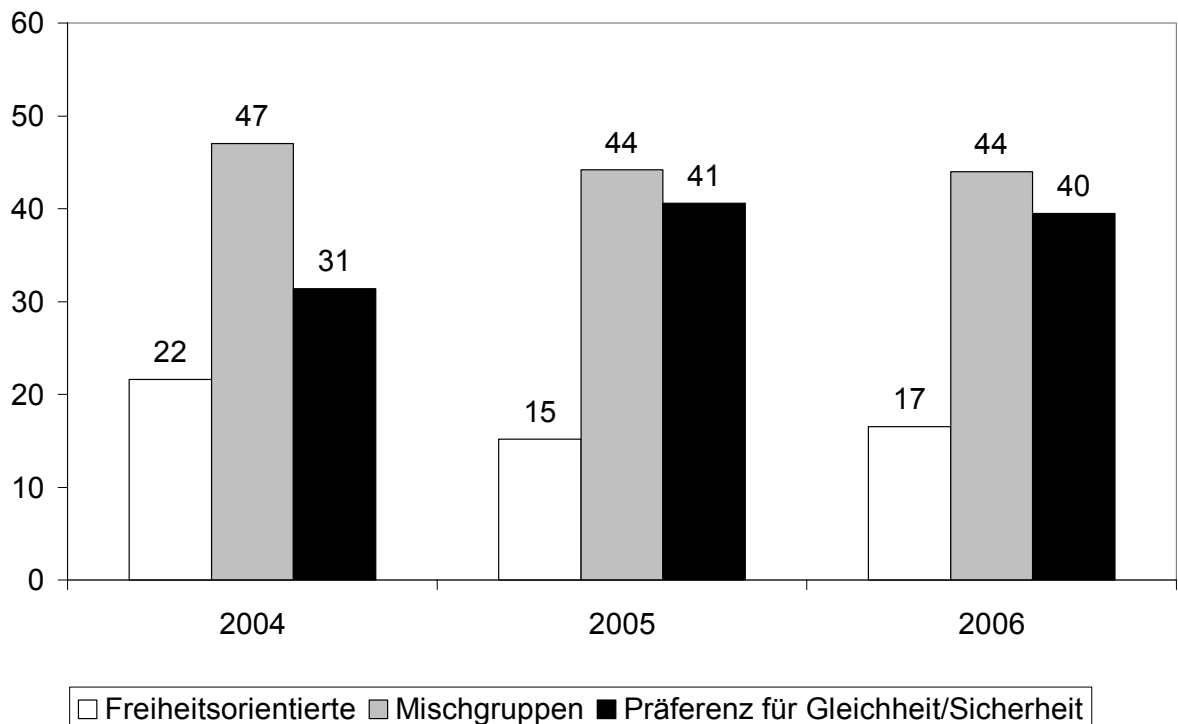
Generell stellt die Aussage zum gerechten Anteil ein „klassisches“ Instrument zur Erfassung der relativen Deprivation dar, des Empfindens also, nicht das zu erhalten, was einem nach eigener Einschätzung (z.B. an Ressourcen, Anerkennung usw.) zusteht. In Kombination mit der eigenen finanziellen Lage lässt sich daraus, wie schon im Vorjahr (TM 2005: 26f.), ein Index der sozioökonomischen Deprivation bilden. Befragte, die sich materiell weniger gut oder schlecht gestellt sehen und zugleich in ihrer eigenen Wahrnehmung weniger als den gerechten Anteil erhalten, gelten danach als depriviert. Ihr Anteil ist 2006 um etwa vier Punkte auf den bislang höchsten Wert von 42 Prozent gestiegen.

In der Vergangenheit hat die sozioökonomische Deprivation deutlichen Einfluss auf so unterschiedliche Größen wie sozialstaatliche Orientierungen, die Einheitsbewertung und politische Einstellungen gehabt. Der hier gebildete Index dient daher vor allem der Erklärung von Einstellungen zu gesellschaftlichen Herausforderungen (Kap. III), aber auch der politischen

Orientierungen (Kap. IV). Dies gilt in ähnlicher Weise für die Grundwerte der Thüringer im Spannungsfeld von Freiheit, Gleichheit und Sicherheit. Wie in den beiden Vorjahren sind die Befragten gebeten worden, ihre Präferenz zugunsten von Freiheit oder Gleichheit bzw. Freiheit oder Sicherheit zu äußern.⁵ Weiterhin befindet eine knappe relative Mehrheit der Thüringer von 48 Prozent die Freiheit im Entscheidungsfall für wichtiger als die Gleichheit; 44 Prozent sprechen der Gleichheit Vorrang zu, die übrigen befinden beide Werte für gleichermaßen wichtig. Geht es jedoch um eine Entscheidung zwischen Freiheit und Sicherheit, geben beinahe drei Viertel der Thüringer der Sicherheit den Vorzug. Diese ausgeprägte Sicherheitsorientierung konnte auch schon in den Vorjahren konstatiert werden und sie stimmt mit den Ergebnissen von Befragungen in ganz Ostdeutschland überein (Institut für Demoskopie Allensbach 2004: 3). Sie lässt sich ebenso auf Prägungen im vormund-schaftlichen Staat DDR zurückführen, wie als Reaktion auf mit dem Transformationsprozess verbundene Unsicherheiten interpretieren.

Kombiniert man die Antworten auf die beiden genannten Entscheidungsfragen, lassen sich zwei Kontrastgruppen bilden: einerseits die konsistent „Freiheitsorientierten“, die jeweils der Freiheit den Vorzug geben, und andererseits die Befragten mit einer Präferenz zugunsten von Gleichheit *und* Sicherheit. Letztere Gruppe ist, wie Abbildung 5 dokumentiert, zweieinhalb Mal so groß wie die der Freiheitsorientierten.

Abb. 5: *Präferenz für Freiheit oder Gleichheit / Sicherheit im Zeitverlauf (in Prozent)*



5 Frageformulierungen: „Sicherlich ist beides wichtig: Freiheit und Gleichheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?“ und „Und sicherlich ist auch beides wichtig: Freiheit und Sicherheit. Aber wenn Sie sich für eines von beiden entscheiden müssten, was wäre Ihnen wichtiger?“.

Untersucht man die beiden Kontrastgruppen im Hinblick auf einige der thüringenbezogenen Einstellungen, weichen die Befragten mit einer Präferenz für Gleichheit und Sicherheit kaum vom Durchschnitt aller Thüringer ab. Die konsistent Freiheitsorientierten hingegen zeichnen sich durch einige sehr charakteristische Orientierungen aus. Zunächst versteht sich jeder zweite von ihnen in erster Linie als Deutscher (in der Kontrastgruppe sind es 31%), 18 Prozent als Europäer (im Vergleich zu 8%), aber nur jeder Vierte als Thüringer (Kontrastgruppe: 37%). Darüber hinaus sind sie eher bereit, Thüringen um einer besseren Arbeitsstelle willen zu verlassen. Schließlich gehen unter ihnen doppelt so viele wie im Durchschnitt der Befragten davon aus, Thüringen in absehbarer Zeit zu verlassen. Unter den Freiheitsorientierten sind die jüngeren Alterskohorten stark überrepräsentiert.

Dieser Befund verweist einmal mehr auf die für Thüringens Zukunft wichtige Problematik der Abwanderung. Freilich ist die Abwanderung junger Leute aus der Region nur eine aus einer ganzen Palette von Herausforderungen, denen sich Staat und Gesellschaft heute ausgesetzt sehen. Im folgenden Kapitel gilt es, die Wahrnehmungen dieser gesellschaftlichen Herausforderungen durch die Thüringer genauer zu analysieren und zu erklären.

III. Wahrnehmungen und Positionen zu gesellschaftlichen Herausforderungen

1. Die Trias Problempерzeption – eigene Betroffenheit – Lösungskompetenz des Staates

Die Problematik des demografischen Wandels und seiner Folgen ist seit einigen Jahren in den Medien stark präsent und man könnte den Eindruck erhalten, das Thema sei insbesondere in Ostdeutschland in aller Munde. Um die Präsenz und den Stellenwert des Themas in den Köpfen der Thüringer festzustellen, muss eine Bestandsaufnahme der Wahrnehmungen und Positionen zu gesellschaftlichen Herausforderungen insgesamt am Anfang stehen. Dabei gilt es zu klären,

1. wie sehr verschiedene Herausforderungen als Probleme wahrgenommen werden,
2. wie stark die Thüringer sich jeweils davon betroffen fühlen und schließlich,
3. ob sie den Staat für kompetent halten, die jeweiligen Probleme zu lösen.

Dabei besteht insbesondere für die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Probleme die Gefahr, dass die Befragten alle Herausforderungen als sehr großes Problem ansehen. Daher ist ein feines Messinstrument vonnöten, das auch graduelle Unterschiede noch abbilden kann. Die Befragten wurden deshalb gebeten, ihre Wahrnehmung einzelner Problembereiche auf einer Skala von 0 („gar kein Problem“) bis 10 („riesengroßes Problem“) anzugeben. Analog dazu wurden die Bewertungen der subjektiven Betroffenheit und der Einschätzung der Problemlösungskompetenz des Staates auf Skalen zwischen 0 und 10 vorgenommen.

1.1. Problemwahrnehmung

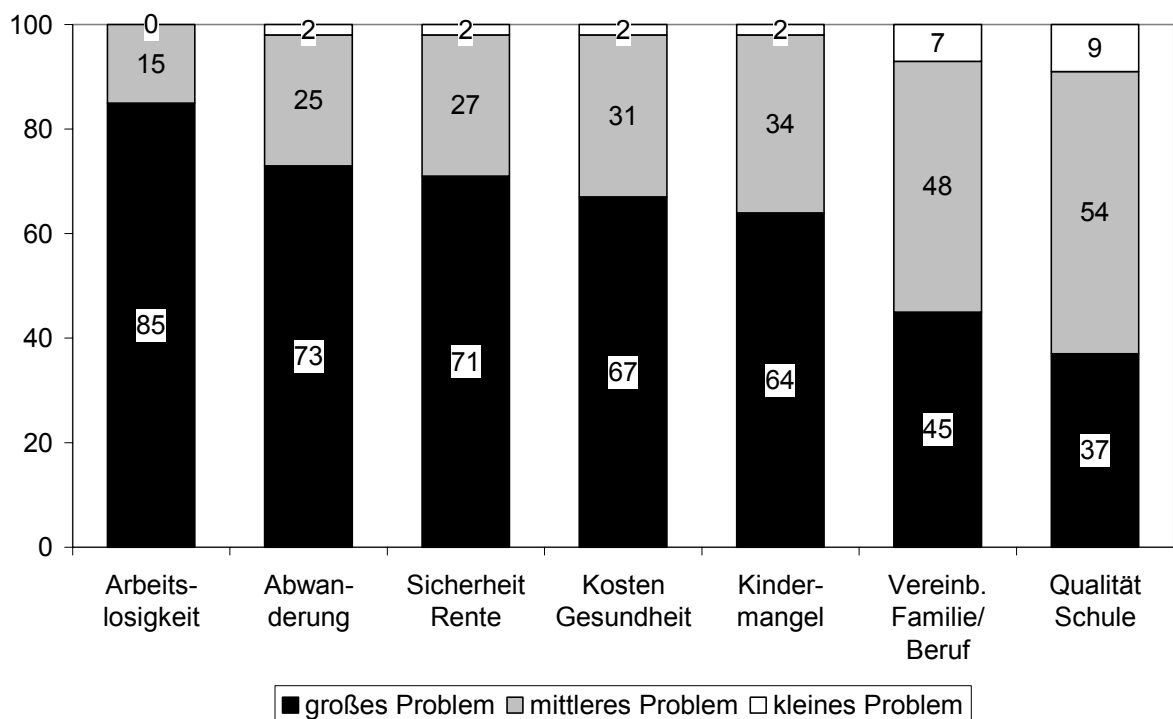
Schaut man auf den Problemhaushalt der West- wie Ostdeutschen in den vergangenen Jahren, so kristallisiert sich nicht etwa der demografische Wandel, sondern die Arbeitslosigkeit als wichtigstes Problem heraus; seit Jahren wird das kontinuierlich als dringlichstes Problem genannt. Dazu gesellen sich weitere Probleme, die aber stärker konjunkturellen Schwankungen unterliegen. Anfang der 1990er-Jahre etwa wurde der Rechtsextremismus besonders häufig genannt, zwischenzeitlich auch BSE oder der Krieg in Jugoslawien. (vgl. Noelle-Neumann / Köcher 2002: 22; Niedermayer 2005: 138). Probleme im Umfeld des demografischen Wandels sind zwar vertreten, spielen aber eine geringere Rolle. Daher ist es besonders interessant, die demografiebezogenen Probleme im Vergleich zum Problem der Arbeitslosigkeit zu betrachten. Das Problem der Arbeitslosigkeit wird gewissermaßen als Anker und Maßstab für die übrigen gesellschaftlichen Herausforderungen benutzt.

Auch wenn im Laufe des Jahres 2006 so etwas wie ein Silberstreif am Horizont aufgetaucht ist, so zeigen die Arbeitslosenzahlen doch die nach wie vor bedrückende Lage in Thüringen: Immerhin 18,6 Prozent aller erwerbsfähigen Thüringer sind arbeitslos (Jahresdurchschnitt 2005). Die Arbeitslosigkeit ist in Thüringen ein strukturelles Problem, denn die Zahlen liegen seit vielen Jahren in ähnlichen Größenordnungen. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass auch 2006 in Thüringen die Arbeitslosigkeit als größtes gegenwärtiges Problem gesehen wird:

Mehr als die Hälfte der Befragten bewertet dieses Problem mit der maximal möglichen Punktzahl von 10 auf einer Skala von 0 (gar kein Problem) bis 10 (riesengroßes Problem); insgesamt 85 Prozent der Befragten empfinden das als großes Problem, beinahe niemand sieht darin kein Problem (vgl. Abb. 6).⁶

Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit werden die übrigen gesellschaftlichen Herausforderungen als etwas weniger problematisch angesehen. Bereits an Platz zwei der Problemrangliste folgt die Abwanderung von jungen Menschen aus der Region, daran schließen sich die klassischen Probleme der Sozialversicherungssysteme Rente und Gesundheit an. Der Kindermangel und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf werden vergleichsweise zwar als weniger problematisch wahrgenommen, und die Qualität der Schulen steht bei dieser Auswahl im Problemhaushalt der Thüringer an letzter Stelle. Tatsächlich halten aber neun von zehn Thüringern die Qualität der Schulen schon für problematisch.

Abb. 6: *Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme*
(in Prozent)



Anmerkung zur Gruppierung der Skala: 0-3: kleines Problem, 4-7: mittleres Problem, 8-10: großes Problem.

6 Frageformulierung: Es gibt ja verschiedene Herausforderungen, denen unsere Gesellschaft heute ausgesetzt ist. Wie problematisch ist aus Ihrer Sicht (A) die Arbeitslosigkeit für unsere Gesellschaft? Bitte sagen Sie uns das anhand einer Skala von 0 bis 10. 10 steht dabei für ein riesengroßes Problem; 0 bedeutet, dass gar kein Problem vorliegt. Mit den Werten dazwischen können Sie Ihre Meinung abstimmen. Und wie ist das mit ... B) dem Kindermangel in unserer Gesellschaft? C) der Sicherheit der Rente? D) der Abwanderung von jungen Menschen aus der Region? E) der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? F) den Kosten des Gesundheitswesens? G) der Qualität der Schulen?

Die Verteilung der Antworten, insbesondere die seltene Benennung als „kleines Problem“, war bei der Frage nach grundsätzlichen gesellschaftlichen Problemen so oder ähnlich zu erwarten gewesen. Die größte Einigkeit der Befragten findet sich bei der Bewertung der Arbeitslosigkeit, wo die Werte der Einzelnen sich am stärksten ähneln; die größte Streuung der Antworten über die gesamte Skala von 0 bis 10 zeigt sich bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bei der Qualität der Schulen. Alle unmittelbar mit dem demografischen Wandel verknüpften Herausforderungen – die Sicherheit der Renten, die Kosten des Gesundheitswesens und der Kindermangel – werden von zwei Dritteln bis drei Vierteln der Thüringer als große Probleme angesehen.

Die absolute Höhe der Zustimmung ist dabei weniger interessant als die Reihenfolge der Probleme untereinander. Diese Wahrnehmungen gesellschaftlicher Probleme hängen untereinander stark zusammen, je stärker also beispielsweise die Sicherheit der Renten für problematisch gehalten wird, desto gravierender werden auch die anderen Herausforderungen angesehen. Das ist aber ebenso wie die geringen Unterschiede zwischen sozialstrukturellen Gruppen natürlich auch eine Folge der extrem schiefen Verteilung der Antworten. Frauen sehen in allen Bereichen der Sozialversicherungssysteme größere Probleme als Männer, was vermutlich die Folge ihrer (tatsächlich und/oder wahrgenommen) schlechteren Stellung in diesen Bereich ist: Frauen sind stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Männer, zahlen mehr für ihre Gesundheitsvorsorge und bekommen geringere Renten.

Die Bildung der Befragten hat keinen Einfluss auf ihre Problemwahrnehmungen, wohl aber das Alter. Hier zeigen sich die mittleren Jahrgänge als besonders pessimistisch: Sie empfinden insbesondere die Sicherheit der Renten, die Abwanderung, den Kindermangel und die Arbeitslosigkeit als problematischer im Vergleich zu den Jüngeren, aber auch im Vergleich zu den Älteren über 60, die von manchen Probleme ja selbst nicht mehr betroffen sein können. Befragte mit Kindern sehen den Kindermangel häufiger als Problem als Kinderlose.

Die Einschätzungen der wirtschaftlichen Lage und der Gerechtigkeit der Gesellschaft sind mit dem Problembewusstsein eng verknüpft. Insbesondere bei den Sozialversicherungssystemen sehen diejenigen große Probleme, deren eigene finanzielle Lage schlecht ist und die glauben, weniger als ihren gerechten Anteil zu bekommen; diejenigen also, die den (befürchteten) Rückbau des Wohlfahrtsstaats am wenigsten durch private Vorsorge selbst kompensieren können. Die Wahrnehmung der Gesellschaft als ungerecht und der gesellschaftlichen Herausforderungen als problematisch hängen eng zusammen, ohne dass man Ursache und Wirkung klar trennen könnte. Die Probleme mit den Sozialversicherungssystemen sind besonders konkret, jeder ist davon früher oder später betroffen. Die übrigen Probleme, die zu beurteilen waren, sind abstrakter, insbesondere der Kindermangel in der Gesellschaft oder die Qualität der Schulen scheinen weit entfernt zu sein und bedrohen den eigenen Status Quo nicht unmittelbar. Insgesamt zeigt sich, dass die Thüringer tendenziell diejenigen gesellschaftlichen Herausforderungen als problematisch ansehen, die sie selbst betreffen. Am Beispiel der Arbeitslosigkeit sieht man allerdings sofort, dass dies nicht uneingeschränkt gilt, da auch Befragte mit sicheren Arbeitsplätzen das Problem sehr wohl als dringlich empfinden.

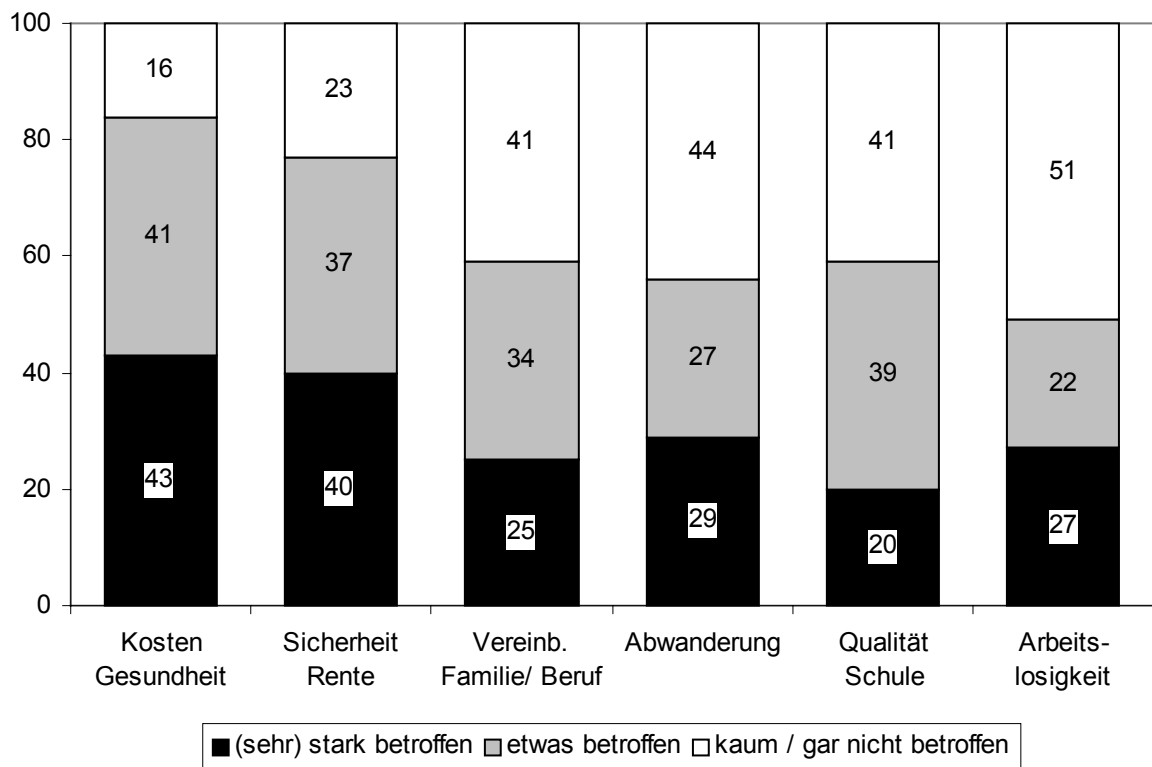
1.2. Eigene Betroffenheit

Die Arbeitslosigkeit ist aber der einzige Fall, in dem man die Betroffenheit der Menschen von diesem Problem relativ sicher feststellen kann. Die Arbeitslosenzahlen sind bekannt, und auch in dieser Umfrage wurde nach Arbeitslosigkeit gefragt. Auch wenn im Interview nicht alle Arbeitslosen angeben, arbeitslos zu sein, so kann man doch den Anteil der tatsächlich von diesem Problem betroffenen besser abschätzen als beispielsweise bei der Vereinbarkeit von

Familie und Beruf. In einem solchen Fall kann man lediglich nach einer subjektiven Einschätzung dieser Betroffenheit fragen. Aber auch der Einzelne kann in vielen Fällen nur Vermutungen über seine eigene Betroffenheit etwa von der Sicherheit der Rente abgeben; vom Kindermangel in der Gesellschaft kann man nicht selbst direkt betroffen sein, weshalb dieses Problem bei der Frage nach der Betroffenheit nicht berücksichtigt wird.

Fragt man direkt nach der eigenen Betroffenheit durch gesellschaftliche Probleme, so ergibt sich eine andere Rangfolge als bei der Problempemzeption: Die Kosten des Gesundheitssystems und die Sicherheit der Renten werden bei der Frage nach der eigenen Betroffenheit mit deutlichem Abstand am häufigsten genannt, die Arbeitslosigkeit am seltensten (vgl. Abb. 7).⁷ Die Probleme mit Bezug zum demografischen Wandel betreffen die Thüringer also am stärksten. Das liegt wohl unter anderem daran, dass von diesen Problemen alle potentiell betroffen sein können, während von Arbeitslosigkeit die Rentner nicht betroffen sein können und die Qualität der Schule für Kinderlose weniger relevant sein wird.

Abb. 7: *Eigene Betroffenheit von gesellschaftlichen Problemen (in Prozent)*



Anmerkung zur Gruppierung der Skala: 0-3: kaum / gar nicht betroffen, 4-7: etwas betroffen, 8-10: (sehr) stark betroffen.

7 Frageformulierung: Und wie stark sind Sie persönlich oder jemand aus Ihrem familiären Umfeld von diesen Problemen betroffen? Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 0 bis 10. 10 bedeutet, dass Sie davon äußerst stark betroffen sind. 0 bedeutet, dass sie gar nicht betroffen sind. Wie ist das mit A) der Arbeitslosigkeit? C) der Sicherheit der Rente? D) der Abwanderung von jungen Menschen aus der Region? E) der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? F) den Kosten des Gesundheitswesens? G) der Qualität der Schulen?

Über alle Herausforderungen hinweg zeigt sich, dass sich Frauen, mittlere Jahrgänge und niedrig Gebildete häufiger betroffen fühlen oder betroffen sind; teilweise damit überlappend sind es diejenigen, die sich benachteiligt fühlen, die sich ungerecht behandelt fühlen und deren eigene finanzielle Lage schlecht ist. Von der Qualität der Schulen fühlen sich logischerweise Befragte mit Kindern im Haushalt stärker betroffen, von Arbeitslosigkeit diejenigen ohne oder mit stark gefährdetem Arbeitsverhältnis.

Untersucht man den Zusammenhang zwischen Betroffenheit und Problemwahrnehmung, so zeigt sich, dass insbesondere bei Gesundheit und Rente, aber auch bei der Qualität der Schulen und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Betroffenheit gleichsam als Katalysator wirkt: Eine größere Betroffenheit bringt auch eine stärkere Wahrnehmung des Problems mit sich. Arbeitslosigkeit und Abwanderung hingegen werden häufig auch ohne eigene Betroffenheit als problematisch empfunden; über 80 Prozent der von Arbeitslosigkeit nicht Betroffenen empfindet sie trotzdem als großes Problem. Betrachtet man den Zusammenhang aus der umgekehrten Perspektive, so zeigt sich, dass selbst von denjenigen, die eine Herausforderung als großes Problem ansehen, oft die meisten von diesem Problem nur etwas oder wenig betroffen sind (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: *Betroffenheit von gesellschaftlichen Problemen nach Problemperzeption (in Prozent)*

	Von allen, die das Problem als groß ansehen, fühlen sich...		
	stark betroffen	etwas betroffen	wenig betroffen
Kosten des Gesundheitswesens	56	33	11
Sicherheit der Rente	50	32	18
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	42	26	32
Qualität der Schulen	42	26	32
Abwanderung aus der Region	37	23	40
Arbeitslosigkeit	29	22	49

Bei der Beschäftigung mit den großen gesellschaftlichen Problemen wird häufig nach dem Staat gerufen, der die Probleme lösen oder zumindest lindern soll. Für wie leistungsfähig halten die Thüringer den Staat, kann er die von den Bürgern wahrgenommenen Herausforderungen und Probleme bewältigen? Die Problemwahrnehmung ist wie gesehen sehr hoch, die Leistungsfähigkeit des Staates hingegen wird als beschränkt angesehen.

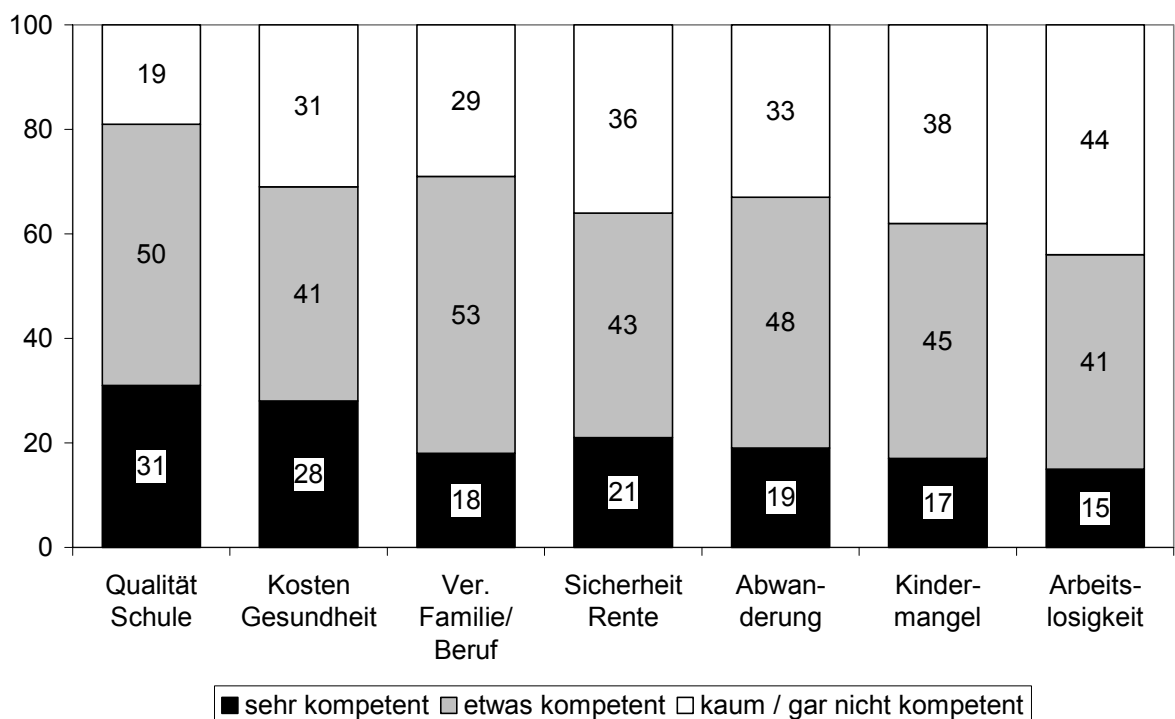
1.3. Kompetent oder überfordert? Zur Problemlösungsfähigkeit des Staates

Bei der Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates weicht die Rangfolge der Herausforderungen ganz erheblich von der Wahrnehmung der Probleme ab.⁸ Die Qualität der Schulen

⁸ Frageformulierung: Und was meinen Sie: Inwieweit ist der Staat in der Lage, diese Probleme zu bewältigen. Bitte verwenden Sie wieder die Skala von 0 bis 10. 10 bedeutet, dass der Staat umfassend

scheint den Thüringern als Problem, das vom Staat durchaus beeinflusst werden kann, ebenso wie in geringerem Maße die Begrenzung der Kosten des Gesundheitswesens; immerhin ein knappes Drittel der Befragten hält den Staat hier für sehr kompetent, und die relative Mehrheit billigt ihm zumindest etwas Kompetenz zu (vgl. Abb. 8). Insbesondere bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit trauen die Befragten dem Staat aber nur wenig zu: nur jeder Siebte glaubt, dass der Staat an diesem Problem etwas ändern kann, die Mehrheit glaubt das nicht. Etwa jeder Fünfte hält den Staat bei der Bewältigung den Kindermangels, der Abwanderung, der Sicherheit der Rente und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für kompetent. Allerdings ist die Gruppe derjenigen, die den Staat für kaum oder gar nicht kompetent hält, in allen diesen Bereichen größer.

Abb. 8: *Einschätzung der Kompetenz des Staates zur Bewältigung gesellschaftlicher Probleme (in Prozent)*



Anmerkung zur Gruppierung der Skala: 0-3: kaum / gar nicht kompetent, 4-7: etwas kompetent, 8-10: (sehr) stark kompetent.

Bei der Frage nach der Kompetenz bzw. Leistungsfähigkeit des Staates in diesen Bereichen lohnt sich zunächst ein Blick auf die objektiv Hauptbetroffenen: Wie bewerten die Thüringer mit Kindern im Haushalt die Kompetenz des Staates bei der Qualität der Schulen, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Beeinflussung des Kindermangels? Wie bewerten die Rentner die Rolle des Staates bei der Sicherheit der Renten, wie die Arbeitslosen bei der

dazu in der Lage ist, die Probleme zu bewältigen. 0 bedeutet, dass der Staat überhaupt nicht dazu in der Lage ist. Und wie ist das mit... A) der Arbeitslosigkeit? B) dem Kindermangel in unserer Gesellschaft? C) der Sicherheit der Rente? D) der Abwanderung von jungen Menschen aus der Region? E) der Vereinbarkeit von Familie und Beruf? F) den Kosten des Gesundheitswesens? G) der Qualität der Schulen?

Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und die Abwanderungswilligen bei der Begrenzung der Abwanderung? Und wie verhält es sich im Vergleich dazu mit den subjektiv Betroffenen, die also angeben, von einem Problem sehr stark betroffen zu sein.

Befragte mit Kindern im Haushalt geben im Durchschnitt schlechtere Noten, wenn sie die Kompetenz des Staates bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der Beeinflussung des Kindermangels einschätzen sollen. Unterteilt man diese Gruppe noch mal nach der Anzahl der Kinder im Haushalt, zeigt sich aber, dass die Befragten mit einem Kind schlechtere Noten geben als die mit zwei oder mehr Kindern im Haushalt. Bei der Qualität der Schulen glauben die Befragten mit Kindern im Haushalt generell stärker an die Kompetenz des Staates. Wenn man also die Kinderzahl als Maßstab für die Betroffenheit von Problemen, die mit Kindern zu tun haben, heranzieht, so bekommt der Staat von den Betroffenen ein besseres Zeugnis ausgestellt als von den nicht Betroffenen. Das gleiche Muster zeigt sich, wenn man die Selbsteinschätzung der Betroffenheit von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf bzw. der Qualität der Schulen als Maßstab nimmt, da diese von Befragten mit Kindern im Haushalt höher eingeschätzt wird als von Kinderlosen.

Ein anderes Bild zeigt sich bei der Sicherheit der Rente: Zwar empfinden gut 60 Prozent der Rentner die Sicherheit der Rente als großes Problem, aber mit diesem Wert liegen sie nur knapp vor den Befragten in Ausbildung auf dem vorletzten Platz. Hinsichtlich der Betroffenheit von diesem Problem unterscheiden sich die verschiedenen Gruppen kaum, aber die Kompetenz des Staates auf diesem Gebiet wird von Rentnern deutlich besser bewertet als von Jüngeren. Das kann man sicherlich auch als Zufriedenheit der heutigen Rentner mit dem Rentensystem deuten, und andererseits als Unsicherheit der jüngeren Befragten bezüglich der Zukunft dieses Systems. Bei der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen darf man wohl unterstellen, dass sie sich deutlich weniger Gedanken über die Rente macht als die Älteren; sie empfinden auch subjektiv eine geringere Betroffenheit von der Sicherheit der Rente als die Älteren.

Aktuell Arbeitslose sind selbstverständlich von diesem Problem sehr viel stärker betroffen als andere, aber hinsichtlich der Problemwahrnehmung und der Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates unterscheiden sie sich kaum von anderen. Das Problem wird von allen Bevölkerungsgruppen als besonders gravierend anerkannt, die Kompetenz des Staates wird überall gleich stark bezweifelt; das gilt für objektiv wie subjektiv Betroffene gleichermaßen.

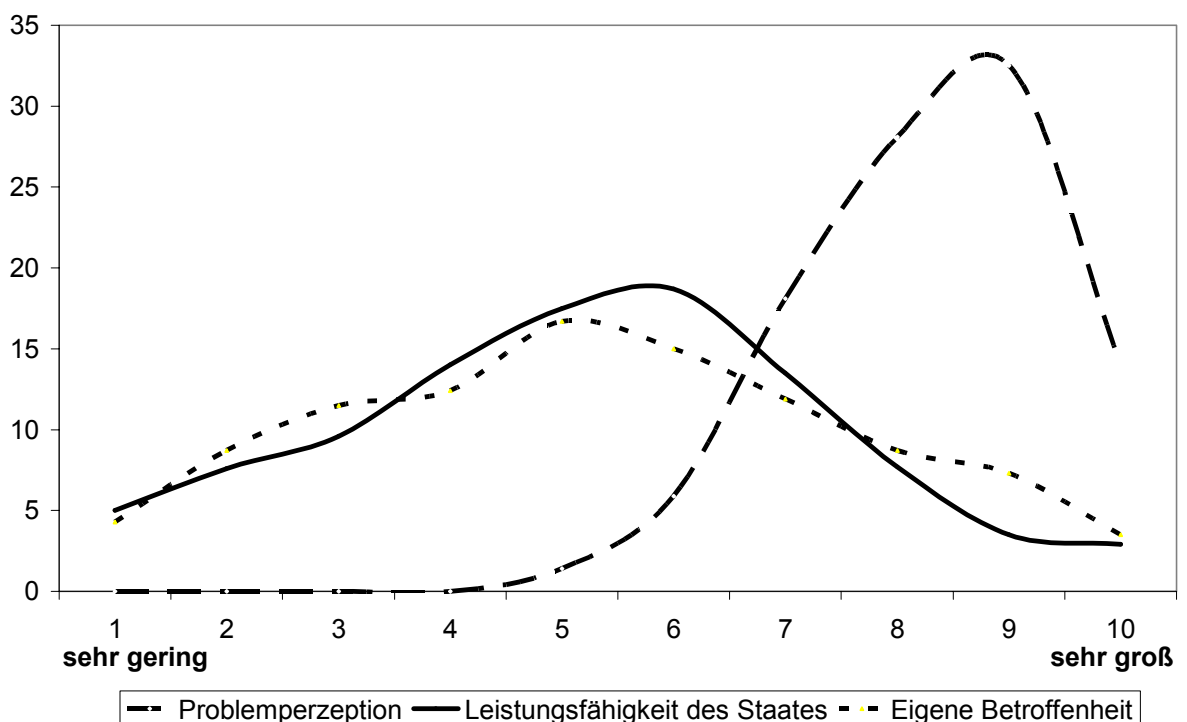
Bei der Abwanderung fallen subjektive und objektive Betroffenheit allerdings deutlich auseinander: Die Abwanderung ist vor allem für diejenigen ein Problem, die beabsichtigen hier zu bleiben. Abwanderungswillige sehen das selbst nicht als so problematisch, vermutlich auch, weil es sich vorwiegend um Jüngere handelt, für die regionale Mobilität selbstverständlicher ist als für Ältere. Daher fühlen sich auch alle Thüringer im gleichen Maße vom Problem der Abwanderung betroffen, egal ob sie selbst abwandern wollen (bzw. müssen) oder nicht. Einzig bei der Einschätzung der Kompetenz des Staates unterscheiden sich beide Gruppen: Abwanderungswillige sprechen ihm diese Kompetenz bei der Bekämpfung von Abwanderung nahezu vollständig ab, während die Übrigen zumindest ein wenig Hoffnung in dieser Richtung haben.

Da man gerade beim Thema Abwanderung aus Ostdeutschland immer zuerst an die Dörfer denkt, noch ein Blick auf den Zusammenhang mit der Größe des Wohnorts. Arbeitslosigkeit und die Sicherheit der Rente werden in Dörfern und kleineren Städten deutlich problematischer empfunden als in den größeren Städten Thüringens, was sicherlich die Folge des größeren Anteils von Arbeitslosen und Rentnern auf dem Land ist. Bei der Abwanderungsproblematik unterscheiden sich Dörfer und Städte in Thüringen hingegen nicht signifikant vonein-

ander. Bei der Betroffenheit von Abwanderung zeigt sich ein ähnliches Bild: Dorfbewohner fühlen sich nicht stärker davon betroffen als Städter. Das gilt im Übrigen für alle Probleme unserer Liste mit Ausnahme der Arbeitslosigkeit und der Kosten für das Gesundheitswesen, die aufgrund der Wege zum Facharzt auf dem Land durchaus höher sein können als in der Stadt. Die Kompetenz bzw. Leistungsfähigkeit des Staates, diese Probleme zu lösen oder zu lindern, wird aber auf dem Land deutlich skeptischer beurteilt. Gleiches gilt für alle Probleme, vor allem diejenigen der sozialen Sicherungssysteme, mit der Ausnahme: der Abwanderung, die zu bekämpfen dem Staat auf dem Land wie in der Stadt gleichermaßen (wenig) zugetraut wird.

Um eine Vorstellung des Verhältnisses zwischen Problemwahrnehmung und Lösungskompetenz insgesamt zu bekommen, kann man für jeden Befragten seine Beurteilungen der gesellschaftlichen Herausforderungen aufaddieren. Bei allen Fragen, auch bei der persönlichen Betroffenheit, wurde die gleiche Antwortskala zwischen 0 und 10 verwendet, so dass addiert und durch die Anzahl der Probleme geteilt eine Skala entsteht, auf der die Problemwahrnehmung, die eigene Betroffenheit und die Bewertung der Leistungsfähigkeit des Staates insgesamt abgelesen werden kann (vgl. Abb. 9). Dabei zeigt sich, dass die Thüringer insgesamt die gesellschaftlichen Herausforderungen sehr stark problematisieren. Bei der Betroffenheit von denselben Problemen ist die Einschätzung der eigenen Lage sehr viel moderater, die Breite der Skala wird stärker ausgenutzt. Die Wahrnehmung der Leistungsfähigkeit des Staates liegt ebenfalls in etwa in der Mitte der Skala.

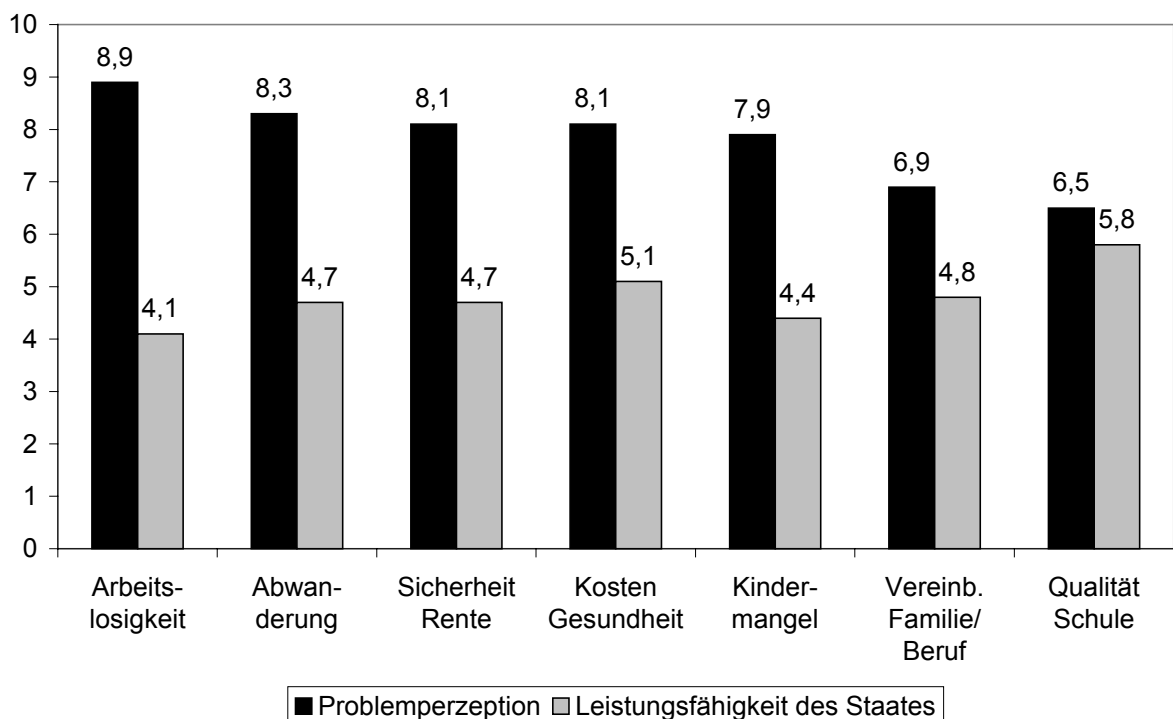
Abb. 9: *Perzeption, Betroffenheit und Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates bei verschiedenen gesellschaftlichen Herausforderungen*
(Anteil der Nennungen des jeweiligen Punktwertes über alle Herausforderungen)



Beim Vergleich der Einschätzungen muss man aber sehr vorsichtig sein, denn trotz gleicher Skalen wurden hier unterschiedliche Dinge gemessen. Schaut man auf den Zusammenhang zwischen Problemwahrnehmung und Lösungskompetenz des Staates von Fall und Fall, also von Herausforderung zu Herausforderung, so zeigt sich ein sehr geringer Zusammenhang. Die Leistungsfähigkeit des Staates ist also mit der Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme nur wenig verknüpft; gleiches gilt für den Zusammenhang mit der eigenen Betroffenheit. Anders formuliert wird die Leistungsfähigkeit und Kompetenz des Staates weitgehend unabhängig von den gesellschaftlichen Herausforderungen eingeschätzt.

Vergleicht man die Problemwahrnehmung und die Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates generell, so zeigt sich, dass die Thüringer dem Staat bestenfalls die Lösung „kleinerer“ Probleme zutrauen (vgl. Abb. 10). Im Durchschnitt aller Befragten könnte man überspitzt formulieren: Je größer das Problem, desto weniger ist der Staat zur Lösung in der Lage. Das könnte einen idealen Nährboden für die Unzufriedenheit mit dem politischen System bieten; dieser Zusammenhang wird in Kapitel V ausführlich untersucht.

Abb. 10: *Wahrnehmung von Problemen und Leistungsfähigkeit des Staates*
(Mittelwerte, 0=kein Problem bzw. Staat ist nicht kompetent; 10=großes Problem bzw. Staat ist kompetent)



Gleichzeitig sind die Bewertungen der Leistungsfähigkeit des Staates über die Herausforderungen hinweg bei den Befragten häufig sehr ähnlich: Wenn man dem Staat die Lösung des einen Problems nicht zutraut, dann ist man auch bei anderen Probleme skeptisch. Seltener zeigt sich auch das Gegenteil, dass der Staat bei mehreren Problemen für sehr kompetent gehalten wird. Die Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Staates ist also pauschal, und dieses Pauschalurteil ist überwiegend negativ. Auf der individuellen Ebene zeigt sich derselbe Zusammenhang: Von allen, die das jeweilige Problem als groß ansehen, wird die Kompetenz des Staates im Bereich der Qualität der Schulen am größten, im Bereich der Arbeitslosigkeit am geringsten eingeschätzt.

Tab. 3: *Einschätzung der Kompetenz des Staates bei der Bewältigung von gesellschaftlichen Problemen nach Problempertzption (in Prozent)*

	Von allen, die das Problem als groß ansehen, sehen den Staat als ...		
	sehr kompetent	etwas kompetent	nicht kompetent
Qualität der Schulen	37	42	21
Kosten des Gesundheitswesens	29	31	40
Vereinbarkeit von Familie und Beruf	22	45	33
Abwanderung aus der Region	22	42	36
Sicherheit der Rente	22	37	41
Kindermangel	21	40	39
Arbeitslosigkeit	14	39	47

Damit ergibt sich als Fazit eine Diskrepanz: hoher Problemdruck einerseits – begrenzte Leistungsfähigkeit des Staates andererseits. Die Herausforderungen werden durchgängig als große Probleme wahrgenommen und dies weithin auch dann, wenn eine persönliche Betroffenheit nicht gegeben ist. Wenngleich die Handlungsfähigkeit des Staates nicht generell niedrig angesetzt wird, so ist er doch in den Augen eines Großteils der Thüringer außerstande die Probleme zu lösen.

Die Vermutung liegt nahe, dass die Gesamteinschätzungen der Problemwahrnehmung, der eigenen subjektiven Betroffenheit und der Leistungsfähigkeit des Staates mit verschiedenen politischen Einstellungen in Verbindung stehen. Vorher sollen aber noch die Bewertung einiger politischer Optionen, Reaktions- und Lösungsmöglichkeiten zur Bewältigung des demografischen Wandels in den Blick genommen werden.

2. Strategien zur Bewältigung des demografischen Wandels

Unterschiedliche Einstellungsmuster bezüglich gesellschaftlicher Herausforderungen dürften auch mit unterschiedlichen Präferenzen einhergehen, wie diese gesellschaftlichen Probleme denn gelöst werden sollen. Einige dieser möglichen Lösungsstrategien, insbesondere Reaktionen auf den demografischen Wandel, sollen hier untersucht werden: Welche Gründe sehen die Bürger für die Probleme als ursächlich an, welche Maßnahmen erwarten sie von der Politik und wie werden die vorhandenen Lösungsstrategien bewertet? Und wie hängt diese Politikbewertung mit ihrer eigenen Einschätzung von Problemdruck, Betroffenheit und Leistungsfähigkeit des Staates zusammen? Natürlich können im begrenzten Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS nicht alle Fragen des demografischen Wandels berücksichtigt werden. Der Schwerpunkt wird hier auf die Frage des Kindermangels in unserer Gesellschaft und dessen Folgen für die sozialen Sicherungssysteme gelegt.

2.1. Kindermangel und dessen Folgen

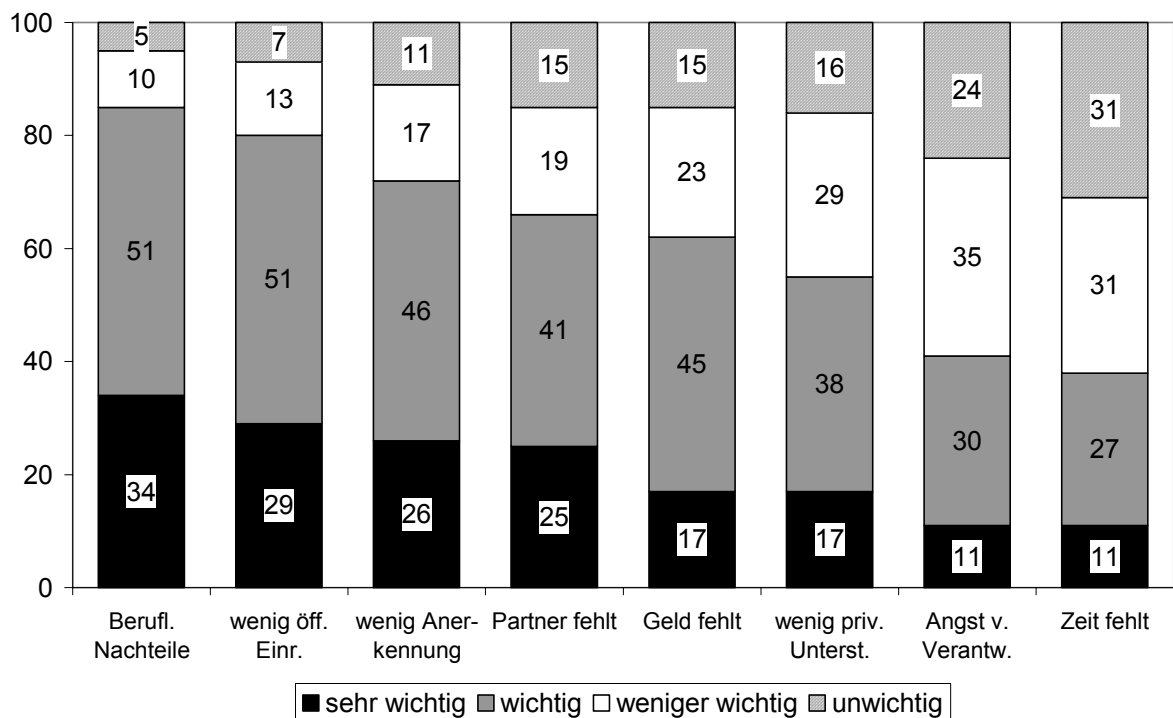
Knapp zwei Drittel der Thüringer sehen im Kindermangel in unserer Gesellschaft ein großes Problem, ein Drittel ein mittleres Problem; auch im THÜRINGEN-MONITOR 2004 ist bereits ein sehr ähnliches Ergebnis festgestellt worden (TM 2004: A38). Die Verantwortung für die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur wurde damals von drei Vierteln der Thüringer dem Staat und nicht dem Einzelnen zugeschrieben (TM 2004: A39). Die Frage danach, ob der Staat die Erwartungen auf diesem Gebiet überhaupt erfüllen kann, ist in diesem Jahr allerdings ernüchternd ausgefallen: Ein gutes Drittel empfindet den Staat als überhaupt nicht kompetent, knapp die Hälfte traut ihm zumindest etwas Kompetenz zu und nur etwa jeder siebte Thüringer glaubt daran, dass der Staat einen substantiellen Beitrag zur Lösung des Kindermangels in der Gesellschaft leisten kann.

Auch wenn der Staat durch geeignete Familienpolitik darauf hinwirken kann, dem Kindermangel in der Gesellschaft abzuhelfen, so kann er das generative Verhalten der Bevölkerung nicht direkt beeinflussen. Bei der geringen Kompetenzeinschätzung des Staates liegt ohnehin die Vermutung nahe, dass der Kindermangel nicht nur an zu wenigen öffentlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung oder zu wenig gesellschaftlicher Anerkennung für die Kindererziehung liegt. Aber welche Faktoren spielen eine Rolle, sind es der Mangel an Geld oder Zeit oder die Angst vor beruflichen Nachteilen? Oder macht den potentiellen Eltern eher die Verantwortung Angst, oder sind einfach nur die Umstände widrig?

Allem Anschein nach wird vor allem die schlechte Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die häufige Kinderlosigkeit verantwortlich gemacht, ein Ergebnis, dass auch in früheren THÜRINGEN-MONITOREN bereits festgestellt wurde (TM 2002). Berufliche Nachteile und ein Mangel an öffentlichen Einrichtungen zur Kinderbetreuung werden am häufigsten als wichtigste Gründe für Kinderlosigkeit genannt (vgl. Abb. 11). Häufig denken die Befragten auch, dass den potentiellen Eltern der richtige Partner fehlt; zu wenig gesellschaftliche Anerkennung für die Elternschaft spielt in den Augen der Befragten sogar noch eine etwas wichtigere Rolle. Der Mangel an Geld oder Unterstützung im privaten Umfeld wird immerhin noch von einer klaren Mehrheit der Thüringer für (sehr) wichtig gehalten, während die Angst vor Verantwortung und noch stärker die fehlende Zeit eine nachrangige Rolle spielen.

Die Reihenfolge der Gründe für Kinderlosigkeit unterscheidet sich nicht zwischen Männern und Frauen und auch nicht danach, ob jemand Kinder im eigenen Haushalt hat oder nicht. In der „Zielgruppe“ der Kinderlosen bis 45 Jahre stehen ebenfalls die beruflichen Nachteile und die fehlende öffentliche Anerkennung im Vordergrund, werden also auch von den Betroffenen am häufigsten für wichtig gehalten. Während diese Zielgruppe einen Mangel an Geld oder Zeit seltener nennt, werden das Fehlen des geeigneten Partners und die Angst vor Verantwortung häufiger als Problem genannt.

Abb. 11: *Gründe für Kinderlosigkeit*
(in Prozent)



Im THÜRINGEN-MONITOR 2002 wurde mit demselben Instrument versucht, den Gründen für Kinderlosigkeit nachzuspüren. Zur Entwicklung über die Zeit lassen sich einige interessante Feststellungen treffen. Bei einer etwas reduzierten Auswahl an Gründen konnten bereits in 2002 sehr ähnliche Begründungsmuster entdeckt werden: Die beruflichen Nachteile wurden nahezu gleichauf mit der fehlenden Anerkennung und den fehlenden öffentlichen Einrichtungen genannt, aber insgesamt bei weitem nicht von so vielen Befragten für so wichtig gehalten wie 2006. Sieht man von der Höhe der Zustimmung ab, ist aber die Rangfolge der Probleme nach wie vor die gleiche.

Zur weiteren Strukturierung der Gründe für Kinderlosigkeit kann auf das statistische Verfahren der Faktorenanalyse zurückgegriffen werden. Dieses Verfahren untersucht die Antworten der Befragten auf Ähnlichkeiten und Unterschiede hin, um daraus auf Zusammenhänge zwischen den Gründen und hinter diesen liegende Hintergrundvariablen zu schließen. Einzelne Gründe für Kinderlosigkeit sollen also zusammengefasst und von anderen Gründen abgegrenzt werden, um die Struktur der Gründe für Kinderlosigkeit zu vereinfachen.⁹ Dabei zeigt sich, dass sich diese Gründe auf drei unterschiedliche Dimensionen zusammenfassen lassen. Der Mangel an Zeit und Geld wird häufig zusammen mit den beruflichen Nachteilen genannt, daher bilden diese drei Gründe zusammen die erste Dimension. Angst vor Verantwortung und der fehlende Partner gehören zusammen in die zweite Gruppe der persönlichen Gründe. Schließlich lässt sich ein Bündel von Gründen im sozialen Umfeld der Befragten finden, zu dem der Mangel an öffentlichen Einrichtungen, zu wenig Anerkennung und zu wenig private Unterstützung zählen. Die Benennung der Dimensionen – materielle Gründe, persönliche Gründe und Gründe im Umfeld – orientiert sich dabei an den jeweils enthaltenen Fragen.

⁹ Zum Verfahren der Faktorenanalyse vgl. Backhaus u.a. 1996: 189-260.

Tab. 4: *Strukturierung der Gründe für Kinderlosigkeit*
(Ergebnis der Faktorenanalyse)¹⁰

Gründe für Kinderlosigkeit		
<i>Materielle Gründe</i> (Faktor 1)	<i>Persönliche Gründe</i> (Faktor 2)	<i>Gründe im Umfeld</i> (Faktor 3)
<ul style="list-style-type: none"> • Zu wenig Geld (.81) 	<ul style="list-style-type: none"> • Angst vor Verantwortung (.79) 	<ul style="list-style-type: none"> • Zu wenige öffentliche Einrichtungen (.76)
<ul style="list-style-type: none"> • Zu wenig Zeit (.68) 	<ul style="list-style-type: none"> • Kein geeigneter Partner (.72) 	<ul style="list-style-type: none"> • Zu wenig Anerkennung (.64)
<ul style="list-style-type: none"> • Berufliche Nachteile (.62) 		<ul style="list-style-type: none"> • Zu wenig private Unterstützung (.58)

Bei der jüngsten Altergruppe sind vor allem persönliche Gründe für Kinderlosigkeit entscheidend, während materielle Gründe hier für sehr unwichtig, das Umfeld für weniger wichtig gehalten wird. Dass die Gründe im Umfeld zu suchen sind, glauben vor allem die Älteren, möglicherweise weil bei ihnen die Erinnerungen an die öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen der DDR noch sehr präsent sind. Zwischen Männern und Frauen sowie Eltern und Kinderlosen zeigen sich ebenso wie zwischen den Bildungsgruppen keine gravierenden Unterschiede. Gut Situierte nennen vorwiegend persönliche Gründe, finanziell Schwache eher materielle Gründe.

Diejenigen, die den Kindermangel als besonders dringliches gesellschaftliches Problem sehen, halten materielle Gründe seltener, Gründe im Umfeld häufiger für ursächlich. Wenn die Gründe vor allem im Umfeld vermutet werden, so erscheint den Befragten der Staat auch als kompetenter, diese Herausforderung zu meistern. Bei den Kinderlosen unter 45 Jahren sind persönliche Gründe überdurchschnittlich wichtig. Dennoch werden auch hier die beruflichen Nachteile zuerst genannt. Was bedeutet das für die Bekämpfung des Kindermangels durch den Staat? Einen geeigneten Partner kann der Staat zwar nicht vermitteln, aber die materiellen Gründe und das Umfeld sind durch die Politik durchaus beeinflussbar. Hier können Anreize für die Entscheidung für Kinder gesetzt werden, und teilweise geschieht eben das bereits. Grund genug, einige dieser Anreize genauer zu untersuchen und ihre Wirksamkeit von den Thüringern einschätzen zu lassen.

Von welchen dieser Maßnahmen versprechen sich die Thüringer den meisten Nutzen, um Anreize für das Kinderkriegen zu setzen? Verspricht eine bessere Ganztagsbetreuung Erfolg, sind kostenlose Kindergartenplätze oder das Elterngeld sinnvolle Anreize?¹¹ Mehr als drei Viertel der Befragten halten die kostenlosen Kindergartenplätze für sinnvoll, zwei Drittel versprechen sich Erfolg von einer besseren Ganztagsbetreuung und knapp 60 Prozent sprechen sich für das Elterngeld aus. Tendenziell geht hier strukturelle Hilfe vor materieller Unterstützung. Diejenigen, die solche strukturellen Anreize wie Ganztagsbetreuung und

10 Die Angaben in Klammern sind Faktorladungen, die angeben, wie sehr die einzelnen Fragen mit dem neu gebildeten Faktor zusammenhängen (zwischen 0=gar nicht und 1=maximal). Die drei Faktoren erklären insgesamt 55 Prozent der Varianz der ursprünglichen Fragen.

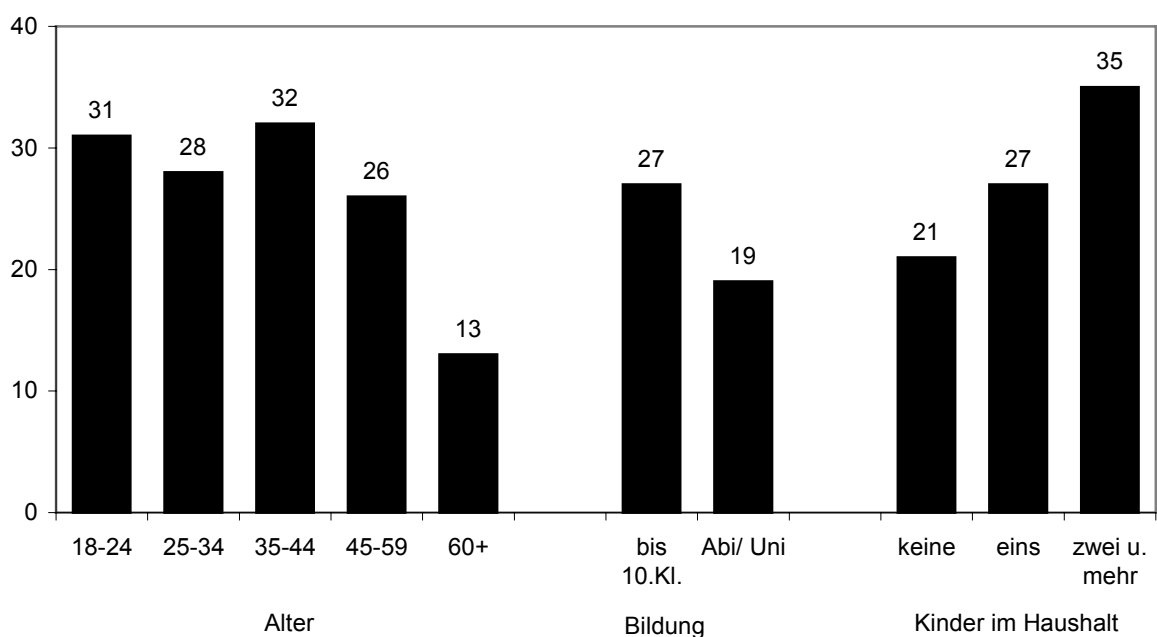
11 Frageformulierung: Glauben Sie, dass A) eine bessere Ganztagsbetreuung für Kinder Paare ermuntern wird, mehr Kinder zu bekommen, oder glauben Sie das nicht? Und wie ist das mit B) kostenlosen Kindergartenplätzen, C) dem Elterngeld?

kostenlose Kindergartenplätze wünschen, sehen die Gründe für Kinderlosigkeit auch häufiger im Umfeld als auf materieller oder persönlicher Ebene. Eine solche Auswahl aus Möglichkeiten, die nicht gegen Alternativen abgewogen werden müssen, ist aber recht hypothetisch, da man nicht alle Optionen gleichzeitig realisieren kann.

Deutlicher tritt die Präferenz der Thüringer zutage, wenn sie zwischen zwei Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf entscheiden müssen: „Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern, kann die Politik ja unterschiedlich vorgehen. Was glauben Sie ist besser geeignet: Wenn man die Familien stärker bei der Kinderbetreuung entlastet oder wenn man ihnen mehr Geld zur Verfügung stellt?“ Hier wird die strukturelle klar der materiellen Hilfe vorgezogen: Drei Viertel aller Thüringer würden im Zweifel eine stärkere Entlastung bei der Kinderbetreuung einer zusätzlichen finanziellen Hilfe vorziehen, nur ein Viertel präferiert mehr Geld. Damit fällt die Entscheidung genauso, nur noch deutlicher aus als im Jahr 2002, als zwei Drittel für die Entlastung, ein Drittel für das Geld optierte (TM 2002: A24)

Männer und Frauen unterscheiden sich hinsichtlich dieser Frage kaum. Beim Blick auf Alter und die Anzahl von Kindern im Haushalt zeigt sich aber, dass die (potentiell) Betroffenen überdurchschnittlich häufig für die finanzielle Unterstützung votieren (vgl. Abb. 12). Dennoch ziehen auch zwei Drittel der Befragten mit zwei oder mehr Kindern im Haushalt immer noch die stärkere Entlastung bei der Kinderbetreuung der finanziellen Hilfe vor. Befragte mit formal niedrigerer Bildung sehen für sich vielleicht ohnehin schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und daher weniger Nutzen von besserer Kinderbetreuung, weshalb sie etwas häufiger für die materielle Option votieren. Interessant ist weiterhin, dass ausgerechnet diejenigen, die am wenigsten mit dem Problem zu tun haben, die klarste Position gegen finanzielle und damit für strukturelle Unterstützung einnehmen; vielleicht wollen die potentiellen Großeltern nicht, dass die Kinderbetreuung auf sie zurückfällt.

Abb. 12: *Präferenz für mehr Geld zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf*
(in Prozent)



Auch auf der Landesebene kann es sinnvoll sein, Anreize bei der Entscheidung für ein Kind zu bieten und auf diesem Wege potentiellen Eltern (Kinderlose unter 40 Jahren) die Entscheidung zur Familiengründung zu erleichtern. Thüringen versucht die Geburtenrate unter anderem mit Hilfe des Landeserziehungsgeldes und im Rahmen der „Familienoffensive“ positiv zu beeinflussen. Das Landeserziehungsgeld erfreut sich durchaus einiger Beliebtheit, denn eine Mehrheit der Thüringer hält das Modell für richtig; gut 40 Prozent der Befragten würden hingegen ein anderes Modell vorziehen. Die „Familienoffensive“ bedarf noch einiger Marketinganstrengungen, denn nur drei von zehn Thüringern ist sie ein Begriff, die übrigen können nichts Richtiges damit anfangen. Bei den potentiellen Eltern können nur 20 Prozent sagen, was es damit auf sich hat.

2.2. Umbau des Sozialstaats

An durchgreifende Erfolge bei der Sanierung der sozialen Sicherungssysteme durch familienpolitische Maßnahmen glaubt nur die Hälfte der Thüringer. Jeweils etwa die Hälfte der Befragten glaubt bzw. glaubt nicht, dass Renten- und Krankenversicherung auf Dauer dadurch gesichert werden können, dass mehr Kinder geboren werden. An diesem Zusammenhang zweifeln vor allem die mittleren Jahrgänge, die formal schlechter Gebildeten und natürlich diejenigen, die dem Problem des Kindermangels mehr Aufmerksamkeit schenken. Der Kindermangel wird also nicht unbedingt als alleiniges oder wesentliches Problem beim Umbau der Sozialversicherungssysteme angesehen.

Das Problem der Sicherheit der Renten wird von der großen Mehrheit der Thüringer als sehr groß angesehen. Mögliche Lösungen für dieses Problem liegen in der Berücksichtigung der Kinderzahl für die Rente: Sollten Rentner ohne Kinder weniger Rente bekommen, oder sollten Kinderlose schon im Erwerbsleben höhere Beiträge für das Rentensystem leisten? Oder sollte die Kinderzahl vielleicht gar keine Rolle spielen?

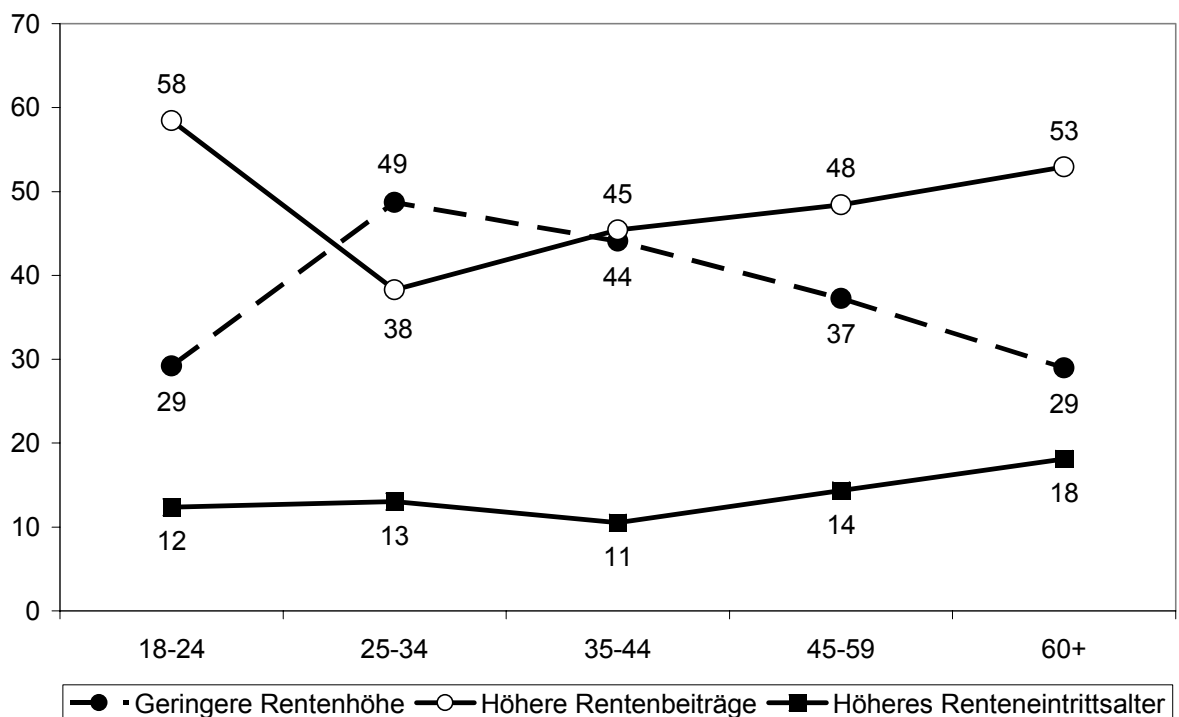
Insgesamt sind die Thüringer unentschieden, ob die Kinderzahl des Einzelnen sich auf seine Rentenansprüche auswirken soll. Eine knappe Mehrheit favorisiert eine Berücksichtigung der Kinderzahl bei der Rente, 44 Prozent sprechen sich dagegen aus. Diejenigen, die die Kinderzahl berücksichtigen wollen, sprechen sich zu drei Vierteln für höhere Beiträge für Kinderlose aus, während ein Viertel von diesen niedrigere Renten für Kinderlose fordern. Die Jüngeren, insbesondere die Kinderlosen unter ihnen sprechen sich häufiger dafür aus, die Kinderzahl bei der Rente unberücksichtigt zu lassen. Befragte mit Kindern wollen diesen Beitrag zur Zukunftssicherung der Sozialversicherung auch honoriert wissen. Diese sind dabei seltener für höhere Beiträge der Kinderlosen, dafür häufiger für geringere Renten. Die subjektive Betroffenheit von der Sicherheit der Rente spielt ebenfalls eine Rolle: Je stärker die Sicherheit der eigenen Rente in Frage gestellt wird, desto stärker wird auch die Berücksichtigung von Kindern abgelehnt.

Wenn man einmal von der Berücksichtigung von Kindern bei der Rentenhöhe absieht, so gibt es zahlreiche weitere Möglichkeiten, um die Finanzierung des Rentensystems auf ein solides Fundament zu stellen: Man kann am einen oder am anderen Ende des Systems verändern, also entweder die Rentenhöhen insgesamt etwas verringern und so bei den Rentnern sparen, oder die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen und so die Arbeitnehmer stärker belasten. Eine Alternative dazu wäre noch die Anhebung des Renteneintrittsalters, was beide Seiten belasten würde. Diese Alternative wird aber von den Thüringern nur sehr zögerlich angenommen, denn nicht einmal jeder Siebte spricht sich dafür aus (14%). Die Übrigen sind insgesamt etwas stärker für eine Erhöhung der Beiträge (49%) als für eine Verringerung der Rentenhöhe (37%).

Wird die Präferenz für die eine oder die andere Alternative wiederum stark von der eigenen Situation geprägt? In Thüringen liegt der Anteil der Erwerbstätigen bei etwa 43 Prozent, weniger als die Hälfte der Einwohner kommt also aktuell für die eigenen Lebenshaltungskosten selbst auf (vgl. Thüringer Landesamt für Statistik 2005: 135). Da unsere Umfrage ein repräsentatives Abbild der Thüringer Bevölkerung ab 18 Jahre ist, ist dieses Verhältnis in etwa auch in unserer Befragtengruppe zu finden: Etwa 46 Prozent der Befragten sind voll oder teilweise berufstätig, acht Prozent sind noch in der Ausbildung und weitere 46 Prozent erwirtschaften ihren Lebensunterhalt aktuell nicht selbst, sind also in Rente, arbeitslos oder nicht berufstätig. Der Zusammenhang mit der Entscheidung über die Zukunft der Rente liegt auf der Hand. Zwar sind nicht alle Rentner für Beitragserhöhungen und gegen Rentenkürzungen, und nicht alle Erwerbstätigen sind gegen höhere Beiträge und für niedrigere Renten, aber in der Tendenz ist dieser Zusammenhang durchaus vorhanden. Nur ein Viertel der Rentner präferiert Rentenkürzungen, während sich eine klare Mehrheit für höhere Beiträge ausspricht. Diese Mehrheit ist nur unter den Auszubildenden noch größer. Bei Vollzeit-Erwerbstätigen halten sich diese beiden Alternativen etwa die Waage, während die Mehrheit der Teilzeit-Erwerbstätigen zur Erhöhung der Beiträge neigt.

Wahrscheinlich ist weniger die aktuelle Berufstätigkeit, als vielmehr das Alter und damit die Entfernung zur Rente die entscheidende Größe bei der Beurteilung dieser Frage. Größere zeitliche Nähe zum eigenen Renteneintritt drückt die Bereitschaft, bei der Höhe der Rente Abstriche zu machen. Die deutlichste Zustimmung zum höheren Renteneintrittsalter findet man bei denen, die dieses schon überschritten haben. Die geringste Bereitschaft, Rentenbeiträge zu erhöhen findet man dort, wo diese am stärksten gezahlt werden (nach der Ausbildung). Vermutlich auch von ihrer geringeren Beteiligung am Erwerbsprozess her rührt die größere Präferenz von Frauen für die Beitragserhöhung.

Abb. 13: *Zukunft der Rentenversicherung – nach Altersgruppen*
(in Prozent)

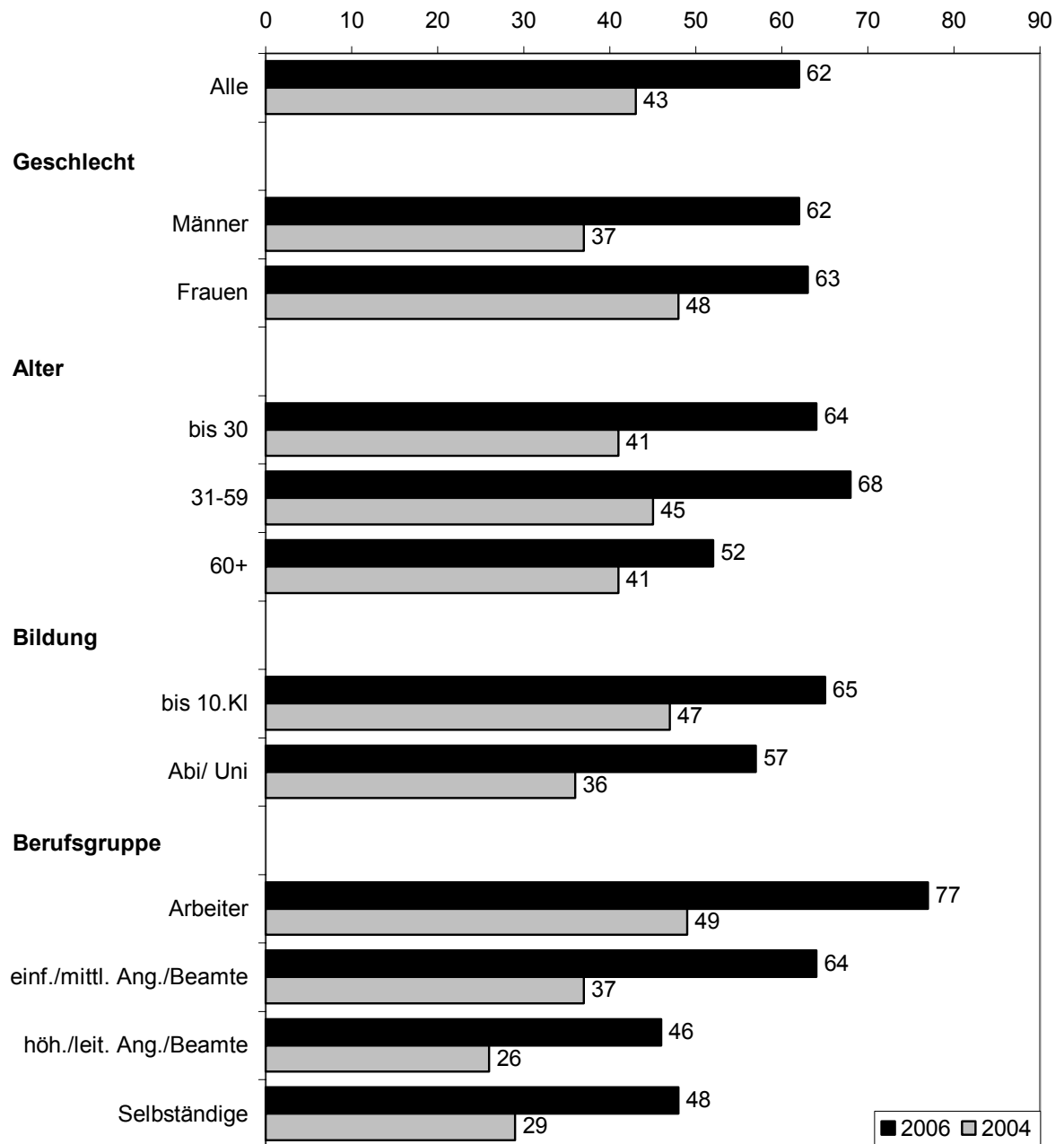


Hier wie generell bei den Sozialversicherungssystemen denkt jeder an sich selbst zuerst: Die Eltern wollen die Kinder bei der Rente berücksichtigt haben, was die Kinderlosen verhindern wollen. Die Rentner wehren sich gegen Rentensenkungen, die Beitragszahler wollen Beitragserhöhungen verhindern. Die Befragten, die den Staat bei der Lösung der gesellschaftlichen Probleme für überdurchschnittlich kompetent und leistungsfähig und die Probleme selbst für weniger gravierend halten, sprechen sich seltener für die Rentenkürzungen, aber häufiger für das spätere Renteneintrittsalter aus. Unter diesen finden sich überdurchschnittlich viele Junge, für die das Lebensalter 65 etwa gleich weit weg ist wie 67 oder 70.

Dass jeder in diesem Bereich nur an sich denkt, ist möglicherweise auch eine Folge davon, dass es trotz steigender Beiträge keine Bevölkerungsgruppe gibt, die bessere Sozialversicherungsleistungen erhält; lediglich die Bezieher solcher Leistungen wie Rente oder Arbeitslosengeld werden (oder wurden in der Vergangenheit) mehr. Der Beitragszahler hat also selten oder nie das Gefühl, mit jemandem solidarisch zu sein und seinen Beitrag sinnvoll anzulegen. Mit zunehmender Wirkung der beschlossenen Reformprojekte der Agenda 2010 vergrößert sich zudem der Anteil der Bevölkerung, die sich selbst als Verlierer dieser Reformen sehen: 2006 bekunden immerhin 62 Prozent der Thüringer diesen Eindruck, während der Anteil der subjektiven Reformverlierer 2004 noch bei 43 Prozent lag (vgl. Abb. 14). Der Anstieg ist in beinahe allen Bevölkerungsgruppen gleichermaßen festzustellen, besonders stark fällt er aber bei den Männern aus. Sie sehen sich mittlerweile genauso häufig als Verlierer wie die Frauen, bei denen dieses Gefühl vor zwei Jahren deutlich weiter verbreitet war. Die Älteren und damit die Rentner sehen sich zwar auch mehrheitlich als Verlierer der Reformen, aber im Vergleich zu allen anderen Altersgruppen ist ihre Selbsteinschätzung am deutlichsten positiv. Die Situation der Jüngeren hat sich im Selbstbild seit 2004 deutlich verschlechtert. Auf diese Verschlechterung ist ein großer Teil des Zuwachses bei der Verlierergruppe zurückzuführen. Bei den Erwerbstätigen beurteilen insbesondere die Arbeiter, aber auch die einfachen und mittleren Angestellten und Beamten ihre Situation negativ; sie zählen sich zu drei Vierteln bzw. zwei Dritteln als Verlierer des Umbaus. Die Zunahme im Vergleich zu 2004 ist in allen Gruppen ähnlich.

Ernüchterung allerorten? Keineswegs, denn fragt man danach, ob sich der Wohlfahrtsstaat denn insgesamt bewährt habe, so antwortet 2006 wie 2004 jeweils eine knappe Mehrheit mit Ja. Das ist vielleicht ein Hinweis auf Einsicht in die Notwendigkeit des Umbaus der sozialen Sicherungssysteme, der notfalls auch eigene Einschränkungen nach sich ziehen kann. Dennoch hängen beide Fragen stark zusammen: Von denen, die den Wohlfahrtsstaat für nicht bewährt halten, sehen sich drei Viertel als Verlierer beim Umbau, von denen, die ihn für bewährt halten, ist es die Hälfte. Diejenigen, die den Wohlfahrtsstaat für bewährt halten, sind nach wie vor die, die am stärksten von ihm profitieren (Rentner, Ältere) bzw. die seine Leistungen seltener in Anspruch nehmen müssen: Kinderlose, gut Gebildete und finanziell gut Situierte.

Abb. 14: *Selbsteinschätzung als Verlierer von Reformen – 2004 und 2006 im Vergleich verschiedener Bevölkerungsgruppen (in Prozent)*



Diese Gruppe unterscheidet sich von denen, die den Wohlfahrtsstaat für nicht bewährt halten ebenso wie die zwei Gruppen der subjektiven Gewinner und Verlierer des Sozialstaatsumbaus deutlich voneinander, wenn man auf die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen, die eigene Betroffenheit von solchen Problemen und die Leistungsfähigkeit des Staates betrachtet. Deutlicher treten die Unterschiede zutage, wenn man beide Einschätzungen kombiniert, um dann die Kontrastgruppen zu vergleichen: Auf der einen Seite die, die sich selbst als Gewinner sehen und den Wohlfahrtsstaat für bewährt halten, und auf der anderen Seite die, die sich selbst als Verlierer sehen und den Wohlfahrtsstaat für nicht bewährt halten. Am geringsten sind die Unterschiede zwischen diesen beiden Kontrastgruppen bei der Problem-

wahrnehmung, denn die dringenden gesellschaftlichen Herausforderungen werden beinahe von allen Befragten als problematisch angesehen; bei der eigenen Betroffenheit und der Leistungsfähigkeit des Staates sieht man hingegen deutliche Unterschiede in der erwarteten Richtung.

Tab. 5: *Problemwahrnehmung, eigene Betroffenheit und Einschätzung der Leistungsfähigkeit des Staates nach Positionen zum Wohlfahrtsstaat (Mittelwerte auf einer Skala von 0 bis 10)*

	Problemwahrnehmung	Eigene Betroffenheit	Leistungsfähigkeit des Staates
Selbst Gewinner des Umbaus und der Ansicht, der Wohlfahrtsstaat habe sich bewährt	7,5	3,8	5,7
Selbst Verlierer des Umbaus und der Ansicht, der Wohlfahrtsstaat habe sich nicht bewährt	8,1	5,5	4,3

Insbesondere die Fragen nach der Leistungsfähigkeit des Staates, aber auch die Wahrnehmung gesellschaftlicher Probleme sind explizit politische Fragen, die daher auch mit politischen Einstellungen, etwa dem Vertrauen in politische Institutionen, stark zusammenhängen dürften. Aber auch ohne diese Fragen einzubeziehen, lassen sich bestimmte Muster und Zusammenhänge innerhalb der Einstellungen zu aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen feststellen.

IV. Einstellungen zu Politik und Demokratie

1. Politische Orientierungen allgemein

Schon die frühe einstellungsbezogene politische Kulturforschung hat sich nicht nur mit den Orientierungen der Bürger gegenüber dem politischen System, seinen Institutionen und Akteuren beschäftigt, sondern gerade auch mit den „attitudes towards the role of the self in the system“ (Almond / Verba 1963: 13) betont.¹² Diese generellen Einstellungen zum Bereich der Politik und der eigenen Rolle darin geben zunächst Aufschluss über den Stellenwert von Politik im Leben der Thüringer und über deren Wahrnehmung politischer Gestaltungsmöglichkeiten. Darüber hinaus haben sie – mutmaßlich – Auswirkungen auf die Bewertung des demokratischen Systems (vgl. Kap. IV.2).

Im Jahr 2006 ermöglichen vor allem die beiden folgenden Statements Erkenntnisse über diesen grundlegenden Aspekt politischer Kultur in Thüringen: „Ich kann politische Fragen gut einschätzen und verstehen.“ und „Leute wie ich haben so oder so keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut.“ Beide Aussagen werden in der umfragebasierten Sozialforschung gemeinhin als zwei Seiten politischer Selbstwirksamkeit verstanden (Lane 1959). Während die erste Aussage die Selbstzuschreibung politischer Kompetenz erfasst, geht es bei der zweiten um die subjektiv wahrgenommenen Chancen, politisch Einfluss zu nehmen – oder in umgekehrter Perspektive: um die Responsivität der institutionellen Politik. Wer von der eigenen Fähigkeit, Politik zu verstehen, überzeugt ist und zugleich meint, politische Entscheidungen beeinflussen zu können, von dem kann vermutet werden, dass er sich auch politisch engagiert.

Die Einschätzungen zu Eigenkompetenz einerseits und eigenen Einflusschancen andererseits klaffen wie schon in den vergangenen Jahren weit auseinander. Bei der Selbstzuschreibung politischer Kompetenz zeigen sich die Thüringer gewohnt selbstbewusst: Mehr als 80 Prozent der Befragten, unter den Hochschulabsolventen gar mehr als 95 Prozent, behaupten von sich selbst, politische Fragen gut einschätzen zu können. Hingegen geht eine Minderheit von weniger als 30 Prozent davon aus, durch eigenes politisches Engagement auch das Handeln der Regierung in irgendeiner Weise beeinflussen zu können. Zwischen beiden Aussagen besteht kaum ein Zusammenhang, das heißt unabhängig von der Selbsteinschätzung der politischen Kompetenz werden die eigenen Einflusschancen als gering eingestuft.

Verknüpft ist die Wahrnehmung geringen Einflusses demgegenüber mit den Einstellungen zu politischen Parteien. Je skeptischer die Befragten ihre eigenen Möglichkeiten beurteilen, Einfluss auf das Regierungshandeln zu nehmen, desto negativer ist ihr Bild der politischen Parteien – und desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie eine Parteibindung entwickeln. Offenbar werden also die politischen Parteien für die als unzureichend geltende Beeinflussbarkeit von Regierungshandeln in Haftung genommen – eine durch die parteienstaatliche Prägung des bundesdeutschen Regierungssystems durchaus nahe gelegte Kopplung. Ein Teil der Parteienskepsis geht dabei in dieselbe Richtung wie die indirekte Kritik an der Regierung: Sie wendet sich gegen die mangelnde Responsivität der politisch Verantwortli-

12 Für eine neuere Systematisierung des Konzepts von Almond und Verba vgl. Pickel / Pickel 2006: 60-69.

chen. Dass die Parteien nur auf die Stimmen der Wähler aus sind, sich aber nicht für deren Ansichten interessieren – diese Position wird von mehr als 80 Prozent der Befragten vertreten.

Im Zeitverlauf fällt dabei auf, dass nunmehr fast jeder Zweite die obige Aussage uneingeschränkt bejaht – der mit Abstand höchste Wert, seitdem 2001 erstmals danach gefragt worden ist. Dieser nochmals verstärkten Parteienkritik entspricht, dass 2006 erstmals eine absolute Mehrheit der Befragten angibt, keiner Partei längere Zeit zuzuneigen. In allen Jahren zuvor hat es mehr Befragte gegeben, die einer Partei zuneigen, als Befragte ohne Parteienneigung.¹³ Es verdient jedoch Erwähnung, dass immerhin mehr als 40 Prozent derjenigen, die den Parteien insgesamt bloße Stimmenmaximierung unterstellen, dennoch längerfristige Sympathie für eine bestimmte Partei bekunden. Damit bestätigt sich das schon im Jahr 2003 ermittelte Auseinanderklaffen der abstrakten Bewertung von Parteien und ihrem Personal und der konkreten Beurteilung einzelner Parteien und Politiker (TM 2003: 35-37). An der im Zeitverlauf gesunkenen Akzeptanz für die Parteien ändert dieser Befund freilich nichts. Damit korrespondiert ein 2006 auf 16 Prozent angestiegener Teil von Wahlberechtigten, die angeben, bei einer bevorstehenden Landtagswahl nicht oder ungültig wählen zu wollen.

Kombiniert man die Antworten auf die beiden parteienbezogenen Fragen, lässt sich eine Gruppe der Parteiskeptiker bilden. Diese setzt sich aus den Befragten zusammen, die explizit angeben, keiner Partei zuzuneigen, und zugleich der Überzeugung sind, dass sich die Parteien nicht für die Ansichten ihrer Wähler interessieren. Diese Gruppe umfasst 44 Prozent der Befragten und ist damit seit 2001 um ein knappes Drittel gewachsen. Dieser Anstieg bedeutet, dass die Parteiskepsis ein bis weit in die Mitte der Gesellschaft hinein gängiges Einstellungsmuster darstellt. Die Verbreitung parteiskeptischer Orientierungen variiert in erster Linie mit dem Alter: Während nur 28 Prozent der Thüringer ab 60 Jahren nach dieser Lesart als parteiskeptisch gelten, ist ihr Anteil in der jüngsten Alterskohorte, vor allem unter den Auszubildenden/Studierenden mehr als doppelt so hoch. Überproportionale Vorbehalte gegenüber den Parteien finden sich darüber hinaus unter den Arbeitslosen. Anti-Parteien-Ressentiments finden zudem umso stärkere Verbreitung, je mehr die Gesellschaft als ungerecht empfunden wird und je intensiver die Deprivationsempfindungen sind. Insgesamt fallen diese Zusammenhänge allerdings schwächer aus, als angesichts der Wirkungskraft sozioökonomischer Faktoren auf verschiedene andere politische Orientierungen hätte erwartet werden können.

Der verbreiteten Parteiskepsis entsprechend schwach ist auch das Vertrauen, das die Bürger den Parteien entgegenbringen. Für Thüringen lässt sich dies anhand der Befragungsergebnisse vor drei Jahren veranschaulichen, als nach dem Vertrauen in zehn verschiedene Institutionen gefragt wurde. Die Parteien landeten dabei auf dem letzten Platz (TM 2003: 37).¹⁴ Ganz generell finden die politiknahen „Entscheidungsinstitutionen“ ein geringeres Vertrauen als politikferne „Implementationsinstitutionen“ wie zum Beispiel die Polizei.¹⁵ Diese Stufung findet sich für Thüringen auch 2006 bestätigt (Abb. 15). Für die acht in diesem Jahr einbezogenen Institutionen bleibt die Reihenfolge auf der Vertrauensskala gegenüber 2003 unverändert. Mit Abstand am besten schneiden Polizei und Gerichte ab, während die landespolitischen Institutionen vergleichsweise geringe Vertrauenswerte erreichen, aber immer noch höhere als die

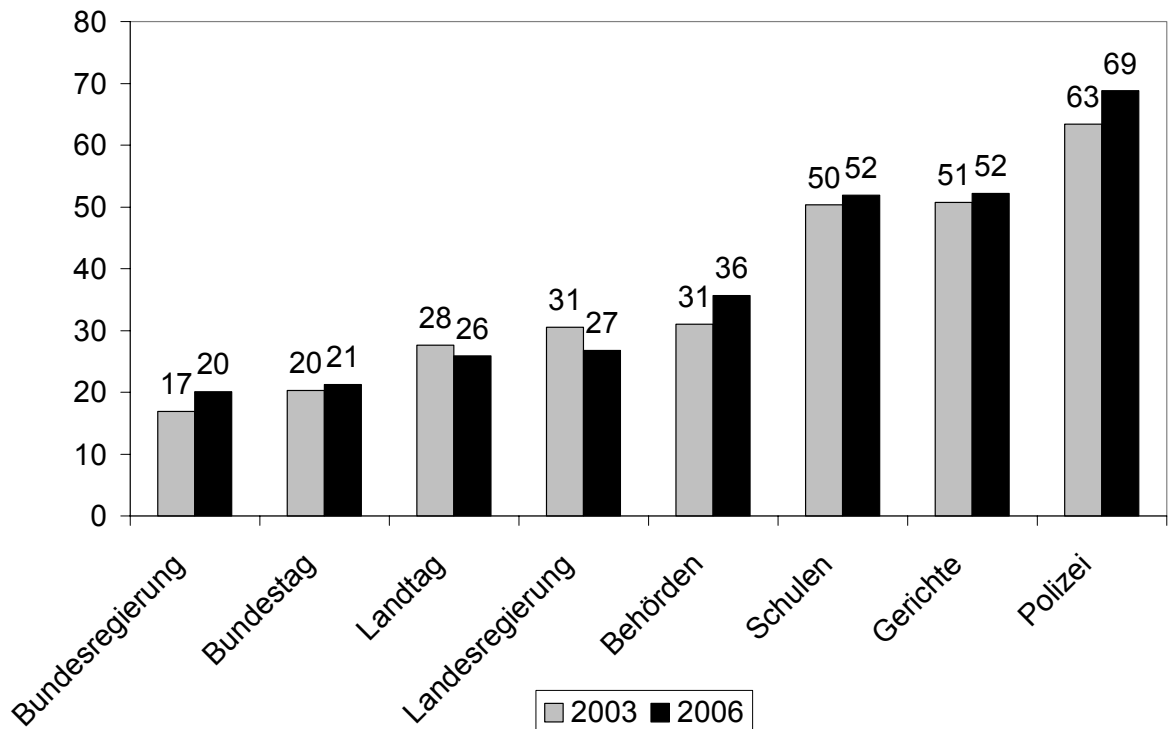
13 Für Ostdeutschland insgesamt wird gleichfalls eine rückläufige Parteidentifikation konstatiert (Rattinger 2006: 85; differenzierter Keil 2005).

14 Auch bei bundesweiten Befragungen ist immer wieder ein geringes bis sehr geringes Parteienvertrauen ermittelt worden; vgl. pars pro toto Walter-Rogg (2005: 143).

15 Entsprechende Belege finden sich unter anderem bei Walter-Rogg (2005) und bei Niedermayer (2005: 64-79), der die Terminologie anderer Autoren übernimmt und parteienstaatliche von rechtsstaatlichen Institutionen unterscheidet.

bundespolitischen Institutionen.¹⁶ Eine mittlere Position nehmen die Behörden in Thüringen ein.

Abb. 15: *Institutionenvertrauen 2003 und 2006*
(in Prozent)



Werte für „vertraue voll und ganz“ und „vertraue weitgehend“ zusammengefasst.

Im Vergleich der Jahre 2003 und 2006 fällt vor allem die hohe Kontinuität im Muster der Vertrauenswerte auf. Einen statistisch signifikanten Vertrauensgewinn verbuchten vor allem die Behörden in Thüringen. Das Vertrauen in die Thüringer Schulen ist auf hohem Niveau verblieben, was vor allem angesichts der deutschen PISA-Ergebnisse und der dadurch ausgelösten Diskussion um eine zumal in der ostdeutschen Bevölkerung so perzipierte „Bildungsmisere“ (Roller 2006: 24) Beachtung verdient.¹⁷ Aussagekräftiger allerdings als der Vergleich von nur zwei Erhebungszeitpunkten ist die Analyse von Zeitreihen, wie sie für Bundesregierung, Landesregierung, Polizei und Gerichte vorliegen. Die Werte für alle vier Institutionen zusammengenommen können als Vertrauen interpretiert werden, das den Organen der Demokratie insgesamt entgegengebracht wird. Das (solchermaßen gemessene) allgemeine Institutionenvertrauen drückt einerseits die Unterstützung des bestehenden Systems aus und bestimmt andererseits die Chancen, dass auch solche Entscheidungen Akzeptanz finden, die

16 Je größer das Vertrauen in eine (beliebige) politische Entscheidungsinstitution, desto größer ist auch das Vertrauen in die anderen. Dabei unterscheiden die Befragten noch zwischen den Ebenen Bund und Land, nicht aber zwischen den parlamentarischen Einrichtungen (Bundestag, Landtag) und den Exekutiven (Bundesregierung, Landesregierung).

17 Die besten Werte erreichen die Schulen bei den 18- bis 24-Jährigen und damit bei einer Altersgruppe, deren eigene Schulzeit noch nicht lange zurückliegt. Es macht hingegen keinen Unterschied für die Einschätzung, ob die Befragten mit Kindern in einem Haushalt leben oder nicht.

eigenen Interessen entgegenstehen (Gabriel / Zmerli 2006: 9f.). Das allgemeine Institutionenvertrauen weist in Thüringen seit 2001 bei mittlerer Höhe eine große Stabilität auf.¹⁸

Interessant sind dabei die Unterschiede zwischen einzelnen Institutionen und die entsprechenden Schwankungen. Die amtierende Bundesregierung kann demnach in Thüringen mit einem etwas höherem Vertrauen rechnen als die rot-grüne Koalition während ihrer zweiten Regierungsperiode. Der Landesregierung wird von den „Landeskindern“ gleichwohl mehr Vertrauen bekundet, allerdings waren die Werte in den vergangenen sechs Jahren noch nie so niedrig wie 2006. Polizei und Gerichte konnten bis 2003 kontinuierlich an Vertrauen gewinnen und weisen seitdem, legt man das arithmetische Mittel zugrunde, stabile Werte auf.

Augenfällig ist die für das Jahr 2006 bereits angesprochene Diskrepanz zwischen den Entscheidungsinstitutionen, also Landes- und Bundesregierung, auf der einen Seite und den Implementationsinstitutionen (Polizei und Gerichte) auf der anderen. Bildet man wie in den vergangenen Jahren entsprechende Indizes,¹⁹ bestätigt sich der enorme Abstand in den Vertrauenswerten. Der Anteil der Thüringer, die den Implementationsinstitutionen vertrauen, liegt wie schon 2005 bei weitem höher als der der Befragten mit Vertrauen in die Regierungsorgane (vgl. Abb. 16). Die Prozentpunktdifferenz zwischen beiden Gruppen hat sich gar seit 2001 von zunächst 17 auf nunmehr 43 Punkte mehr als verdoppelt. *Cum grano salis* gilt damit: Je weiter die Institutionen vom politischen Entscheidungszentrum und vor allem von parteiförmigen Meinungsbildungsprozessen und Konflikten entfernt sind, desto eher können sie das Vertrauen der Bürger gewinnen.

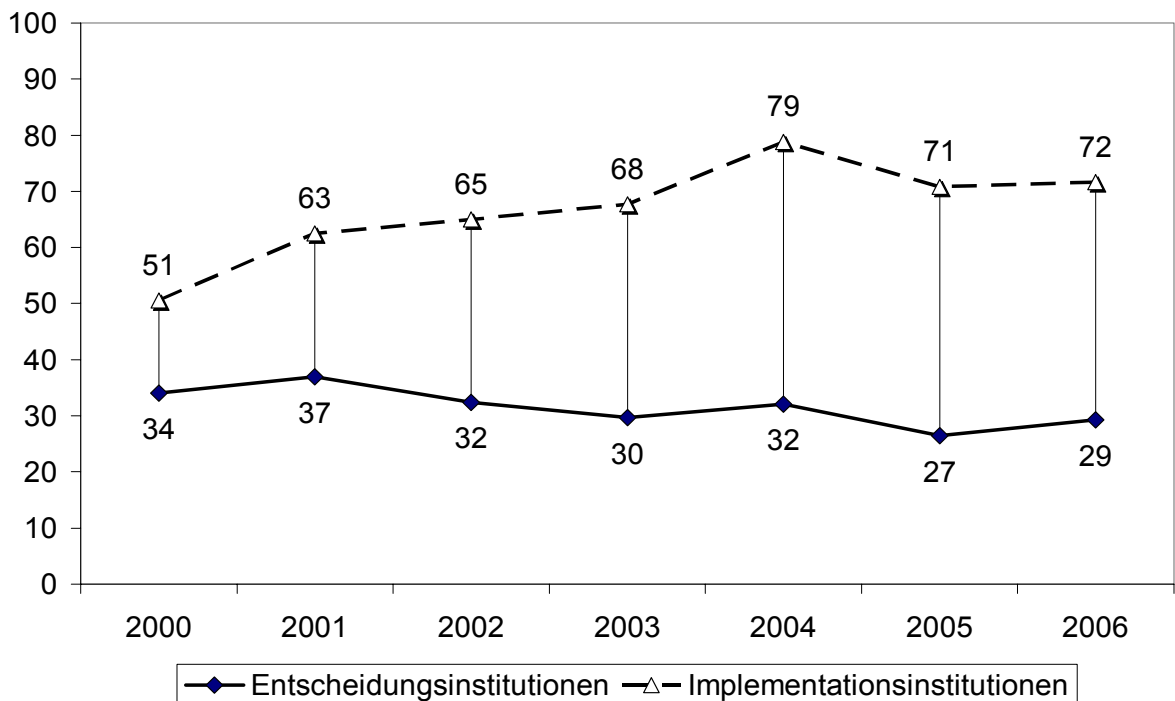
Diese Struktur des Institutionenvertrauens erscheint unter demokratiethoretischen Aspekten durchaus bedenklich. Überwiegt nämlich wie in Thüringen gegenüber den im Kern des politischen Systems angesiedelten Organen wie Bundestag und Bundesregierung das Misstrauen, könnte dadurch perspektivisch die Autorität der Entscheidungsinstitutionen und die Akzeptanz der von ihnen getroffenen Beschlüsse Schaden nehmen. Zudem liegt der Verdacht nahe, dass in dem Misstrauen gegenüber parteienstaatlichen Organen Elemente obrigkeitsstaatlichen und parlamentsskeptischen Denkens sowie ein überstarkes Konsensverlangen mitschwingen, wie sie für die deutsche politische Kultur lange Zeit bestimmend waren (grundlegend bereits Fraenkel 1964). Schließlich deutet sich in der wachsenden Kluft zwischen dem Vertrauen in politiknahe Institutionen einerseits und Implementationsinstitutionen andererseits eine prononciert outputbezogene Bewertung an,²⁰ wie sie für das Demokratieverständnis in Thüringen seit Jahren charakteristisch ist (TM 2003: 47; TM 2005: 60f.). Womöglich werden parteienstaatliche Einrichtungen letztlich an einem Maßstab gemessen, dem sie nach den systemspezifischen Funktionslogiken gar nicht entsprechen können (so bezogen auf den Bundestag Patzelt 2005).

18 Das arithmetische Mittel liegt mit etwa 13 Punkten durchweg geringfügig über dem Skalenmittelpunkt, wenn man einen Summeindex (mit Werten zwischen 4 und 20 Punkten) bildet.

19 Es handelt sich jeweils um Summenindizes. Bei einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts wird von einem hohen Vertrauen ausgegangen.

20 Allerdings relativiert sich die wachsende Kluft dadurch, dass sie vor allem auf Vertrauensgewinnen der Gerichte und der Polizei beruht und nur in geringerem Maße durch Vertrauensverluste der Regierungsorgane bedingt ist.

Abb. 16: *Spannbreite zwischen Vertrauen in politische Entscheidungsinstitutionen und Vertrauen in politikferne Implementationsinstitutionen, 2000-2006 (in Prozent)*



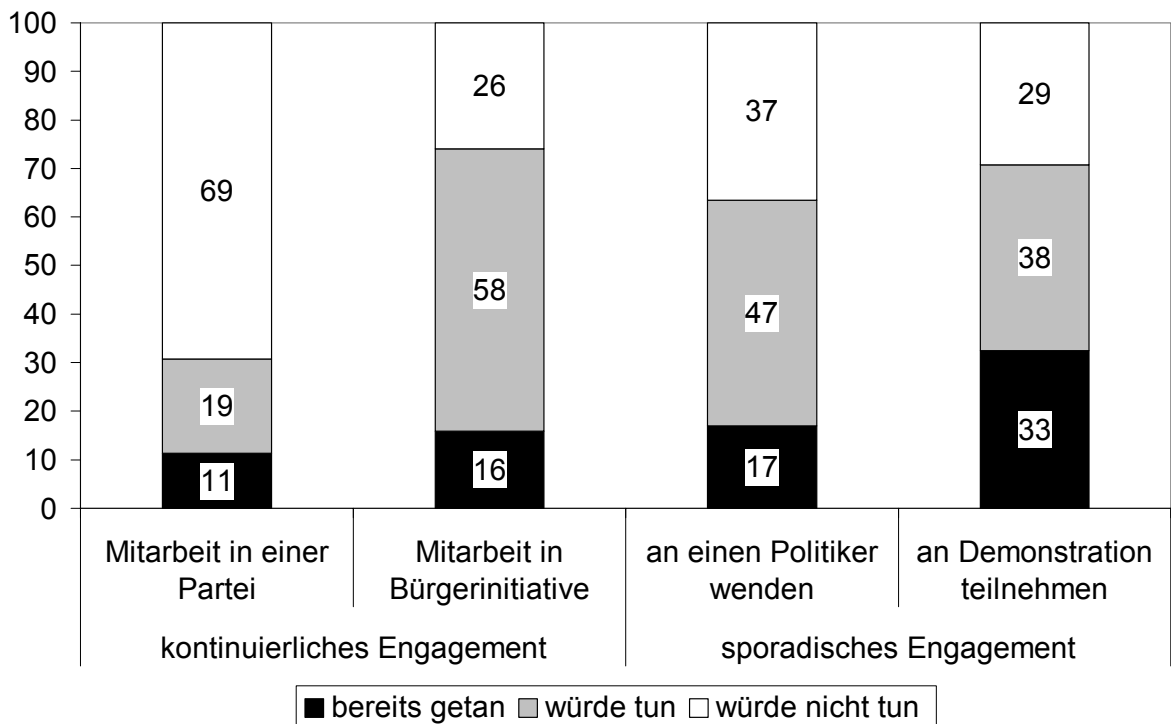
Sowohl das Vertrauen in die Regierungsorgane als auch das den politikfernen Institutionen entgegengebrachte Vertrauen hängen nur schwach mit den Einstellungen zu politischen Parteien zusammen, lassen sich also schwerlich als Folge der verbreiteten Parteienskepsis deuten. Einen stärkeren Effekt haben Deprivations- und Gerechtigkeitsempfindungen. Je ungerechter den Befragten die Gesellschaft erscheint und je eher sie sich zurückgesetzt fühlen, desto weniger vertrauen sie den Entscheidungs- und den Implementationsinstitutionen gleichermaßen. Im Fall der politikfernen Einrichtungen spielt auch der Bildungsstand eine Rolle: Mit steigendem Bildungsniveau erhöhen sich die Vertrauenswerte.

Mit den bisherigen Ausführungen zum Institutionenvertrauen und zur Bewertung der politischen Parteien sind allenfalls Verhaltensdispositionen erfasst worden. Über das tatsächliche politische Verhalten gibt das von den Befragten berichtete politische und gesellschaftliche Engagement Auskunft. 2006 sind die Thüringer wie in früheren Jahren gefragt worden, ob sie bestimmte politische Aktivitäten schon einmal ausgeübt haben, ob sie sich dies für die Zukunft vorstellen können bzw. dergleichen auch zukünftig ausschließen. Erwartungsgemäß sind deutlich mehr Befragte zu einem sporadischen politischen Engagement bereit (oder haben damit Erfahrung) als zu politischen Aktivitäten, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken. Differenziert man zusätzlich zwischen konventionellen und weniger konventionellen Beteiligungsformen, treten weitere Unterschiede zu Tage.

Die Mitarbeit in einer politischen Partei, eine gleichermaßen konventionelle wie dauerhafte Partizipationsform, markiert dabei den einen Pol, die Beteiligung an einer (genehmigten) Demonstration den anderen. Jeder dritte Thüringer gibt an, schon einmal für ein politisches Anliegen demonstriert zu haben. Das sind dreimal so viele, wie sich bisher in einer Partei engagiert haben (vgl. Abb. 17). Zugleich können sich weitere 38 Prozent vorstellen, zukünftig für ein politisches Anliegen auf die Straße zu gehen. Ein parteipolitisches Engagement kann

sich demgegenüber nur jeder Fünfte vorstellen, der nicht bereits in dieser Weise aktiv geworden ist. Sieben von zehn Befragten schließen eine Parteimitarbeit auch für die Zukunft aus. Immerhin 37 Prozent würden sich mit einem Anliegen nicht an einen Politiker wenden. Die weniger konventionellen Beteiligungsformen hat zwar auch lediglich jeder sechste (Mitarbeit in einer Bürgerinitiative) bzw. jeder dritte Befragte (die Teilnahme an einer Demonstration) bislang praktiziert, sie werden aber auch seltener ausgeschlossen.

Abb. 17: *Politische Partizipation*
(in Prozent)

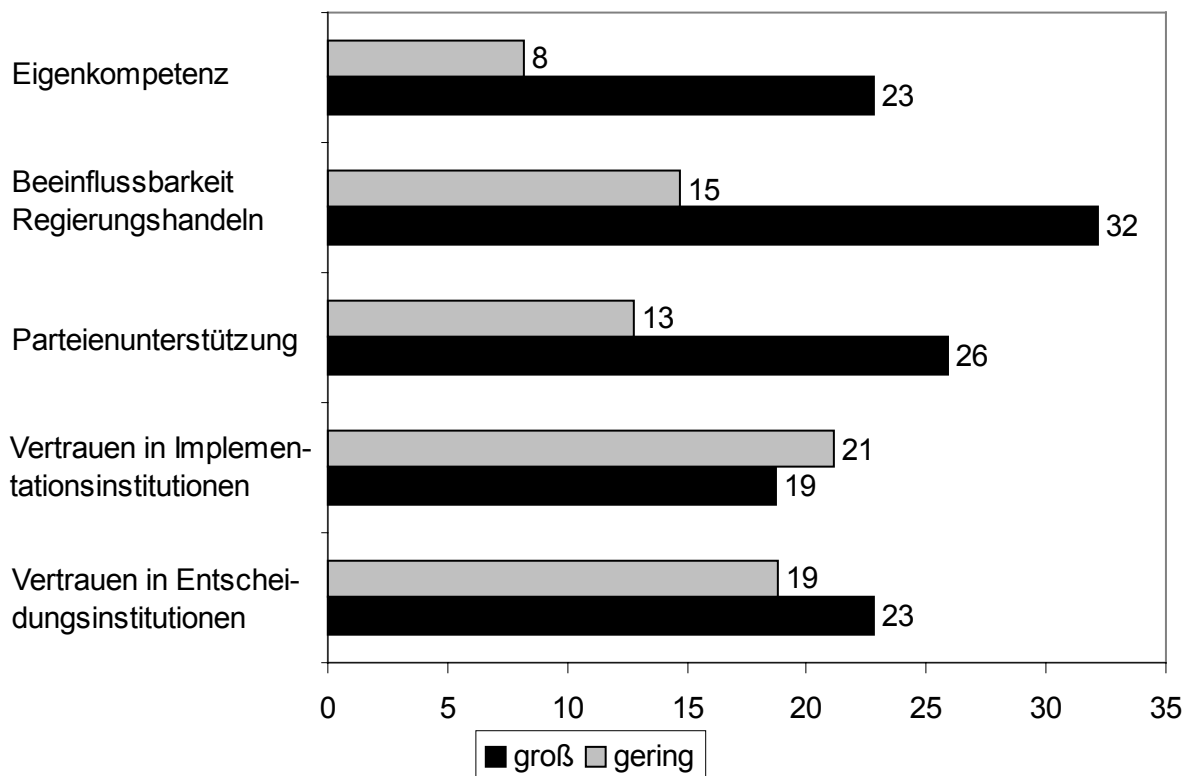


Eine knappe absolute Mehrheit der Thüringer hat sich bislang in keiner der genannten Formen politisch engagiert, 28 Prozent sind mit nur einer Beteiligungsform vertraut, während jeder Fünfte in mindestens zwei Formen politischen Engagements erfahren ist. Gegenüber 2005 bedeutet dies keine Veränderung, im Vergleich zu den Jahren seit 2001 ist das politische Engagement im Schnitt geringfügig gestiegen. Zurückgegangen ist im gleichen Zeitraum auch der Anteil politisch Apathischer, also derjenigen, die jegliche genannte Form politischen Engagements für sich ausschließen. Der Rückgang der Wahlbeteiligung, wie er sich in Thüringen während der vergangenen Jahre bei Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen vollzogen hat, findet also keine Entsprechung bei den genannten Partizipationsformen. Gleiches gilt für das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten; hier hat sich seit 2004 (einziges Vergleichsjahr) nichts geändert. Zwar engagiert sich fast die Hälfte der politisch Inaktiven zumindest gelegentlich in einem Ehrenamt, politische und ehrenamtliche Betätigung stehen aber gleichwohl in einem deutlich positiven Zusammenhang.

Wovon aber hängt es ab, ob sich Bürger politisch engagieren? Welche Faktoren begünstigen das Bemühen, auf politische Entscheidungsprozesse Einfluss zu nehmen, welche sind hinderlich? Von allen in diesem Kapitel untersuchten politischen Einstellungen – politische Selbst-

wirksamkeit, Parteienskepsis, Vertrauen in Entscheidungs- und Implementationsinstitutionen – kann plausibel angenommen werden, dass sie die Bereitschaft zu politischer Betätigung beeinflussen. Tatsächlich findet sich diese Hypothese zumindest für das Institutionenvertrauen nicht bestätigt: Unabhängig davon, welche Dimension des Institutionenvertrauens untersucht wird, ergibt sich kein nennenswerter Zusammenhang mit dem politischen Engagement. Hingegen ist die Bewertung von Parteien von Bedeutung. Dies zeigt sich besonders deutlich, wenn man nur die Gruppe der stark politisch Engagierten betrachtet, also diejenigen Befragten, die mindestens zwei Partizipationsformen schon einmal praktiziert haben. Ihr Anteil ist unter den Parteiunterstützern doppelt so groß wie unter den Parteiskeptikern (vgl. Abb. 18). Noch größere Unterschiede produzieren jene Einstellungen, die sich auf das Verhältnis von eigener Person und Politik beziehen. Wer sich selbst für politisch kompetent hält und das Regierungshandeln beeinflussen zu können glaubt, der zeichnet sich auch durch eine überdurchschnittliche politische Beteiligung aus.

Abb. 18: Anteil stark politisch Engagierter nach Selbstwirksamkeit, Parteienunterstützung und Institutionenvertrauen (in Prozent)



Zu fragen ist jedoch, ob diese Einflüsse auch dann noch bestehen, wenn andere mögliche Determinanten in die Untersuchung einbezogen werden. Haben also die politikbezogenen Faktoren eine eigenständige Erklärungskraft auf die politische Beteiligung – oder sind andere Determinanten wie der Bildungsstand, die Einschätzung der Wirtschaftslage, Deprivationsempfindungen oder Gerechtigkeitswahrnehmungen für die politische Beteiligung wichtiger? Bei einer gleichzeitigen Untersuchung der Einflüsse all dieser Faktoren, wie sie eine multivariate Regressionsanalyse erlaubt, stellen die Eigenkompetenzzuschreibung und der wahrgenommene Einfluss auf das Regierungshandeln wichtige Erklärungsfaktoren legaler politischer Beteiligung dar. Allein die Parteienunterstützung verliert bei der multivariaten Betrachtung an

Bedeutung. Die sozioökonomische Lage der Befragten, aber auch ihre Wahrnehmungen von Wirtschaft und Gesellschaft erweisen sich als folgenlos für ihr politisches Engagement. Einen nennenswerten Beitrag zur Erklärung leisten hingegen sozialstrukturelle Faktoren wie Alter und Bildung.

Diese Befunde liegen auf einer Linie mit neueren vergleichenden Studien, die für Deutschland insgesamt wie für nahezu alle EU-Mitgliedstaaten ein unterdurchschnittliches politisches Engagement der jüngsten Altersgruppe und der Befragten mit geringem Bildungsniveau ergeben haben (Neller / van Deth 2006: 37). Insgesamt ist die Erklärungsleistung des Modells allerdings dürftig. Damit bestätigt sich das schon aus früheren THÜRINGEN-MONITOREN wie aus bundesweiten Befragungen (Koch / Wasmer / Schmidt 2001) bekannte Phänomen, dass sich die politische Betätigung abseits der Teilnahme an Wahlen nur unzureichend mit den üblicherweise bei Umfragen verwendeten Indikatoren erklären lässt.²¹

Bislang sind vorwiegend die Position, die der Einzelne sich selbst im politischen System zuweist, das damit verbundene politische Engagement und die Bewertung der Responsivität von Politik analysiert worden. Dabei ist die Bewertung des politischen Systems als solchem, sieht man vom Vertrauen in die Entscheidungsinstitutionen ab, unberücksichtigt geblieben. Gerade die Unterstützung, die das demokratische System durch die Bürger erfährt, ist aber eine ganz zentrale Frage politischer Kulturforschung.

2. Demokratiebezogene Einstellungen

Die Unterstützung der Demokratie kann aufgrund dieser zentralen Bedeutung für die Konsolidierung junger Demokratien (speziell für postkommunistische Demokratien vgl. Jacobs 2004) auch als Kern der politischen Kultur verstanden werden. Die Demokratieunterstützung bezieht sich dabei auf höchst unterschiedliche Gegenstände: die demokratischen Werte, das demokratische Regime und die praktizierte Demokratie mit ihren Akteuren und Entscheidungsmechanismen. Daher erscheint es in Anlehnung an die Arbeiten von Fuchs (1997, 2002) geboten, drei Ebenen der Demokratieunterstützung zu unterscheiden: die normativen Prinzipien der Demokratie (Ebene der Kultur bzw. der Werte), die demokratische Verfassungsordnung (Ebene der Struktur bzw. des Regimes) und ihre konkrete Ausgestaltung in der politischen Praxis (Ebene des Prozesses bzw. der Performanz). Auf jeder dieser Ebenen ist einer der genannten Gegenstände der Demokratieunterstützung (so genannte Einstellungsobjekte) angesiedelt, auf die die Einstellungen der Bürger bezogen sind (vgl. Tab. 6).

21 Knappe Ausführungen zu den Ursachen macht Gabriel (2006: 121f.), der zu einer optimistischeren Einschätzung gelangt. Es ist zudem anzumerken, dass mit Hilfe weiterer Erklärungsfaktoren wie der DDR-Sozialisation und der Demokratieunterstützung eine bessere Erklärung erreicht werden kann.

Tab. 6: Ebenen, Objekte und Indikatoren der Demokratieunterstützung

Einstellungsebene	Einstellungsobjekt	Indikatoren
Kultur	Bindung an demokratische Werte	Demokratie beste Staatsidee
Struktur	Unterstützung des demokratischen Regimes	Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem
Performanz	Unterstützung des politischen Prozesses bzw. der politischen Entscheidungsträger	Zufriedenheit mit der Demokratie in der Praxis

(in Anlehnung an Fuchs 2002: 37)

Bildlich gesprochen gleichen die normativen Prinzipien den Wurzeln eines „Demokratie-Baums“, die Strukturen seinem Stamm und die tatsächlich praktizierte Demokratie den Zweigen. Damit verbindet sich eine Annahme über Stabilität und Wandel demokratiebezogener Orientierungen. So wie ein Windstoß die Zweige bewegen kann, aber einen Baum nicht zum Umsturz bringt, so sind auch die Einstellungen gegenüber der demokratischen Praxis, nicht aber die Unterstützung demokratischer Normen anfällig gegenüber aktuellen Stimmungsschwankungen. Verändert sich das politische Klima allerdings nachhaltig, kann der Baum auch in seinen Wurzeln betroffen sein. Führt man die Analogie zum Baum noch ein Stück weiter, so sind die Einstellungsobjekte umso spezifischer, je weiter sie von der Baumwurzel entfernt sind. Die Bewertung der demokratischen Werteordnung stellt demnach eine diffuse Form der Unterstützung dar, das heißt sie bezieht sich nicht auf konkret vorfindbare Institutionen oder Akteure. Demgegenüber sind Performanzeinschätzungen, also die Bewertung von demokratischen Akteuren und Prozessen, durchweg spezifische Unterstützungsformen. Die Einstellungen zum politischen Regime (Verfassungsordnung) sind zwischen diesen beiden Polen einzuordnen.

Gerade für eine Transformations- bzw. „Übergangs- und Teilgesellschaft“ (Kollmorgen 2005), wie sie in Thüringen und in den übrigen ostdeutschen Ländern besteht, verspricht die Unterscheidung von Ebenen und Einstellungsobjekten einen Gewinn. Sie ermöglicht nämlich eine differenzierte Erfassung der Demokratieunterstützung. Geringe Zustimmungswerte zur praktizierten Demokratie, wie sie beispielsweise aufgrund hoher Transformationskosten zu erwarten sind, wären in diesem Rahmen anders zu interpretieren als eine schwache Unterstützung der Demokratie als Werteordnung. Zudem geraten im Rahmen des Ebenenmodells die Zusammenhänge zwischen den drei Ebenen in den Blickpunkt. Idealerweise lassen sich dann Aussagen über die Wirkungen eines Einstellungswandels auf einer Ebene auf die Unterstützung eines anderen Objekts machen.²² Schließlich ist davon auszugehen, dass sich die Einstellungen zu den einzelnen Objekten aus teils eigenen, spezifischen Quellen speisen und sie mithin nach einer eigenständigen Erklärung verlangen.

Zunächst aber ist zu entscheiden, wie die drei Einstellungsobjekte der demokratischen Werte, der Struktur und der Performanz im Rahmen einer empirischen Untersuchung erhoben werden. Im THÜRINGEN-MONITOR sind dafür drei Indikatoren ausgewählt worden (vgl.

22 Im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS sind derartige Aussagen allerdings kaum möglich, da es sich nicht um ein Panel handelt, also jedes Jahr andere Personen befragt werden.

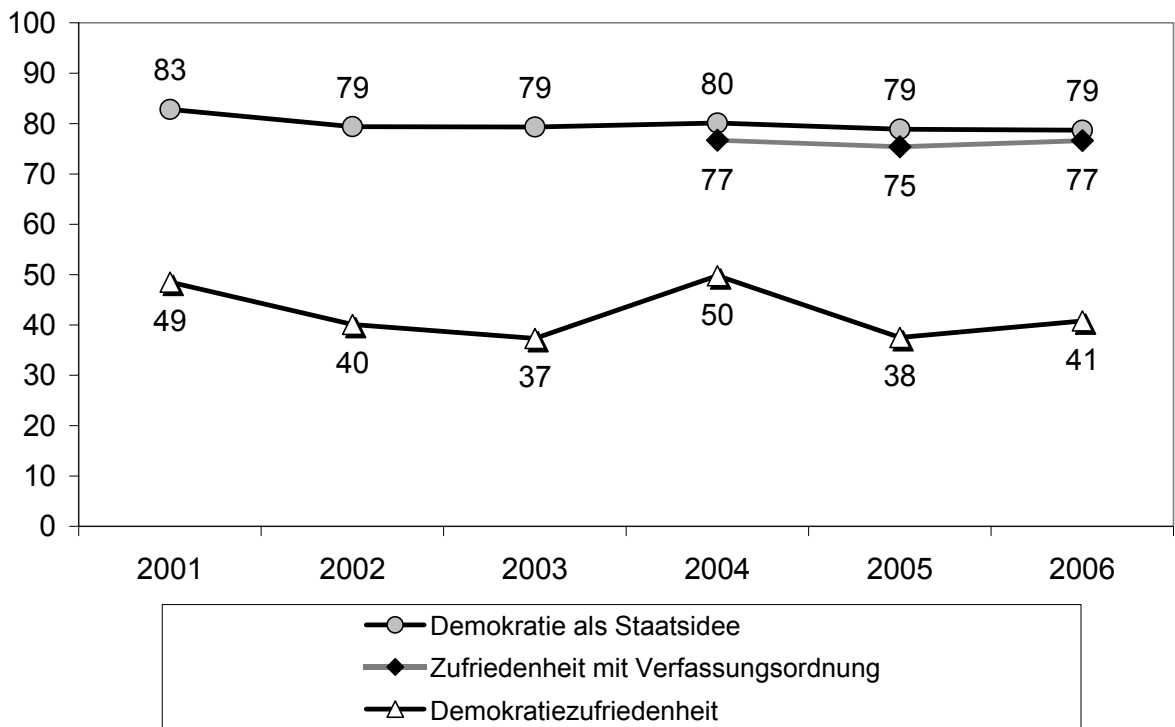
Tab. 6). Die Unterstützung demokratischer Werte wird durch die Einschätzung der Demokratie als Staatsidee, die der Performanz durch die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis (Demokratiezufriedenheit) gemessen. Während diese beiden Indikatoren während des gesamten Untersuchungszeitraums genutzt worden sind, ist nach der Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem – als Indikator zur Bestimmung der Unterstützung des demokratischen Regimes – erstmalig 2004 gefragt worden. Insgesamt ermöglicht das skizzierte Instrumentarium Aussagen über Niveauunterschiede in der Demokratieunterstützung nach Ebenen, über Entwicklungen im Zeitverlauf und über Zusammenhänge zwischen den demokratiebezogenen Einstellungen.

Im Einklang mit bundesweiten Untersuchungen (pars pro toto Völkl 2005: 254) zeigen sich zunächst markante Unterschiede in der Zustimmung zu den einzelnen Einstellungsobjekten (vgl. Abb. 19). Breite Zustimmung erfährt mit knapp 80 Prozent die Demokratie als Werteordnung. Noch eine Spur deutlicher fällt sogar die (in der Abbildung nicht dokumentierte) Ablehnung einer Diktatur aus. Geteilt sind die Auffassungen der Thüringer hingegen, wenn es um die Demokratie in der Praxis geht; weniger als die Hälfte der Befragten zeigt sich damit zufrieden. Anscheinend besteht aus der Sicht der Bürger eine Diskrepanz zwischen Idee und der Realität der Demokratie. Mit anderer Begrifflichkeit lässt sich auch festhalten: Die diffuse Demokratieunterstützung ist bei weitem stärker als die spezifische.

Interessant ist in Anbetracht dieser markanten Ebenenunterschiede, wie die Thüringer das demokratische Regime beurteilen. Drei Viertel der Befragten zeigen sich mit dem politischen System, wie es in der Verfassung niedergelegt ist, zufrieden. Damit erreicht die Unterstützung der grundgesetzlichen Ordnung annähernd das für die Demokratie als Staatsidee konstatierte Niveau. Mithin kann nicht nur von einem festen demokratischen Wurzelwerk in der politischen Kultur des Freistaats gesprochen werden, sondern auch von einer breiten Akzeptanz des Verfassungssystems. Die Verfassungswirklichkeit hingegen bietet Anlass für eine gewisse Unzufriedenheit. Nur 41 Prozent der Thüringer zeigen sich mit der Demokratie, wie sie in Deutschland in der Praxis funktioniert, zufrieden.

Die demokratische Praxis unterscheidet sich von der Demokratie als Staatsidee und der demokratischen Verfassungsordnung nicht nur im Unterstützungsniveau, sondern auch hinsichtlich der Stabilität. Zumindest im Aggregat zeichnen sich die pro-demokratischen Orientierungen auf den Ebenen der Werte und der Struktur durch ein hohes Maß an Stabilität aus (vgl. Abb. 19). Gerade die kontinuierlich starke Unterstützung der Demokratie als Staatsidee durch die Thüringer verdient Beachtung angesichts der Tatsache, dass für Ostdeutschland insgesamt eine sinkende Akzeptanz der demokratischen Idee in den vergangenen Jahren ermittelt worden ist (Fuchs / Roller 2006: 644f.). Die Demokratiezufriedenheit dazu unterliegt hingegen auch in Thüringen im Laufe der Jahre deutlichen Schwankungen von bis zu 13 Prozentpunkten.

Abb. 19: *Demokratieunterstützung nach Ebenen im Zeitverlauf*
(in Prozent)



Erwartungsgemäß hängen die Indikatoren der Demokratieunterstützung stark miteinander zusammen. Demnach steigt die Zustimmung zur Demokratie als Staatsidee mit wachsender Demokratiezufriedenheit und Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem – und vice versa. Gegenüber dem Vorjahr haben sich nicht nur die Zusammenhänge deutlich verstärkt, auch ihre Struktur hat sich verändert. Während 2005 der Zusammenhang zwischen der Demokratiezufriedenheit und der Demokratie als Staatsidee mit Abstand am geringsten war, wie die Distanz zwischen diesen Einstellungsobjekten nach dem Ebenenmodell auch nahe legt, sind 2006 alle Zusammenhänge in etwa gleich stark. Offenbar haben sich also die einzelnen demokratiebezogenen Einstellungen in ihrer Struktur einander angeglichen. Diese stärkere Ähnlichkeit lässt vermuten, dass die Unterschiede in der Erklärung der Bewertung von demokratischer Staatsidee, Verfassungssystem und Praxis geringer ausfallen als noch im vergangenen Jahr.

Zunächst sind jedoch verschiedene Typen demokratiebezogener Einstellungen voneinander zu unterscheiden. In Fortführung des bisherigen Vorgehens werden zu diesem Zweck die Bewertung der demokratischen Idee und der demokratischen Praxis kombiniert. Wer in beiden Fällen positiv urteilt, kann als *zufriedener Demokrat* gelten; wer die Idee unterstützt, sich aber kritisch zur Praxis äußert, ist ein *unzufriedener Demokrat*. Wird die der Demokratie als Staatsidee abgelehnt, handelt es sich um einen Nicht-Demokraten. Diese Gruppe der Nicht-Demokraten lässt sich anhand der Positionierung zu einer Diktatur weiter unterteilen. Als *Antidemokraten* gelten danach alle Befragten, die zugleich eine Diktatur unter bestimmten Umständen unterstützen. Alle übrigen, die weder die Demokratie als Staatsidee unterstützen noch die Diktatur akzeptieren, werden hier als Nichtdemokraten bezeichnet.

Tab. 7: *Typen demokratiebezogener Einstellungen (Haupttypen) im Zeitverlauf (in Prozent)*

	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Zufriedene Demokraten	45	38	34	48	36	39
Unzufriedene Demokraten	38	43	45	34	44	41
Nichtdemokraten	13	13	13	11	11	13
Antidemokraten	4	6	8	7	9	7

Wie Tabelle 7 veranschaulicht, stellen die Antidemokraten – als die unter dem Gesichtspunkt der Systemstabilität problematischste Gruppe – eine kleine Minderheit dar, die sich allerdings innerhalb von fünf Jahren mehr als verdoppelt hat. 2006 ist der Anteil dieser Gruppe erstmalig geschrumpft. Der Anteil der Nichtdemokraten ist hingegen seit 2001 in etwa stabil geblieben und beläuft sich aktuell auf 13 Prozent. Während sich der Anteil der Demokraten im hier definierten Sinn über die Zeit hinweg kaum verändert hat, sind einige Schwankungen innerhalb dieser Gruppe zu registrieren. So hat sich der Anteil zufriedener Demokraten zwischen 2001 und 2006 um bis zu einem Viertel verändert – und zumindest in zwei Jahren stellte diese Gruppe die relative Mehrheit der Befragten. Im gesamten Zeitraum sind jedoch die unzufriedenen Demokraten etwas zahlreicher gewesen als die zufriedenen.

Bei dieser Unterteilung werden allerdings auch diejenigen Befragten ohne weiteres den Demokraten zugerechnet, die zwar die Demokratie als Staatsidee unterstützen, aber unter Umständen auch eine Diktatur unterstützen. Man kann diese Gruppe, deren Unterstützung der demokratischen Werteordnung nicht konsistent ist, als „Schönwetterdemokraten“ oder eben als *inkonsistente Demokraten* bezeichnen. Ihre Befürwortung der Idee der Demokratie ist an günstige Umstände und Rahmenbedingungen gebunden. Dieser Gruppe gehört 2006 etwa jeder sechste Demokrat an bzw. 12 Prozent aller Befragten (vgl. Tab. 8). Es handelt sich folglich um eine auch der Größe nach durchaus beachtliche Gruppe. Vor allem aber ist zu vermuten, dass sie sich in ihren übrigen politischen Orientierungen maßgeblich von den übrigen Demokraten unterscheidet.

Führt man die Unterscheidung der Demokraten danach, ob sie eine Diktatur unter allen Umständen ablehnen, konsequent weiter, und bildet solchermaßen eine Demokratie-Diktatur-Typologie (vgl. Tab. 8), dann lassen sich über die Jahre hinweg kontinuierlich etwa 50 Prozent konsistente Demokraten ausmachen. Sie unterstützen die Idee der Demokratie und lehnen konsequent eine Diktatur unter allen Umständen ab. Diese konsistenten Demokraten lassen sich nochmals in *echte Demokraten* und *überzeugte Demokraten* unterteilen. *Überzeugte Demokraten* sind diejenigen Thüringer, die sich *uneingeschränkt* für die Demokratie und gegen eine Diktatur aussprechen. Ihr Anteil ist seit 2003 zwischen 15 und 21 Prozent geschwankt; aktuell gehört etwa jeder sechste Befragte dieser Gruppe an.

Tab. 8: *Typologie der Einstellungen zur Demokratie (Demokratie-Diktatur-Typologie)*
(in Prozent; Angaben in Klammern: Anteile für 2006/2005/2004/2003)

		<i>Demokratie ist die beste aller Staatsideen</i>			
		Stimme voll und ganz zu	Stimme überwiegend zu	Lehne überwiegend/	Lehne völlig ab
<i>Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform</i>	Lehne völlig ab	Überzeugte Demokraten (<u>16</u> /18/21/15)	Echte Demokraten (<u>51</u> /52/49/52)	Nichtdemokraten (<u>13</u> /11/12/13)	
	Lehne überwiegend zu				
	Stimme überwiegend zu	Inkonsistente Demokraten (<u>12</u> /10/10/12)		Antidemokraten (<u>7</u> /9/7/8)	
	Stimme voll und ganz zu				

Die hier gebildeten Typen demokratiebezogener Einstellungen, also zum einen die Haupttypen in Tabelle 7 und zum anderen die der Demokratie-Diktatur-Typologie, sind hier vor allem aus drei Gründen interessant: erstens wegen ihrer – bereits berichteten – relativen Größe im Zeitverlauf, zweitens aufgrund ihrer sozialstrukturellen Zusammensetzung, schließlich drittens mit Blick auf weitere politische Einstellungen. Wie also unterscheiden sich die verschiedenen Typen demokratiebezogener Einstellungen voneinander? Welche Folgen hat die Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Gruppe für das Demokratieverständnis – und politisch besonders relevant – für die politische Beteiligung?

Besonders auffällig in ihrer sozialen Zusammensetzung sind die Extremgruppen, also die Antidemokraten auf der einen und die zufriedenen Demokraten bzw. die überzeugten Demokraten auf der anderen Seite. Die Antidemokraten zeichnen sich durch eine vergleichsweise schwache Ressourcenausstattung aus: Unter ihnen wie auch unter den Nichtdemokraten sind Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss, schlechter finanzieller Lage und ohne Arbeit überrepräsentiert. Zudem sind Deprivationsempfindungen und eine kritische Haltung zur Bewährung des Wohlfahrtsstaats in diesen Gruppen sehr viel häufiger anzutreffen als in allen anderen Gruppen. Die zufriedenen Demokraten, denen überproportional viele junge Thüringer zuzurechnen sind, weisen im Kontrast dazu ein hohes Bildungsniveau auf. Gefühle der Benachteiligung sind in dieser Gruppe eine Ausnahme, und der Wohlfahrtsstaat wird weit überwiegend positiv bewertet. Die überzeugten Demokraten, von denen gut 40 Prozent mit

der demokratischen Praxis nicht zufrieden sind,²³ weisen teils ähnliche Merkmale auf. Allerdings sind sie vor allem in der Altersgruppe der Befragten ab 60 Jahre überrepräsentiert. Ihr Anteil unter den Freiheitsorientierten ist dreimal so hoch wie unter denjenigen, die Gleichheit und Sicherheit Vorrang vor der Freiheit einräumen.

Auch in ihrem jeweiligen Verhältnis zur Politik und in ihren politischen Einstellungen liegen die Antidemokraten und die zufriedenen bzw. die überzeugten Demokraten weit auseinander. Überzeugte und Zufriedene schreiben sich eine größere Eigenkompetenz zu, sind eher davon überzeugt, politisch Einfluss nehmen zu können. Namentlich die überzeugten Demokraten weisen einen fünfmal höheren Anteil von Befragten mit hohem Vertrauen in die Entscheidungsinstitutionen auf als die Antidemokraten; im Fall der politikfernen Institutionen Gerichte und Polizei ist der Anteil doppelt so hoch. Nicht ganz so ausgeprägt sind die Unterschiede beim Demokratieverständnis. Vor allem bei der Abwägung zwischen der Bedeutung von Input und Output in einer Demokratie²⁴ unterscheiden sich die einzelnen Typen nur unwesentlich voneinander. Deutlicher treten sie bei der Akzeptanz von Mehrheitsentscheidungen zu Tage: Die Zustimmung liegt bei Anti- und Nichtdemokraten im Schnitt um 20 Prozentpunkte niedriger als bei allen Gruppen der Demokraten.

Haben die skizzierten Einstellungsunterschiede zwischen den verschiedenen Gruppen, die in der Regel vor allem zwischen den Extremgruppen deutlich ausfallen, aber überhaupt eine Auswirkung auf das politische Verhalten? Diese Frage lässt sich anhand des berichteten Partizipationsverhaltens und der bekundeten Beteiligungsbereitschaft bestimmen, wobei neben der legalen Partizipation auch die Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt für politische Zwecke einzubeziehen ist. Angesichts der stärkeren Demokratieunterstützung und auch mit Blick auf die soziale Zusammensetzung der verschiedenen Gruppen können zwei Hypothesen formuliert werden: Erstens werden politische Beteiligung und Partizipationsbereitschaft umso stärker sein, je größer die Demokratieunterstützung ist. Zweitens ist umgekehrt die Bereitschaft, Gewalt für die Durchsetzung politischer Ziele einzusetzen, bei den Nicht-Demokraten größer als bei den verschiedenen Gruppen der Demokraten, da letztere auf demokratischem Wege Einfluss zu nehmen versuchen.

Wie Abbildung 20 illustriert, finden sich beide Hypothesen bestätigt. Je konsistenter und je intensiver pro-demokratische Orientierungen sind, desto stärker ist das politische Engagement und desto schwächer ist die politische Gewaltbereitschaft. Auch wenn man statt der stark politisch Engagierten²⁵ die politisch Apathischen betrachtet, bestätigen sich diese Zusammenhänge. Apathische, verstanden als diejenigen Befragten, die sich auch für die Zukunft keinerlei legales politisches Engagement vorstellen können, stellen zwar auch unter den Antidemokraten eine kleine Minderheit, sie sind aber in dieser Gruppe dreimal so stark vertreten wie unter echten und überzeugten Demokraten. Die Antidemokraten fallen noch in anderer Hinsicht aus dem Rahmen: Jeder Vierte unter ihnen kann sich die Anwendung von Gewalt für politische Zwecke vorstellen. Dieser Anteil ist doppelt so hoch wie der der stark Engagierten. Die inkonsistenten Demokraten und die Nichtdemokraten unterscheiden sich in punkto Partizipation allerdings nur unwesentlich voneinander. Anscheinend muss eine

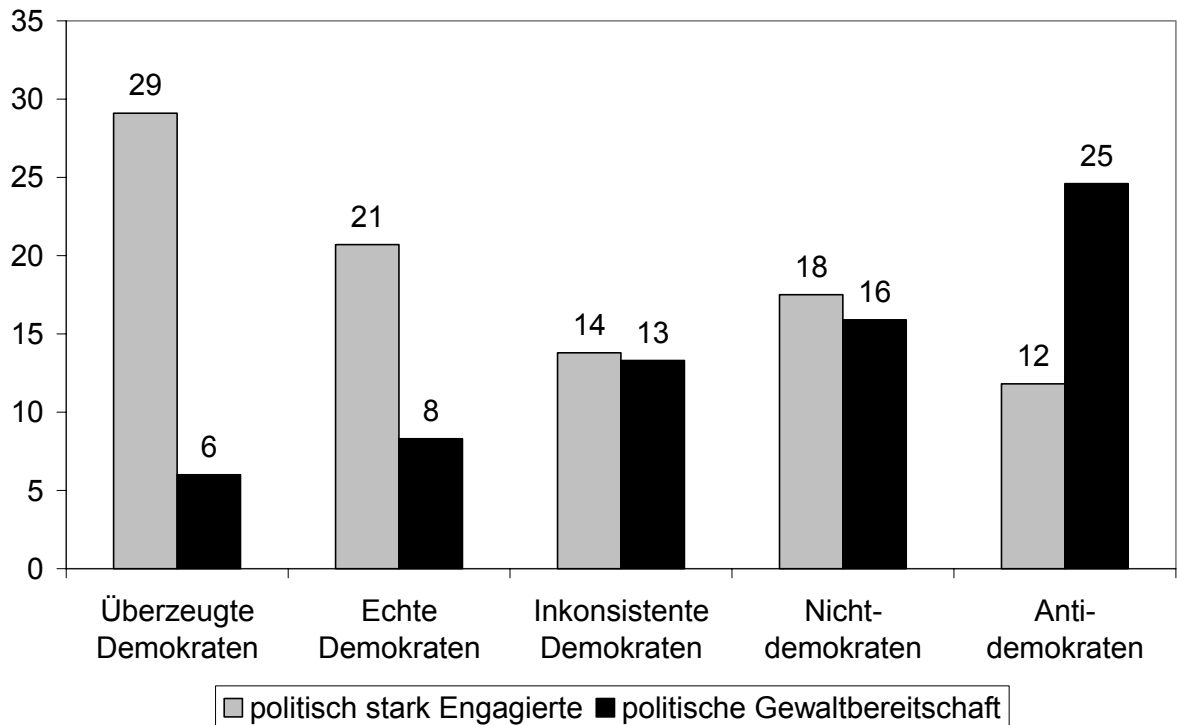
23 Es handelt sich also keineswegs um identische Gruppen, was für die „doppelte“ Typologisierung demokratiebezogener Einstellungen spricht.

24 Wie in den vorausgegangenen Jahren war die entsprechende Frage wie folgt formuliert: „In einer Demokratie ist es nicht so wichtig, dass sich jeder politisch beteiligt, sondern dass das Ergebnis stimmt.“

25 Starkes politisches Engagement liegt dann vor, wenn sich Befragte schon einmal an zwei oder mehr der in Kapitel IV.1 vorgestellten Partizipationsformen beteiligt haben.

konsistente Demokratieunterstützung vorliegen, damit es zu stärkerem Engagement kommt und Gewalt als politisches Instrument geächtet wird.

Abb. 20: *Starkes legales politisches Engagement und politische Gewaltbereitschaft nach Typen demokratiebezogener Einstellungen (in Prozent)*



Die Ausführungen zu den verschiedenen Typen demokratiebezogener Einstellungen haben das zu Beginn dieses Kapitels vorgestellte Ebenenmodell zwar zur Gruppenbildung genutzt, jedoch die klare Unterscheidung der drei Ebenen der Demokratieunterstützung aufgegeben. Für die hier abschließend angestrebte Erklärung gilt es wieder zwischen den einzelnen Ebenen zu differenzieren. Schließlich geht das Modell in seiner Anlage nicht nur von Unterschieden im Unterstützungsniveau, sondern auch davon aus, dass für die Bewertung demokratischer Werte (teils) andere Faktoren maßgeblich sind als für die Demokratieunterstützung auf der Regimeebene und dafür wiederum andere als für die Einschätzung der Performanz. Diese Annahme konnte im vergangenen Jahr durch getrennt für die drei Ebenen durchgeführte Analysen bestätigt werden (TM 2005: 64-66). Dabei erwiesen sich für die Demokratiezufriedenheit vor allem sozioökonomische Variablen und Gerechtigkeitswahrnehmungen als relevant, während für die Demokratie als Staatsidee auch Wertorientierungen von Bedeutung waren.

Finden sich diese Unterschiede in der Erklärung von demokratischer Staatsidee, demokratischem Verfassungssystem und demokratischer Praxis auch für das Jahr 2006? In die Regressionsanalyse, die darüber Aufschluss geben kann, sind als potenzielle Erklärungsfaktoren vier Gruppen von Variablen einbezogen worden: sozialstrukturelle Merkmale (Alter, Bildung und Geschlecht); sozioökonomische Lage und Gerechtigkeitswahrnehmungen (Bewertung der wirtschaftlichen Lage in Thüringen, der Index sozioökonomische Deprivation, Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche und die Bewertung der Gesellschaft als (un-)gerecht);

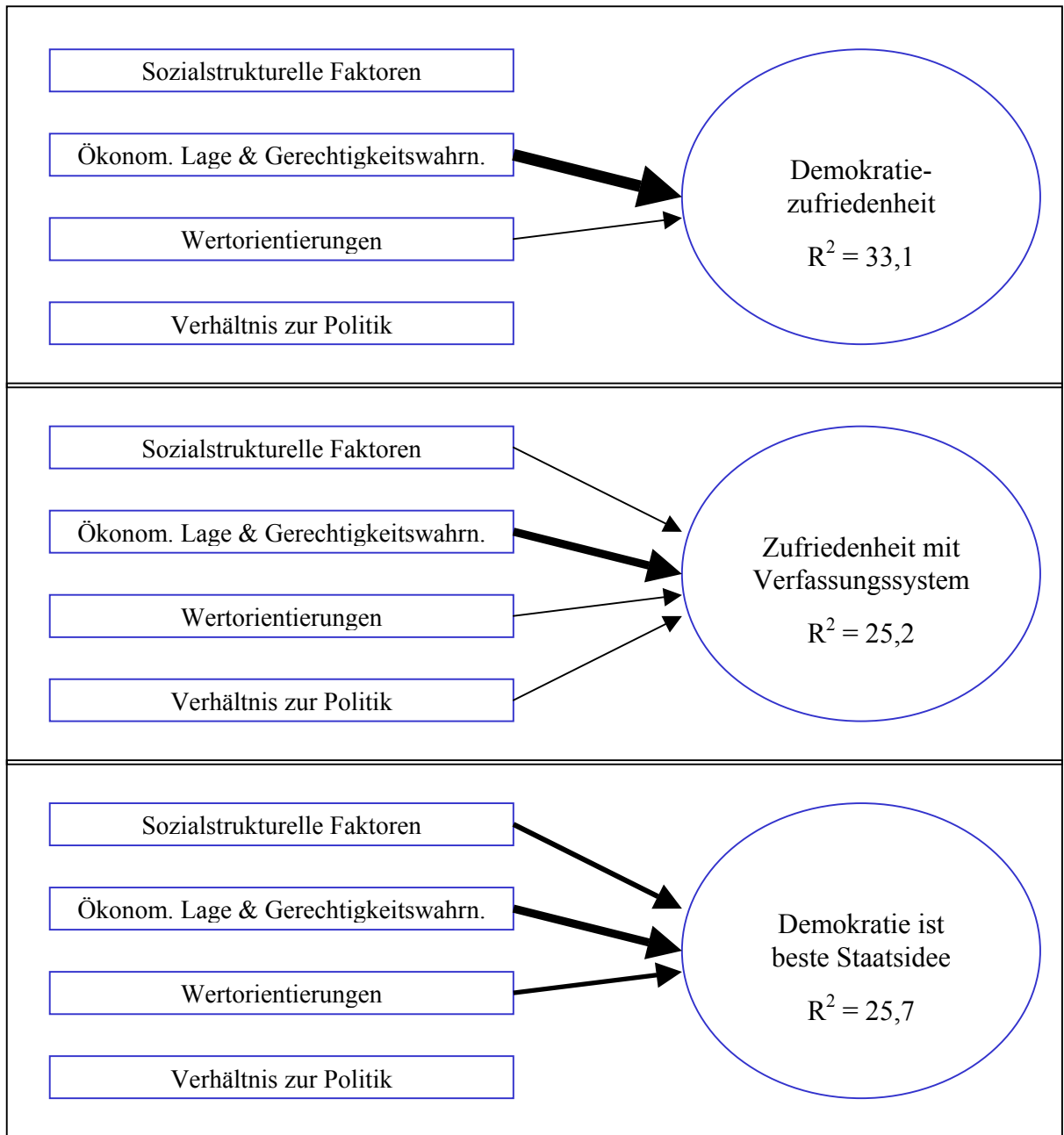
Wertorientierungen (Autoritarismus und die Präferenz Freiheit versus Gleichheit/Sicherheit); das Verhältnis zur Politik (Eigenkompetenzzuschreibung und Chancen der Einflussnahme auf das Regierungshandeln).²⁶

Anders als 2005 werden hier aus Gründen der Anschaulichkeit nicht sämtliche Zusammenhänge dokumentiert, sondern die relative Erklärungskraft der jeweiligen Variablengruppen ist anhand der Breite der Pfeile in Abbildung 21 veranschaulicht. Diese bestimmt sich danach, wie groß die zusätzliche Erklärungskraft ist, wenn die jeweilige Variablengruppe am Ende in die Regression eingeführt wird. Im Vergleich zum Vorjahr stechen zunächst zwei Befunde hervor. Zum einen ist die Varianzaufklärung (ablesbar am Wert von R^2) für die Struktur- und die Performanzebene jeweils um einige Prozentpunkte erhöht. Die Demokratiezufriedenheit und die Unterstützung der demokratischen Verfassungsordnung lassen sich also mit den verwendeten Faktoren erkennbar besser erklären als 2005. Zum anderen findet sich die oben formulierte Erwartung bestätigt, dass die Unterschiede in der Erklärung der drei Objekte der Demokratieunterstützung etwas abgenommen haben. Mithin ähneln sich die Gründe für pro-demokratische Orientierungen auf allen drei Ebenen immer mehr.

Freilich sind die früheren Unterschiede ganz offensichtlich nicht eingeebnet (vgl. Abb. 21). So haben die Wertorientierungen einen starken Einfluss auf die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee – faktisch ist der Autoritarismus der zweitstärkste einzelne Erklärungsfaktor –, während sie nur schwach auf die Demokratiezufriedenheit und die Unterstützung der Verfassungsordnung wirken. Sozialstrukturelle Faktoren gewinnen an Bedeutung, je näher man den Wurzeln des „Demokratie-Baums“ kommt. Je älter die Befragten sind und je höher ihre formale Bildung ist, desto positiver bewerten sie die Demokratie als Staatsidee. Bei der Demokratie als Verfassungssystem gilt dieser Zusammenhang nur noch für das Alter; für die Demokratiezufriedenheit sind sozialstrukturelle Faktoren bedeutungslos.

26 Im Unterschied zum Vorjahr sind folgende Variablen nicht berücksichtigt: Konfession (2005 ohne Erklärungskraft); politisches Interesse; Hedonismus, Materialismus, soziale Desorientierung und prosoziale Einstellungen (2006 nicht erhoben).

Abb. 21: *Erklärungsfaktoren für die drei Konstrukte der Demokratieunterstützung (Visualisierung auf der Basis einer Regressionsanalyse)*



Das Verhältnis zur Politik ist nur für die Strukturebene relevant, d.h. stärkere Eigenkompetenzzuschreibung und die Annahme, politische Entscheidungen beeinflussen zu können, erhöhen die Zufriedenheit mit dem Verfassungssystem, sie sind aber für die Zufriedenheit mit der Praxis und die Haltung zur demokratischen Idee ohne Belang. Ganz offensichtlich weisen die sozioökonomischen Faktoren und die Gerechtigkeitsperzeptionen für alle drei Indikatoren der Demokratieunterstützung die höchste Erklärungskraft auf. Besonders stark wirken sie erwartungsgemäß auf die Demokratiezufriedenheit, aber auch auf den beiden anderen Ebenen tragen sie mehr zur Varianzaufklärung bei als jede andere Variablengruppe. Unter den drei Faktoren in dieser Gruppe haben der Index sozialer Deprivation und die Wahrnehmung der Gesellschaft als gerecht bzw. ungerecht die größte Erklärungskraft. Auf allen Ebenen gehören

sie zu den drei erklärungsstärksten Variablen. Es sind demnach vor allem die relativen Wahrnehmungen der sozioökonomischen Verhältnisse, die die Unterstützung der Demokratie bestimmen: Je weniger depriviert die Befragten und für je gerechter sie die Gesellschaft halten, desto zufriedener sind sie mit der praktizierten Demokratie wie mit dem Verfassungssystem und desto mehr sind sie davon überzeugt, dass die Demokratie die beste Staatsidee darstellt.

3. Schlusstrich unter den Unrechtsstaat? Ambivalenter Rückblick auf die DDR

Nach vier Jahrzehnten des Sozialismus in den Farben der DDR drängt sich für Thüringen wie für die übrigen ostdeutschen Bundesländer die Frage geradezu auf, ob sich die im vormund-schaftlichen Staat und in der Organisationsgesellschaft DDR erworbenen Einstellungs- und Verhaltensmuster auch gut anderthalb Jahrzehnte nach dem Untergang des real existierenden Sozialismus noch als prägend erweisen – und inwiefern sie die Akzeptanz der neuen Gesellschaftsordnung erschweren. Aus der Forschung zu Systemumbrüchen und Demokratisierungsprozessen ist bekannt, dass sich zwar innerhalb vergleichsweise kurzer Zeit neue Verfassungen schreiben und eine Reihe neuer Institutionen schaffen lassen, dass aber für die Herausbildung einer Staatsbürgerkultur längere Zeiträume, mitunter Generationen zu veranschlagen sind – wenn sie überhaupt gelingt (überblicksartig Merkel 1999: 146, 164-169). Die westdeutschen Erfahrungen der Nachkriegszeit illustrieren diesen Befund: Trotz einer raschen Demokratisierung der Verfassungsordnung und der intermediären Strukturen sind die mentalen Prägungen durch das nationalsozialistische Regime erst allmählich – und begünstigt durch die Steigerung des Lebensniveaus und den Aufbau des Wohlfahrtsstaats – überwunden worden.

Vor diesem Hintergrund interessiert im besonderen Maße, wie stark die Bindungen der Thüringer an das alte Regime, die untergegangene DDR, 16 Jahre nach der deutschen Vereinigung noch sind (vgl. bereits Edinger / Hallermann 2004: 161-164). Nicht nur in der sozialwissenschaftlichen Forschung, sondern mindestens ebenso sehr in Politik und Publizistik ist die Haltung zur DDR immer wieder im Zusammenhang mit der Frage nach der „inneren Einheit“ diskutiert worden (Falter / Gabriel / Rattinger 2000; Gabriel / Falter / Rattinger 2005). Strittig ist dabei nicht nur, in welchem Ausmaß Bindungen an die DDR fortbestehen oder gar eine DDR-Nostalgie neu entsteht, sondern wie derartige Einstellungen zustande kommen und welche Wirkungen sie haben (pars pro toto Neller 2005). Die Auseinandersetzung mit der retrospektiven Bewertung der DDR und anderen damit verknüpften Fragen (z.B. Einheitsbewertung, Einstellungen zum Sozialismus, Umgang mit Stasi-Opfern) geschieht hier anhand von vier Leitfragen:

- (1) Wie verbreitet sind DDR-freundliche Einstellungen oder gar eine DDR-Nostalgie in Thüringen, und welche Merkmale weisen die „DDR-Nostalgiker“ auf?
- (2) Wie wirken sich derartige Orientierungen auf die Einstellungen zum heutigen Umgang mit der DDR aus? Welche Einstellungen bestehen überhaupt in Thüringen zum Umgang mit dem Erbe des SED-Regimes? Wie werden dessen ideologische Grundlagen beurteilt?
- (3) Wodurch erklärt sich die Affinität zur DDR und welche Wirkungen entfaltet sie im neuen demokratischen System?

- (4) Wie stellt sich das DDR-Bild junger Menschen in Thüringen dar und aus welchen Quellen speist es sich?

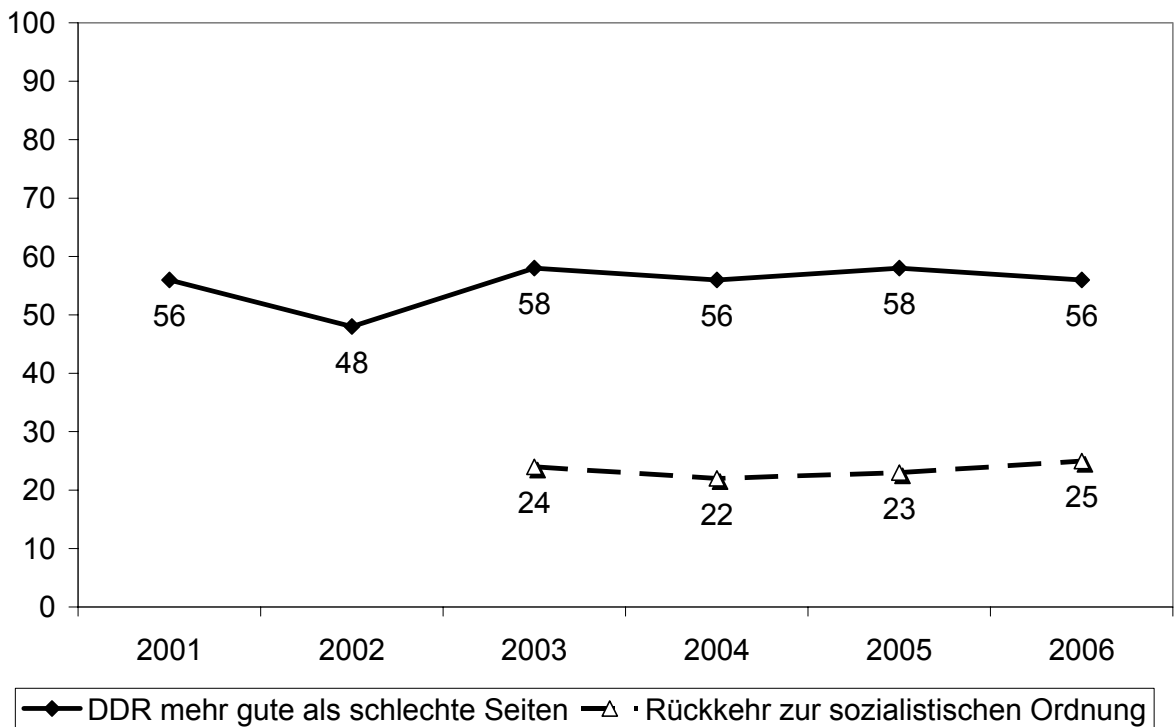
(1) Mit einiger Überraschung ist bei Auswertungen bundesweiter Befragungen festgestellt worden, dass die DDR nach ihrem per Wählervotum im März 1990 beschlossenen und schließlich im Einigungsvertrag besiegelten staatlichen Ableben quicklebendig ist – zumindest in den Köpfen und Herzen vieler ostdeutscher Bürger. Bei zwischenzeitlich starken Schwankungen bekundet ein beträchtlicher, wiewohl seit 2000 deutlich gesunkener Anteil der Ostdeutschen ihre Verbundenheit mit der DDR (Neller 2006: 22). In zahlreichen Politikbereichen schneidet der selbst ernannte Arbeiter- und Bauernstaat in der retrospektiven Betrachtung gut, teils sogar deutlich besser ab als das vereinigte Deutschland (differenziert dazu bereits Fritze 1995), wie nicht zuletzt die Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS aus dem vergangenen Jahr unterstrichen haben (TM 2005: 39f.). Auch die Gesamteinschätzung der DDR fällt bemerkenswert positiv aus und hat sich im Lauf der Jahre nicht verschlechtert.

Thüringen bleibt dabei durchweg im ostdeutschen Rahmen. Mit der Ausnahme des Jahres 2002 attestierte in den vergangenen fünf Jahren wie auch in diesem Jahr jeweils eine klare Mehrheit im Freistaat der DDR mehr gute als schlechte Seiten (vgl. Abb. 22). Bei der Interpretation dieses Befundes ist jedoch zu berücksichtigen, dass es sich um eine Gesamtbewertung handelt, die nicht primär durch die Beurteilung des politischen Systems der DDR bestimmt ist. Vielmehr geben dafür die eher persönlichen Erfahrungen sowie die Absicherung gegenüber bestimmten Lebensrisiken den Ausschlag (TM 2005: 38f.). Mitnichten kann eine positive Gesamtbewertung als DDR-Nostalgie gelten. Dies ist schon deswegen hochgradig problematisch, weil ein freundliches Urteil über die DDR ein positives Urteil über das vereinte Deutschland nicht ausschließt – und auch empirisch vergleichsweise verbreitet ist.²⁷

Wenn unter DDR-Nostalgie über einen idealisierten Rückblick auf die Verhältnisse zu DDR-Zeiten hinaus der Wunsch nach einer grundsätzlichen Wiederherstellung des Status quo ante verstanden wird, dann ist die Aussage „Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren.“ ein besserer Indikator zur Messung der DDR-Nostalgie. Wie Abbildung 22 ausweist, findet eine solche Position kontinuierlich bei einem von vier Befragten Zustimmung. Aus diesen beiden Aussagen lässt sich im Einklang mit den Vorjahren ein Summenindex der DDR-Affinität mit Werten zwischen 2 und 8 bilden. Befragte mit mindestens sechs Punkten auf diesem Index zeichnen sich durch eine große Nähe zur DDR aus–, die Kontrastgruppe steht in einer mehr oder weniger deutlichen Distanz zum alten Regime. Diesen DDR-Nostalgikern ist im Zeitraum zwischen 2003 und 2006 ein gutes Viertel der Thüringer zuzurechnen gewesen.

27 Unter den Thüringern, die 2005 der DDR mehr gute als schlechte Seiten bescheinigten, bewerteten 38 Prozent das vereinte Deutschland besser als die DDR, weitere 21 Prozent stuften beide Staaten gleich ein. Lediglich 41 Prozent bewerteten die DDR besser als das vereinte Deutschland.

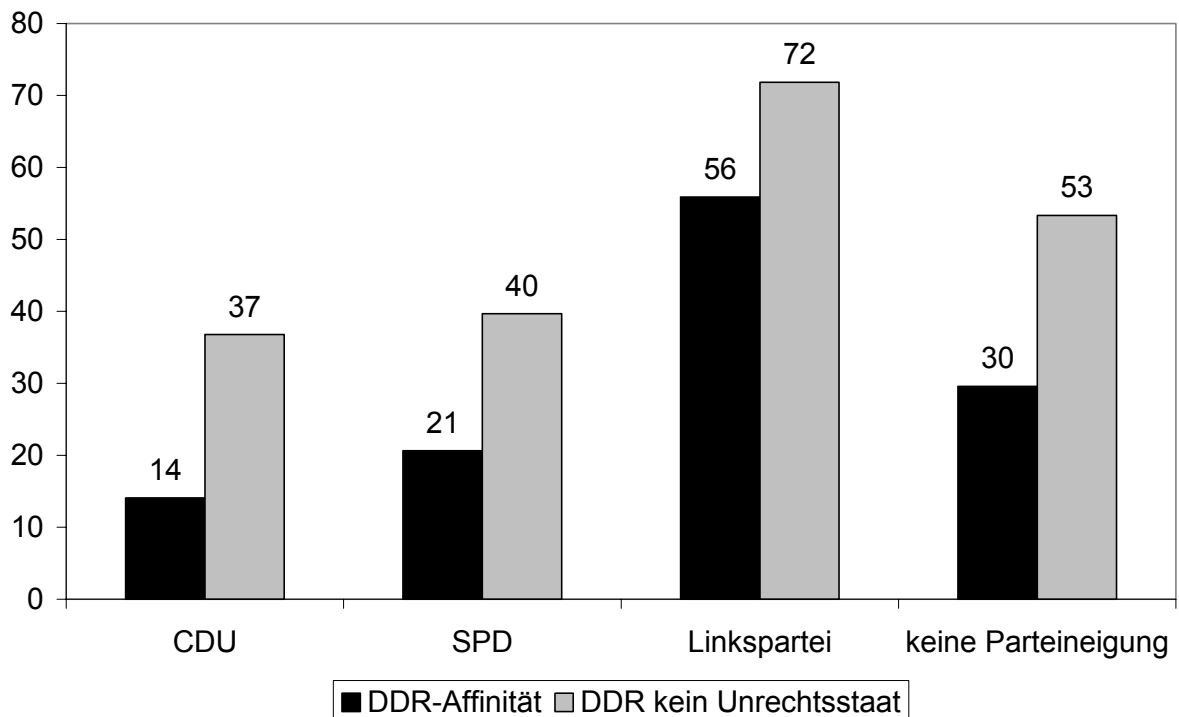
Abb. 22: *Einstellungen zur DDR im Zeitverlauf*
(Zustimmung in Prozent)



Die rückblickende Wahrnehmung und Bewertung der DDR lässt sich über die in Abbildung 22 dokumentierten Aussagen hinaus noch anhand der Einschätzung ihres Unrechtscharakters erhellen. Gefragt danach, ob die DDR ein Unrechtsstaat gewesen ist, zeigen sich die Thüringer in zwei annähernd gleich große Gruppe gespalten. Eine knappe Mehrheit von 51 Prozent kennzeichnet sie als solchen, 49 Prozent bestreiten hingegen den Unrechtscharakter des alten Regimes. Man mag bereits angesichts dieser Verteilung eine nostalgisch anmutende Grundhaltung in weiten Teilen der Bevölkerung konstatieren. Ganz offensichtlich ist, dass das SED-Regime gut anderthalb Jahrzehnte nach seinem Untergang in der Wahrnehmung der Thüringer kaum noch jenen repressiven Charakter hat, der im Herbst 1989 Hunderttausende unter dem Motto „Wir sind das Volk!“ auf die Straßen gebracht hat.

Wer sind nun die „Freunde der DDR“? Weisen sie soziale Merkmale auf, die sie von anderen unterscheiden? Und wer sieht die DDR nicht als Unrechtsstaat? Überraschen muss zunächst, dass die Nähe zur DDR wie auch die Position zum Unrechtscharakter unabhängig vom Alter sind. Das eigene Leben in der DDR hat demnach keinen erkennbaren Einfluss auf ihre Bewertung. Von Bedeutung sind demgegenüber das Geschlecht und das Bildungsniveau: Frauen sind unter den DDR-Nostalgikern deutlich überrepräsentiert, und die Nähe zum alten Regime nimmt zu, je niedriger der formale Bildungsabschluss ist. Aufschlussreich ist, dass die am Erwerbsleben Teilhabenden deutlich DDR-kritischer eingestellt sind als die Gruppen ohne Erwerbseinkommen wie Rentner, Auszubildende/Studierende und Arbeitslose.

Abb. 23: *DDR-Affinität (DDR-Nostalgie) und Bestreitung des Unrechtscharakters der DDR nach Parteineigung (in Prozent)*



Wie die DDR bewertet wird, ist darüber hinaus erwartungsgemäß von politischen Präferenzen abhängig. Dabei erweist sich die Links-Rechts-Selbsteinstufung als weniger relevant im Vergleich zu den parteipolitischen Positionen. Nimmt man die Parteineigung zum Maßstab, treten gravierende Unterschiede zwischen den Anhängern der Linkspartei auf der einen und denen von CDU und SPD auf der anderen Seite zu Tage (vgl. Abb. 23). So zeichnet sich mehr als die Hälfte der Linkspartei-Anhänger durch eine große Nähe zur DDR aus, während es unter den Christdemokraten nur jeder Siebte und in den Reihen der SPD-Anhänger jeder Fünfte ist. Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Frage nach dem Unrechtscharakter der DDR. Er wird von drei Vierteln der Anhänger der Linkspartei bestritten, in den Reihen von CDU und SPD aber nur von einem guten Drittel.

(2) Unabhängig von der sozialen Zusammensetzung der Befragten mit großer Nähe zur DDR ist von Interesse, ob sich diese Gruppe auch bei ähnlichen Themen durch ein besonderes Einstellungsprofil auszeichnet. Mit anderen Worten: Ist die Bewertung der DDR systematisch mit anderen Einstellungen verknüpft, die sich auf das frühere Regime und sein Erbe beziehen? Zur Beantwortung dieser Frage können hier zwei Aspekte untersucht werden: die ideologischen Grundlagen des SED-Regimes und die Beschäftigung mit dem Staatssicherheitsdienst als zentralem Repressionsorgan der DDR und dessen Opfern.

Die Positionen zu den ideologischen Grundlagen des DDR-Systems sind durch die Unterstützung zum einen des Sozialismus als Staatsidee und zum anderen der Forderung nach einer Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen gemessen worden. Dass der Sozialismus die beste aller Staatsideen ist, meint ein gutes Drittel der Befragten. Damit hat sich gegenüber dem Jahr 2005 die Zustimmung leicht erhöht, allerdings ist auch der Anteil entschiedener Ablehnungen etwas gestiegen. Für eine Verstaatlichung der wichtigsten Wirt-

schaftsunternehmen sprechen sich 42 Prozent aus. Fast die Hälfte der Thüringer erteilt damit der Marktwirtschaft, auch der sozialen Marktwirtschaft, eine Absage. Zusammengenommen lassen die Positionen zu diesen beiden Fragen eine erhebliche Popularität von ideologischen Kernprinzipien des „Sozialismus in den Farben der DDR“ erkennen.

Beide Aussagen stehen untereinander in einem mittelstarken Zusammenhang. Mithin ist bei der Favorisierung des Sozialismus als Staatsidee auch eine überdurchschnittliche Unterstützung der Verstaatlichung zu erwarten – und vice versa. Noch stärker sind die entsprechenden Positionen aber mit der DDR-Nostalgie verknüpft. Die Affinität zum untergegangenen Regime ist also umso größer, je mehr die Befragten von der Idee des Sozialismus und von der Verstaatlichung überzeugt sind. Dieses Ergebnis mag nicht überraschend sein, es unterstreicht aber, wie wichtig weltanschauliche Haltungen für die Nähe zur DDR sind. Es wird noch dadurch unterstrichen, dass sich alle genannten Einstellungen auf einen einzigen Faktor, der hier als sozialistische Systemalternative bezeichnet werden kann, zurückführen lassen, wie eine Faktorenanalyse ergibt.²⁸

Einen anderen Charakter haben Aussagen, die sich auf das Erbe der DDR und speziell des Staatssicherheitsdienstes als „Schwert und Schild“ der Einheitspartei SED beziehen. Die Thüringer sind 2006 gebeten worden, sich zu drei verschiedenen Aspekten dieses Themenfelds zu positionieren: zur weiteren Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit, zur heutigen Stellung von Opfern der Stasi im Vergleich zu den Nutznießern des alten Regimes und zu einer gesonderten Rente für die Opfer des Staatssicherheitsdienstes.²⁹ Drei Viertel der Thüringer sind der Auffassung, dass es den Profiteuren des früheren Regimes auch im vereinigten Deutschland besser geht als den Stasi-Opfern. 60 Prozent sprechen sich vor diesem Hintergrund für die so genannte Opfer-Rente aus, also zugunsten einer Zusatzrente für die Opfer des alten Regimes. Zugleich wünschen drei von vier Befragten, dass ein Schlussstrich unter die Stasi-Vergangenheit gezogen wird.

Welches Bild des erstrebten Umgangs mit dem einstigen Staatssicherheitsdienst ergibt sich aus diesen Einzelbefunden? Zunächst fällt auf, dass die entsprechenden Einstellungen untereinander nur in einem schwach positiven Zusammenhang stehen. Dies beinhaltet, dass die Besserstellung der Nutznießer des SED-Regimes gegenüber den Stasi-Opfern im vereinigten Deutschland anscheinend nicht (mehr) als skandalös wahrgenommen wird. Zumindest bleibt sie ohne den zu erwartenden deutlichen Einfluss auf die Beschäftigung mit der Vergangenheit oder die Unterstützung der Opfer-Rente. Selbst diejenigen, die die Opfer weiterhin benachteiligt sehen, meinen zu zwei Dritteln, die Auseinandersetzung mit der Stasi solle beendet werden. Ihre mehrheitliche Befürwortung der Zusatzrenten für die Stasi-Opfer mag denn auch eher humanitären Erwägungen entspringen als der politischen Überzeugung, dass Unrecht gesühnt werden müsse. Insgesamt muss man den Eindruck gewinnen, dass die Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit, zumindest was ihre Unterstützung in der Öffentlichkeit anbelangt, auf geradezu verlorenem Posten steht.

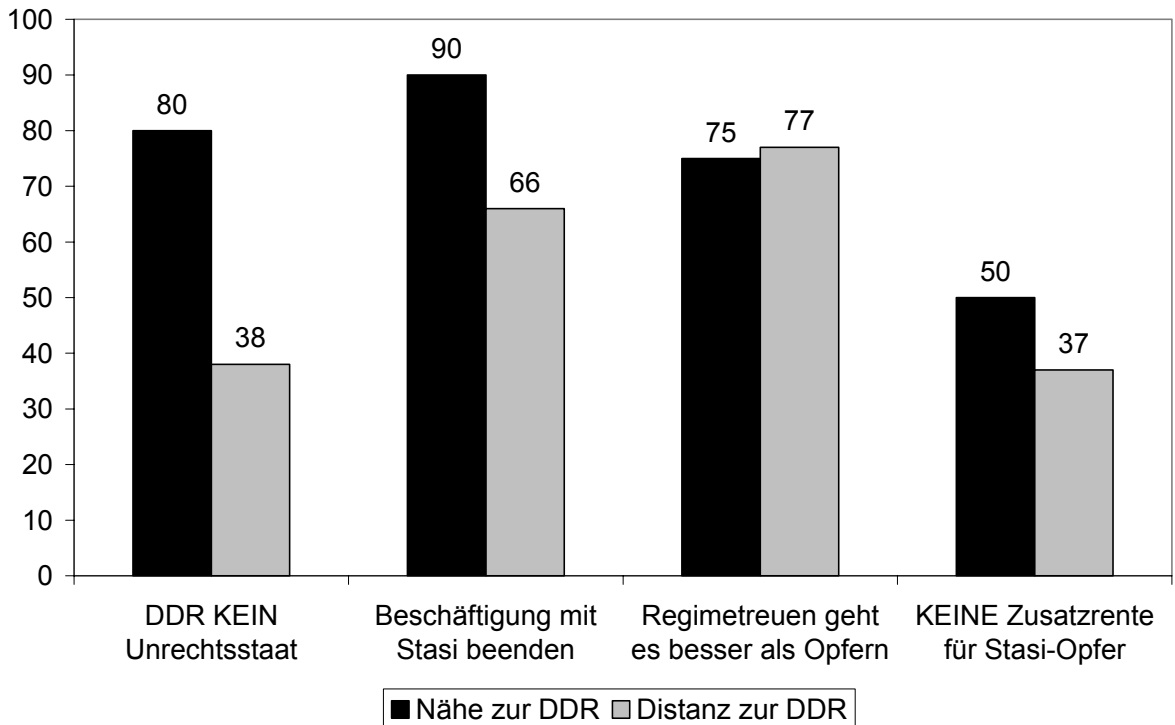
Die Positionen zum Umgang mit dem einstigen Staatssicherheitsdienst der DDR und seinen Opfern lassen sich zudem nur teilweise auf die Nähe zum früheren Regime zurückführen. Wie

28 Angesichts dieses Befundes wird im Kapitel V die Variable „sozialistische Systemalternative“ als Summenscore der vier DDR-bezogenen Statements (DDR mehr gute als schlechte Seiten; Rückkehr zur sozialistischen Ordnung; Verstaatlichung der Wirtschaftsbetriebe; Sozialismus beste Staatsidee) verwendet.

29 Frageformulierungen: (1) „Mehr als 15 Jahre nach dem Ende der DDR sollte die Beschäftigung mit der Stasi-Vergangenheit aufhören.“; (2) „Auch heute geht es den Nutznießern des SED-Regimes oft besser als den Stasi-Opfern.“; (3) „Es wäre gut, wenn Opfer der Stasi eine gesonderte Rente erhalten.“.

aus Abbildung 24 abzulesen ist, sind nahezu alle DDR-Nostalgiker dafür, die Beschäftigung mit der Stasi zu beenden. Allerdings findet diese Position auch unter den übrigen Befragten eine Zweidrittelmehrheit. In der Frage der Zusatzrente für Stasi-Opfer sind die Nostalgiker gespalten, während sich ansonsten eine deutliche Mehrheit dafür ausspricht. In überhaupt keinem Zusammenhang steht die DDR-Affinität mit der Einschätzung, ob sich die Regimetreuen im vereinten Deutschland besser stehen als die Stasi-Opfer.

Abb. 24: *Einstellungen zum SED-Erbe nach DDR-Affinität (DDR-Nostalgie)*
(in Prozent)



Stärker als durch die Nähe zum alten Regime werden die Stasi-bezogenen Einstellungen durch die Position zum Unrechtscharakter der DDR bestimmt. Befragte, die diesen bestreiten, möchten die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit beendet wissen, sehen seltener eine fortdauernde Diskriminierung der Stasi-Opfer und sprechen sich überproportional gegen Zusatzrenten für diese Gruppe aus. Die Bewertung der DDR als Unrechtsstaat ist ihrerseits aber auf das engste mit der DDR-Nostalgie verknüpft. Vier von fünf Befragten mit einer ausgeprägten Nähe zur DDR bestreiten, dass es sich bei ihr um einen Unrechtsstaat gehandelt hat, in der Kontrastgruppe sehen ihn dagegen fast zwei Drittel als solchen (vgl. Abb. 24). Im Umkehrschluss bedeutet dies allerdings auch, dass ein Fünftel der DDR-Nostalgiker dem SED-Regime nahe steht, obwohl sein Unrechtscharakter anerkannt wird. Und immerhin vier von zehn Befragten, die in einer gewissen Distanz zur DDR stehen, nehmen das alte Regime rückblickend nicht als Unrechtsstaat wahr.

(3) Angesichts dieser teils überraschenden und nicht immer konsistent erscheinenden Einstellungen zur DDR und ihren „Hinterlassenschaften“ erscheint die Auseinandersetzung mit den Ursachen der DDR-Affinität bzw. DDR-Nostalgie umso dringlicher. Die gängigen Erklärungsversuche werden in der Literatur zumeist danach unterschieden, ob sie eher situative Faktoren (wie die wirtschaftliche Lage, Deprivationsempfindungen usw.) betonen oder die

Sozialisation (Prägungen im und durch das SED-Regime) in den Vordergrund stellen. Selbst wenn man die Schwierigkeiten, einzelne Bestimmungsfaktoren zweifelsfrei einem dieser Ansätze zuzuordnen, außer Acht lässt, sprechen die Ergebnisse empirischer Untersuchungen eine etwas andere Sprache: Situation wie Sozialisation sind demnach für die Genese von DDR-Nostalgie relevant (zusammenfassend Neller 2006: 29).

Stattdessen lassen sich sechs Konzepte zur Genese der DDR-Affinität unterscheiden,³⁰ die jeweils an herkömmliche sozialwissenschaftliche Theoreme anknüpfen:

a) *Individuelle Ressourcen*: Dieses Konzept geht davon aus, dass eine schlechte individuelle Ressourcenausstattung und die daraus resultierenden ungünstigen gesellschaftlichen Chancen maßgeblich für die Nähe zur DDR sind. Die Affinität zum alten Regime wäre danach als eine psychologisch-politische Reaktion auf die eigene Perspektivlosigkeit in der neuen Gesellschaft zu deuten. Die Ressourcenausstattung lässt sich hier mit dem formalen Bildungsniveau und der eigenen finanziellen Lage erfassen.

b) *Relative Deprivation*: Nach diesem theoretischen Ansatz speist sich die DDR-Nostalgie aus der subjektiv empfundenen Ungleichbehandlung und Schlechterstellung im Vergleich zu anderen. Diese Ungleichbehandlung kann als gegen die eigene Person gerichtet empfunden werden oder als Diskriminierung gegen eine Personengruppe, der man selbst angehört. Einschlägige Indikatoren sind die Frage nach dem gerechten eigenen Anteil und nach der Diskriminierung Ostdeutscher durch Westdeutsche. Auch die Frage nach der Gerechtigkeit der Gesellschaft als eine generalisierte Gerechtigkeitswahrnehmung lässt sich hier heranziehen.

c) *Einheitsverlierer*: Hierbei handelt es sich um eine spezifisch auf die ostdeutsche Transformationsgesellschaft zugeschnittene Variante des Modernisierungsverlierer-Theorems. Eine besondere Wertschätzung der DDR wird nach diesem Konzept vor allem bei den Verlierern des Transformationsprozesses zu erwarten sein. Diese lassen sich im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS anhand der Frage nach den persönlichen Vorteilen bzw. Nachteilen der deutschen Einheit ermitteln. Angesichts der zu DDR-Zeiten (offiziell) bestehenden Vollbeschäftigung wäre die Arbeitslosigkeit ein weiterer Indikator.

d) *Wertorientierungen*: Derartige Konzepte heben auf frühe Prägungen der Befragten ab und beziehen sich insoweit – im Unterschied zu den bislang genannten Ansätzen – auf Persönlichkeitsmerkmale. Ein „klassisches“ Beispiel ist das Konzept des Autoritarismus. Neben diesem kann auch die Präferenz für Gleichheit/Sicherheit gegenüber der Freiheit hier herangezogen werden.

e) *Ideologie*: Dieses Konzept zielt wie das vorausgegangene auf Werte, bezieht sich im Unterschied zu diesem allerdings nicht so sehr auf persönlichkeitsnahe Aspekte, sondern auf die grundlegenden weltanschaulichen Präferenzen der Befragten. Die Nähe zur DDR ergibt sich demnach aus der Übereinstimmung mit ihren ideologischen Grundlagen. Dazu gehören etwa der Sozialismus und die Verstaatlichung der wichtigsten Wirtschaftsunternehmen.

f) *Politische Entfremdung*: Danach erklärt sich die DDR-Nostalgie vor allem als negative Reaktion auf politische Apathie und Entfremdung vom bestehenden System. Diese lassen sich mit der politischen Eigenkompetenzzuschreibung und der wahrgenommenen Responsivität der institutionellen Politik messen

30 Die hier vorgenommene Differenzierung deckt sich zum Teil mit der von Neller (2005: 360-363), die wegen einer größeren Zahl von Variablen aber ein breiteres Spektrum an Erklärungsansätzen zu testen in der Lage ist.

g) *DDR-Erfahrung*: Hier wird auf bestimmte Merkmale der Befragten abgehoben, die mutmaßlich die Nähe bzw. Distanz zum alten Regime bestimmen. So wird angenommen, dass das Aufgewachsensein in der DDR, das „gelebte Leben“, diese mitsamt ihres politischen Systems in einem günstigen Licht erscheinen lässt. Umgekehrt müsste die Religiosität, die sich über eine Kombination aus konfessioneller Bindung und Kirchengangshäufigkeit bestimmen lässt, zu einer Distanzierung von der DDR führen. Faktisch handelt es sich bei der Alterskohortenzugehörigkeit und der Religiosität jedoch nur um Proxies für die tatsächlichen Erfahrungen, die Befragte in und mit der DDR gemacht haben.

Eine bivariate Betrachtung, also die getrennte Analyse der Beziehungen zwischen den möglichen Determinanten einzeln und der Nähe zur DDR ergibt, dass mit Ausnahme des Alters alle genannten Indikatoren in einem höchstsignifikanten Zusammenhang mit der Nähe zur DDR stehen. Die Zusammenhänge entsprechen in ihrer Richtung ausnahmslos den Erwartungen, d.h. erwartete positive Zusammenhänge sind auch positiv. Teils deutliche Unterschiede bestehen allerdings bei der Stärke der Beziehungen, wie Tabelle 9 anhand des Anteils von DDR-Nostalgikern in den jeweiligen Gruppen ausweist. Besonders starke Wirkungen auf die Nähe zur DDR haben vor allem die ideologischen Variablen und die Wertorientierungen. Aber diese wird auch durch das Bildungsniveau und die relative Deprivation, und zwar stärker durch die wahrgenommene Diskriminierung der Ostdeutschen als Kollektiv denn durch die eigene Deprivation, beeinflusst. Vergleichsweise schwach fällt der Zusammenhang mit der politischen Entfremdung aus, was aber auch den Indikatoren geschuldet sein mag. Die Hypothese von der Prägekraft des Aufwachsens in der DDR kann als falsifiziert gelten: Weder die Kohortenzugehörigkeit noch die Anzahl der in der DDR gelebten Jahre ist für die Entstehung der Nostalgie von Belang.

Tab. 9: *Anteil der Befragten mit DDR-Affinität (DDR-Nostalgiker) nach verschiedenen Einflussfaktoren (in Prozent)*

Konzepte	Indikatoren	Merkmalsausprägungen	DDR-Nostalgiker
Befragte insgesamt			26
Individuelle Ressourcen	Eigene finanzielle Lage*	weniger gut/schlecht (sehr) gut	31 22
	Bildungsstand	ohne Abitur mit Abitur	33 13
Relative Deprivation	Eigener Anteil	weniger als gerecht gerecht oder mehr	35 14
	Ostdeutsche. werden diskriminiert	Zustimmung Ablehnung	38 13
Einheitsverlierer	Bewertung der dt. Einheit**	mehr Nachteile mehr Vorteile	30 14
	Arbeitslos	Ja Nein	35 24
Wertorientierungen	Freiheit versus Gleichheit und Sicherheit*	Gleichheit/Sicherheit Freiheit	34 7
	Autoritarismus*	autoritär nicht autoritär	35 16
Ideologie	Sozialismus beste Staatsidee	Zustimmung Ablehnung	47 15
	Verstaatlichung der Unternehmen	Zustimmung Ablehnung	43 14
Politische Entfremdung	Politische Eigenkompetenz	niedrig hoch	41 22
	Einfluss auf Regierungshandeln	gering groß	30 17
DDR-Erfahrung	Größten Teil des Lebens in der DDR gelebt	Ja Nein	24 30
	Religiösität	keine/gering stark	28 19

* Mittelkategorie bei den Prozentangaben in Spalte 4 nicht berichtet.

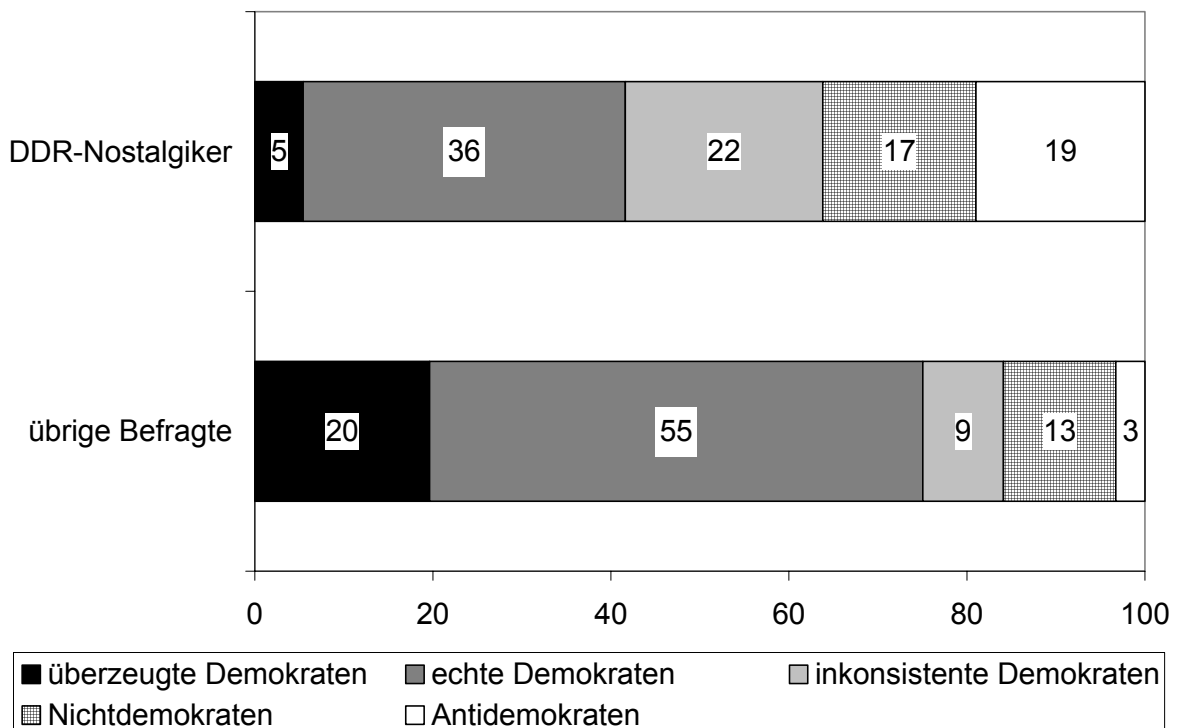
** Kurvilinearer Zusammenhang: der größte Anteil der DDR-Nostalgiker findet sich in der Mittelkategorie.

Welche der zahlreichen Bestimmungsfaktoren der DDR-Nostalgie erweist sich auch dann noch als erklärungsstark, wenn die Wechselbeziehungen zwischen den Erklärungsfaktoren kontrolliert werden? Die Ergebnisse einer multivariaten Regression (zum Verfahren vgl. Kap. IV.2) geben darauf eine klare Antwort: Die Nähe zur DDR ist in erster Linie weltanschaulich begründet. Die beiden Aussagen zu den ideologischen Grundlagen (Sozialismus, Verstaatlichung der Wirtschaft) haben die größte Erklärungskraft. Erst danach folgen die Wertorientierungen, vor allem der Autoritarismus, der Bildungsstand, die Bewertung der deutschen Einheit und die Diskriminierung Ostdeutscher. Alle anderen Faktoren einschließlich der eigenen finanziellen Lage tragen nicht in nennenswerter Weise

zur Erklärung der DDR-Nostalgie bei. Greift man die in der Literatur gängige Unterscheidung situativer und sozialisationsbedingter Bestimmungsfaktoren (s. o.) auf, so bestätigt sich auch für Thüringen, dass nur eine Kombination beider eine – dann allerdings gute – Erklärung der Nähe zur DDR bietet. Dabei ist der Einfluss der Sozialisation jedenfalls dann größer, wenn man die Wertorientierungen und die weltanschaulichen Faktoren diesem Ansatz zuordnet.

Nach dieser Analyse der Ursachen der DDR-Nostalgie gilt es in einem weiteren Schritt, ihre möglichen Wirkungen in den Blick zu nehmen. Dabei geht es in erster Linie um etwaige Effekte auf die Einstellungen zur Demokratie, die als Kern der politischen Kultur verstanden werden können. Positionieren sich die „Freunde der DDR“ anders zum demokratischen System als die übrigen Befragten? Aufschluss darüber bietet zunächst eine Betrachtung nach den Typen demokratiebezogener Einstellungen. Erwartungsgemäß sind die echten und zumal die überzeugten Demokraten unter den Befragten mit einer gewissen Distanz zur DDR überrepräsentiert. In dieser Gruppe stellen sie etwa drei Viertel, während sie unter den DDR-Nostalgikern mit zusammen 41 Prozent nur eine Minderheit ausmachen (vgl. Abb. 25). Umso besser sind die Antidemokraten unter den Befragten mit großer Nähe zur DDR vertreten: Mit 19 Prozent ist ihr Anteil hier sechsmal so groß wie in der Vergleichsgruppe. Auch inkonsistente Demokraten sind unter den „Freunden der DDR“ überproportional häufig anzutreffen.

Abb. 25: *Typen demokratiebezogener Einstellungen nach DDR-Affinität (DDR-Nostalgie)*
(in Prozent)



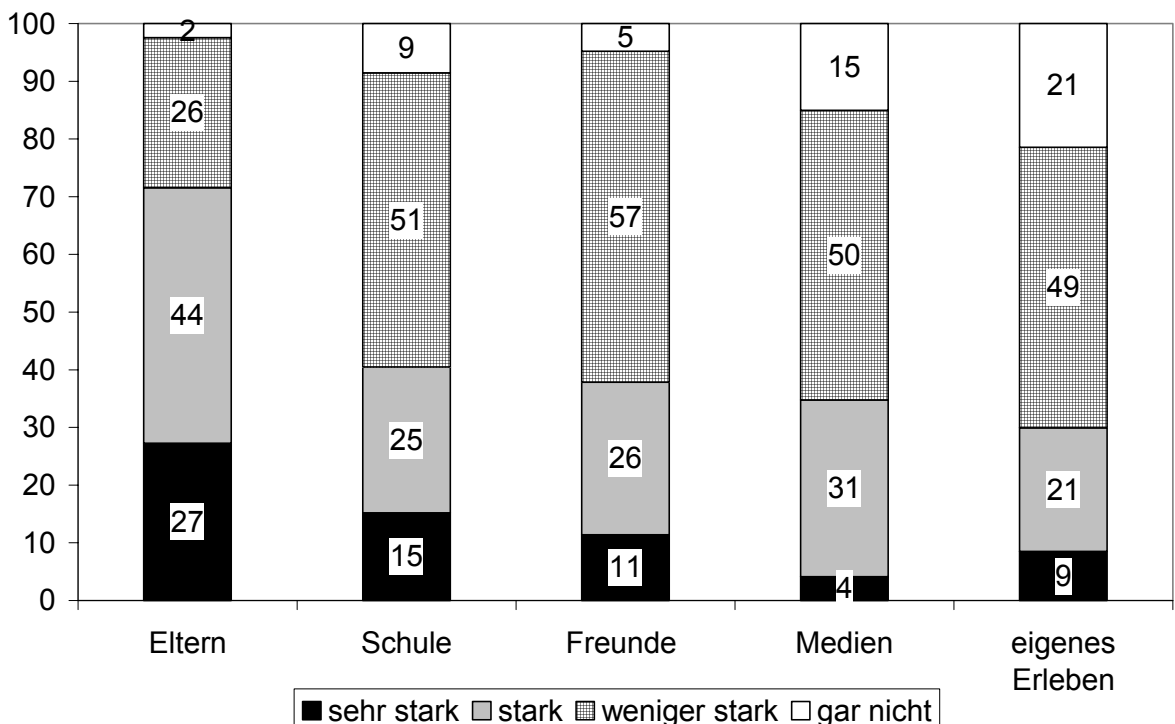
Der deutliche Einfluss der DDR-Affinität auf die Bewertung der Demokratie bestätigt sich für alle drei Ebenen der Demokratie (vgl. Kap. IV.2). Der stärkste Zusammenhang ergibt sich – bildlich gesprochen – mit den Wurzeln des Demokratiebaums, also der Demokratie als Staatsidee, am schwächsten ist er für die Zweige, also die Demokratiezufriedenheit. Diese Ebenenunterschiede in der Erklärungskraft finden sich auch in der multivariaten Analyse

bestätigt. Fügt man die DDR-Affinität in die Erklärungsmodelle der Demokratieunterstützung ein (vgl. oben Abb. 21), so trägt sie zum Verständnis der Demokratiezufriedenheit nur wenig bei. Für die Unterstützung der Demokratie als Staatsidee und auch für die Zufriedenheit mit der demokratischen Verfassungsordnung ist sie jedoch nach der sozioökonomischen Deprivation der zweitstärkste Erklärungsfaktor. Demnach werden gerade die Fundamente des demokratischen Staatswesens durch die DDR-Nostalgiker in Frage gestellt. Aus der Perspektive des demokratischen Verfassungsstaats (zum Begriff Dicke 2000) und im Interesse einer erfolgreichen demokratischen Konsolidierung Thüringens wie der übrigen neuen Länder ist es also keinesfalls gleichgültig, wie sich die Bürger zum alten Regime positionieren.

(4) Wie die vorausgegangenen Analysen belegt haben, spielt das Alter für die DDR-Affinität keine nennenswerte Rolle. Dieser Sachverhalt ist vor allem mit Blick auf die junge Generation ebenso erstaunlich wie erklärungsbedürftig. Wie ist es möglich, dass Befragte, die die meiste Zeit ihres Lebens im vereinigten Deutschland verbracht haben und die die DDR kaum aus eigenem Erleben kennen, in gleichem Maße DDR-Nostalgie entwickeln wie die älteren Kohorten? Woraus speisen sich die DDR-Wahrnehmungen dieser Befragten, wo doch die eigenen Lebenserfahrungen als Quelle weitgehend entfallen?

Hinsichtlich der Quellen des DDR-Bilds bestätigt sich zunächst die Erwartung, dass das eigene Erleben kaum eine Rolle spielt (vgl. Abb. 26). Nicht einmal jeder dritte Befragte unter 30 Jahren sieht sein Bild der DDR dadurch (sehr) stark beeinflusst; jeder Fünfte in dieser Altersgruppe verneint jeglichen Einfluss. Ein stärkerer Einfluss wird den Medien, den Freunden und der Schule zugeschrieben. Für alle diese Quellen gilt allerdings, dass diejenigen, die ihnen einen (sehr) starken Einfluss auf die eigenen Vorstellungen von der DDR zuschreiben, in der Minderheit sind. Die stärksten Prägungen in ihrer Wahrnehmung der DDR erfahren die jungen Thüringer offensichtlich im Elternhaus: Fast drei Viertel charakterisieren den Einfluss der Eltern auf ihr DDR-Bild als (sehr) stark.

Abb. 26: *Quellen des DDR-Bilds bei den 18- bis 29-Jährigen*
(in Prozent)



Welches DDR-Bild aber wird in den Elternhäusern gezeichnet? Darüber geben zunächst die Selbsteinschätzungen der 18- bis 29-Jährigen Auskunft. Mehr als die Hälfte von ihnen charakterisiert die Thematisierung der DDR im Elternhaus³¹ als neutral. Immerhin 28 Prozent bezeichnen sie als positiv, während nur eine kleine Minderheit von sieben Prozent angibt, von den Eltern ein negatives DDR-Bild vermittelt bekommen zu haben. Die Einschätzung der im Elternhaus üblichen Thematisierung der DDR ist dabei unabhängig davon, wie wichtig das Elternhaus für die eigene Einschätzung der DDR gehalten wird. Lässt sich schon aus den Selbstauskünften der Heranwachsenden auf ein eher freundliches DDR-Bild in ihren Elternhäusern schließen, so spricht der Zusammenhang mit der DDR-Affinität eine noch deutlichere Sprache. Der Anteil der DDR-Nostalgiker steigt nämlich, je höher der Einfluss des Elternhauses eingestuft wird. Die Unterschiede sind frappierend: Gilt der Einfluss der Eltern auf das eigene DDR-Bild als gering, weist nur jeder Zehnte eine große Nähe zur DDR auf; unter denen, die einen sehr starken Einfluss berichten, ist es mehr als die Hälfte.

Einen ähnlich deutlichen Zusammenhang zwischen dem wahrgenommenen Einfluss auf das eigene DDR-Bild und der Affinität zum untergegangenen SED-Regime gibt es ansonsten nur noch bei einer weiteren Quelle: dem Freundeskreis. Auch hier fällt die Bewertung der DDR umso positiver aus, je größer der Einfluss der Freunde auf das eigene DDR-Bild ist. Für Medien, eigenes Erleben und die Schule sind die Zusammenhänge schwächer. Allerdings dürfte aus bildungspolitischer Sicht nachdenklich stimmen, dass etwa ein Drittel der Heranwachsenden angibt, in der Schule sei die DDR überwiegend positiv dargestellt worden, aber nur jeder Zehnte von der Vermittlung eines negativen DDR-Bilds berichtet (neutral: 43%; wurde kaum thematisiert: 15%). Für die Schule gilt in abgeschwächter Form, was auch für das Elternhaus zu konstatieren ist: Das dort gepflegte DDR-Bild wird von den Heranwachsenden weitgehend reproduziert, wobei der Zusammenhang umso stärker ist, je größer der von den jungen Befragten vermutete Einfluss auf die eigene DDR-Bewertung eingeschätzt wird.

Mithin wird den jungen Thüringern insbesondere im Elternhaus ein tendenziell positives DDR-Bild vermittelt, das dann in der *peer group*, also im Freundeskreis, noch einmal wechselseitig bekräftigt wird. In der Schule wird dieses Bild nicht etwa in Frage gestellt, sondern tendenziell bestätigt, allerdings hat die Schule weit geringeren Einfluss auf die Bewertung der DDR durch die Heranwachsenden. Etwa in dieser Weise wird man sich die Genese einer DDR-Nostalgie auch unter denjenigen vorstellen müssen, die den untergegangenen Staat aus eigener Erfahrung kaum kennen.

4. Kontinuität und Wandel rechtsextremer Einstellungen

Ein rechtsextremistischer Akt, der Brandanschlag auf die Erfurter Synagoge im Frühjahr 2000, war seinerzeit wesentlicher Impuls für eine intensivere Befassung mit der politischen Kultur im Freistaat Thüringen. Folgerichtig setzte sich der erste THÜRINGEN-MONITOR ausführlich mit dem Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Erscheinungsformen auseinander (TM 2000: 41-70, Anhang II). Die bleibende Aktualität der Auseinandersetzung mit dem Extremismus am rechten Rand ist in diesem Jahr durch eine Reihe von Vorkommnissen unterstrichen worden. Dazu gehören mehrere schwere Übergriffe gegen Ausländer unter anderem in Potsdam und Weimar, die zu einer bundesweiten Diskussion um so genannte *No*

31 Dass die DDR im Elternhaus nicht thematisiert wurde, kam nur bei jedem zwölften Befragten unter 30 Jahren vor und stellt somit eine zu vernachlässigende Ausnahme dar.

Go Areas für Menschen anderer Hautfarbe vor allem in Ostdeutschland führte, ebenso wie zuletzt der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern. Erstmals sind damit rechtsextreme Parteien in der Mehrzahl der ostdeutschen Landesparlamente vertreten – und lediglich im Thüringer Landtag hat es seit 1990 keine rechtsextreme Fraktion gegeben.

Der THÜRINGEN-MONITOR beschäftigt sich nicht in erster Linie mit diesen manifesten Formen des Rechtsextremismus wie der Wahl entsprechender Parteien und der fremdenfeindlichen Gewalt, sondern er bemüht sich um eine Analyse derjenigen Einstellungen, die dem rechtsextremen Handeln zugrunde liegen. Der Rechtsextremismus wird dabei als ein Einstellungssyndrom verstanden, das auf der Ungleichwertigkeit von Menschen basiert (so auch Stöss 2005: 59). Das rechtsextreme Weltbild ist dadurch charakterisiert, dass es Menschen je nach askriptiven Merkmalen wie Hautfarbe oder ethnischer Herkunft einen unterschiedlichen Wert zuspricht. Ein darauf aufbauendes Gesellschaftssystem muss zwangsläufig in Widerspruch zur demokratischen Ordnung geraten, da es deren Grundprinzipien wie Gleichheit und Menschenrechte in Frage stellt. Anders als mitunter in der Literatur suggeriert (Heitmeyer 1992), müssen sich rechtsextreme Einstellungen nicht in einem entsprechenden Handeln manifestieren. Sie können aber als eine notwendige Voraussetzung etwa für fremdenfeindliche Gewaltakte gelten – und sie schaffen bei entsprechender Verbreitung ein gesellschaftliches Klima, in dem rechtsextreme Parteien gedeihen können.

Um über die genauere Momentaufnahme des Jahres 2000 hinaus auch die Entwicklungslinien erfassen zu können, sind die rechtsextremen Einstellungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS seitdem kontinuierlich und unabhängig vom jährlich wechselnden Schwerpunktthema gemessen worden. Dazu dienen seit 2001 zehn Fragen, die dem Charakter des Rechtsextremismus als einem Einstellungssyndrom Rechnung tragen, indem sie insgesamt sechs verschiedene Dimensionen des Syndroms erfassen: Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, überstarken Nationalismus (Chauvinismus), Antisemitismus, die Unterstützung einer rechten Diktatur und die Verharmlosung des nationalsozialistischen Regimes (vgl. Tab. 10).

Die damit verknüpfte Annahme, dass die Dimensionen und letztlich alle zehn Statements untereinander eng zusammenhängen, findet sich wie schon im Vorjahr bestätigt: In *allen* Fällen ergeben sich höchst signifikante und zumeist auch starke Zusammenhänge. Am stärksten sind dabei die Beziehungen zwischen den ausländerfeindlichen und den nationalistischen Aussagen. Dass der Rechtsextremismus ein Syndrom miteinander verknüpfter Einstellungen darstellt, bedeutet freilich nicht, dass die einzelnen Teile dieses Syndroms gleich starke Unterstützung in der Bevölkerung finden. Wie Tabelle 10 veranschaulicht, finden zwei der drei ausländerfeindlichen Statements und die nationalistischen Aussagen breite Zustimmung. Die Dimensionen des Antisemitismus, der rechten Diktatur und der Verharmlosung des Nationalsozialismus werden demgegenüber vergleichsweise selten unterstützt.

Tab. 10: *Zustimmung zu den zehn Aussagen zum Rechtsextremismus 2001 bis 2006*
(in Prozent; letzte Spalte: Differenz 2006 zu Durchschnittswerten 2001-2005)

Dimensionen und Aussagen	2001	2002	2003	2004	2005	2006	Diff. 06-Ø*
Ausländerfeindlichkeit							
„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	49	55	56	56	60	53	- 2
„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	48	50	55	57	58	50	- 3
„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“	28	25	25	24	21	21	- 4
Sozialdarwinismus							
„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	35	33	34	31	32	29	- 3
„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	29	29	23	28	21	21	- 4
Nationalismus / Chauvinismus							
„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	56	53	66	63	64	60	0
„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	34	28	38	33	36	34	0
Verharmlosung des Nationalsozialismus							
„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	21	19	20	20	20	21	+ 1
Antisemitismus							
„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	15	13	14	13	14	10	- 3
Rechte Diktatur							
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	17	17	20	18	19	19	+ 1

Anmerkung: „Stimme voll und ganz zu“ „Stimme eher zu“ zusammengefasst.

* Berechnung der Differenz unter Berücksichtigung der Nachkommastellen.

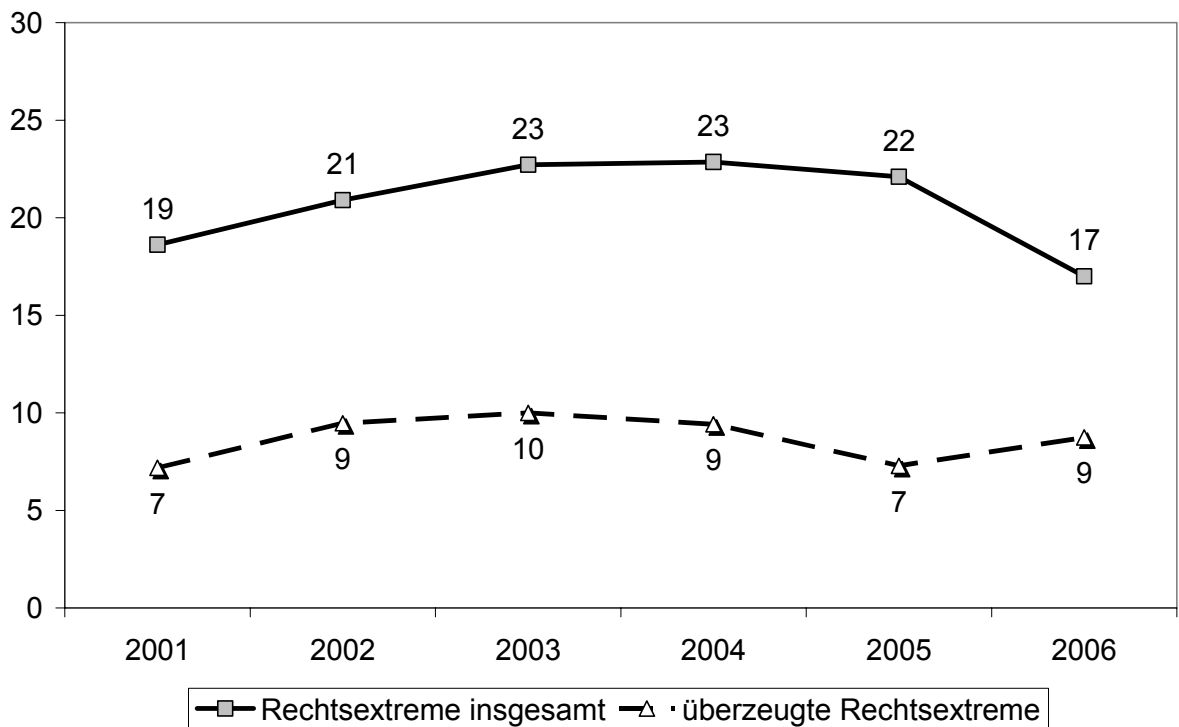
Ordnet man die zehn rechtsextremen Aussagen nach dem Ausmaß der Zustimmung, die sie finden, so bleibt die Reihenfolge im Zeitverlauf erhalten. Das Unterstützungsniveau hat sich jedoch gerade im Jahr 2006 bei vielen Statements deutlich verändert: Für insgesamt fünf Aussagen gilt, dass sie erheblich geringere Zustimmung finden als noch 2005. Bei den ausländerfeindlichen Statements zur Überfremdung und zur Ausnutzung des Sozialstaats hat sich der Anteil der Ablehnungen um sieben bzw. acht Prozentpunkte verringert. Aussagekräftiger ist aber noch, dass für sechs Aussagen die Werte des Jahres 2006 um mindestens zwei Prozentpunkte niedriger liegen als der Schnitt der vorausgegangenen fünf Jahre, wie sich an der letzten Spalte der Tabelle 10 ablesen lässt. Dies betrifft sämtliche Aussagen der Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus und Antisemitismus. Für die Statements zu Ehen zwischen Deutschen und Ausländern sowie zum unwerten Leben lässt sich zudem ein Trend sinkender Zustimmung ausmachen.

Diese deutlich rückläufige Zustimmung bei drei Dimensionen führt bei gleichzeitiger Konstanz der Werte für die übrigen Dimensionen zu einem niedrigeren Niveau des Rechtsextremismus als in allen Vorjahren. Bildet man einen Summenindex aus den zehn Fragen mit einer Skala von 10 (nicht rechtsextrem) bis 40 Punkten (stark rechtsextrem) und betrachtet alle Befragten mit einem Wert oberhalb des Skalenmittelpunkts (ab 26 Punkte) als rechtsextrem, so beläuft sich der entsprechende Anteil unter den Thüringern auf 17 Prozent (vgl. Abb. 27). Dieser Wert liegt um knapp zwei Punkte unter dem Ausgangswert von 2001, der in den Folgejahren kontinuierlich übertroffen wurde. Auch wenn statt des Anteils der Zustimmungen die Mittelwerte herangezogen werden, befindet sich der Rechtsextremismus auf dem niedrigsten Niveau seit Beginn der Befragungen. Ähnlich fallen die Befunde für die Ausländerfeindlichkeit als einer Ausprägung des „neuen“ Rechtsextremismus aus. Bildet man analog zum Rechtsextremismus einen Index aus den drei ausländerfeindlichen Statements, so sind gut 40 Prozent der Thüringer als ausländerfeindlich zu charakterisieren. Die Ausländerfeindlichkeit ist damit im Vergleich zu den Vorjahren etwas zurückgegangen, wenngleich sie weiterhin ein hohes Niveau aufweist.

Wie schon in früheren Jahren berichtet worden ist, fehlt es in der Einstellungsforschung zum Rechtsextremismus an einer Konvention, wie der Anteil von Befragten mit rechtsextremen Einstellungen zu bestimmen ist.³² Die hier getroffene Entscheidung, den Skalenmittelpunkt zum Schnittpunkt zu machen, ist zwar plausibel, nicht alternativlos. Um genaueren Aufschluss über den auffälligen Rückgang rechtsextremer Orientierungen in Thüringen zu erhalten, ist zusätzlich ein zweiter Schnittpunkt festgelegt worden. Demnach sollen als „überzeugte Rechtsextreme“ alle diejenigen gelten, die auf dem Rechtsextremismus-Index 30 oder mehr Punkte haben. Im Schnitt haben diese Befragten also allen zehn Aussagen schwach zugestimmt. Diese Gruppe macht 2006 mit knapp neun Prozent etwa die Hälfte der Rechtsextremen insgesamt aus. Interessant ist dabei, dass sich ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr nicht etwa verringert, sondern geringfügig um zwei Prozentpunkte erhöht hat (vgl. Abb. 27). Der Rückgang rechtsextremer Einstellungen geht demnach – jedenfalls bei einer Betrachtung der Veränderungen im Aggregat – ausschließlich auf die rechtsextreme „Peripherie“ zurück, während der innere Kreis der Überzeugten stabil geblieben ist.

32 Als Ergebnis zweier Experten-Workshops in den Jahren 2001 und 2004 sind erstmalig gemeinsame Vorschläge für Skalen zur Messung rechtsextremer Einstellungen gemacht worden. In diesem Rahmen sind auch die Fragen der Potenzialbestimmung und des Schwellenwerts, ab dem ein Befragter als rechtsextrem eingestuft wird, diskutiert worden (vgl. Stöss u.a. 2004: 79-89).

Abb. 27: *Rechtsextreme insgesamt und überzeugte Rechtsextreme im Zeitverlauf (in Prozent)*



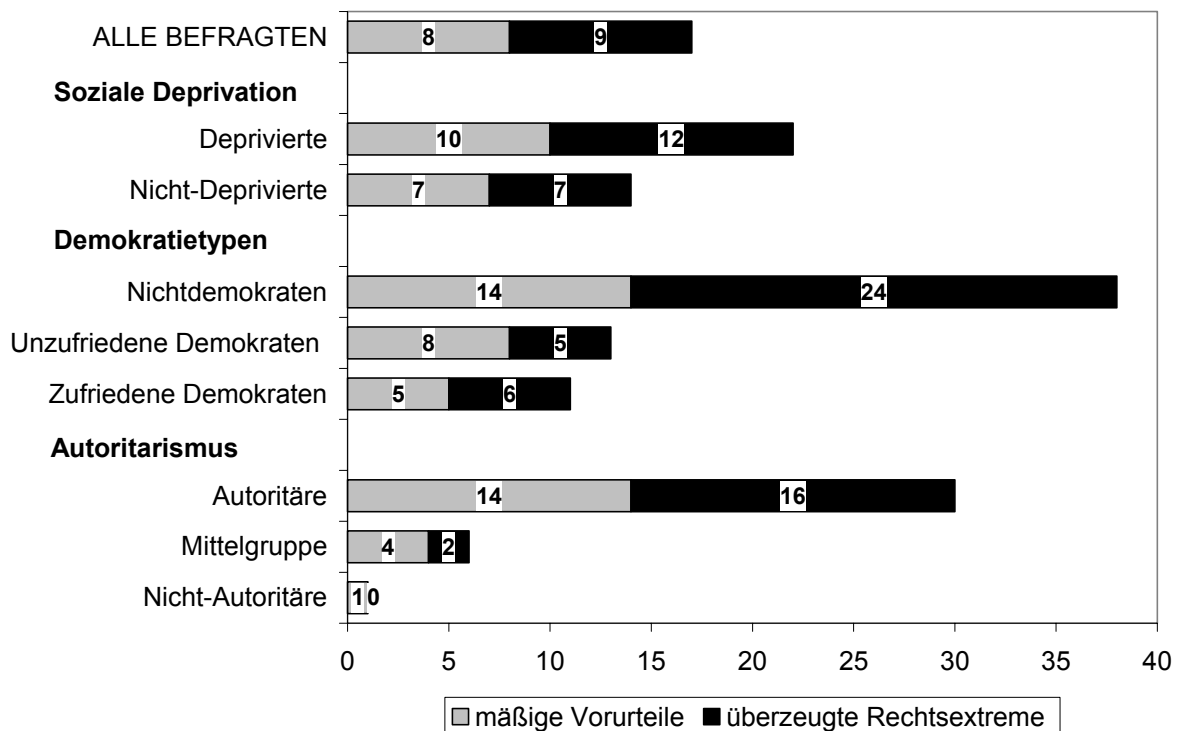
Während sich das Unterstützungsniveau gewandelt hat, zeichnen sich die Schwerpunkte der Verbreitung rechtsextremer Einstellungen durch eine hohe Kontinuität aus. Untersucht man die Verbreitung in einzelnen sozialen Gruppen, so sind es die „üblichen Verdächtigen“, die auf dem Rechtsextremismus-Index hohe Werte aufweisen. Wie in allen Jahren zuvor sind die ältesten Kohorten unter den Rechtsextremen deutlich überrepräsentiert, während die 18- bis 24-Jährigen unterdurchschnittliche Werte erreichen. Besonders anfällig für rechtsextremes Gedankengut zeigen sich die Befragten ohne Abitur. Gleiches gilt für materiell schlechter Gestellte, für Arbeitslose sowie für Befragte, die ihre eigene finanzielle Lage als schlecht oder weniger gut einschätzen. Weiterhin gilt zudem für Thüringen, dass die Frauen unter den Befragten mit rechtsextremen Orientierungen überrepräsentiert sind.

Für alle genannten Gruppen ist im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang rechtsextremer Einstellungen zu konstatieren. Es ist also keineswegs so, dass sich die Abschwächung des Rechtsextremismus in diesem Jahr allein auf bestimmte Teile der Bevölkerung zurückführen ließe. Ein enormer, weit überdurchschnittlicher Rückgang ist allein bei zwei Gruppen zu beobachten, die bislang durch sehr hohe Werte auf dem Rechtsextremismus-Index aufgefallen sind: Unter den Arbeitern hat sich der Anteil rechtsextrem Eingestellter binnen eines Jahres auf 16 Prozent halbiert und bei den Arbeitslosen ist er von 40 auf 22 Prozent zurückgegangen.

Welche Rolle spielen 2006 andere Faktoren, die sich in früheren Jahren als wichtige Determinanten rechtsextremer Orientierungen erwiesen haben? Können sie auch zur Erklärung des Rückgangs derartiger Einstellungen beitragen? Eine Abnahme des Rechtsextremismus könnte beispielsweise darauf zurückzuführen sein, dass einige seiner Bestimmungsfaktoren erheblich an Wirkungskraft eingebüßt haben. Diese Hypothese lässt sich für die gängigen Erklärungsfaktoren nicht bestätigen: Weiterhin sind die sozioökonomische Deprivation, die empfundene Diskriminierung Ostdeutscher, alle Formen der Demokratieunterstützung und der Autorita-

rismus stark mit dem Rechtsextremismus verknüpft. Wie Abbildung 28 illustriert, haben besonders die Bewertung der Demokratie als Staatsidee und der Autoritarismus in der bivariaten Analyse einen massiven Einfluss auf die Akzeptanz rechtsextremer Denkmuster. Vor allem unter den Nichtdemokraten findet sich nicht nur ein hoher Anteil Rechtsextremer; mehr noch: in dieser Gruppe sind die „Überzeugten“ deutlich überrepräsentiert.

Abb. 28: *Rechtsextreme mit mäßigen Vorurteilen und überzeugte Rechtsextreme nach Deprivation, Demokratieunterstützung und Autoritarismus (in Prozent)*



Zu den auf den ersten Blick erstaunlichen Ergebnissen früherer Befragungen im Rahmen des THÜRINGEN-MONITORS gehörte die starke Unterstützung rechtsextremer Orientierungen durch die Befragten mit großer Nähe zur DDR. Im Jahr 2006 hat sich dieser statistische Zusammenhang nochmals verstärkt. Unter den „Freunden der DDR“ finden sich mit 40 Prozent mehr als viermal so viele Rechtsextreme wie unter denjenigen, die in einer gewissen Distanz zum alten Regime stehen. Darüber hinaus weisen auch die Befragten, die die ideologischen Fundamente des untergegangenen Staates unterstützen, eine überdurchschnittliche Nähe zum Rechtsextremismus auf. Derartige Orientierungen gibt fast ein Viertel derjenigen zu erkennen, die den Sozialismus als Staatsidee unterstützen; unter den Befürwortern der Verstaatlichung von Wirtschaftsunternehmen sind es sogar annähernd 30 Prozent.

Allerdings wäre es voreilig, die berichteten Zusammenhänge zwischen DDR-Affinität und rechtsextremen Einstellungen als Ursache-Wirkungs-Beziehung zu deuten. Dies lässt schon die unterschiedliche Selbstpositionierung der entsprechenden Gruppen auf der Links-Rechts-Skala erkennen: Während die Rechtsextremen sich deutlich weiter rechts einstufen als die übrigen Befragten, sind die DDR-Nostalgiker erwartungsgemäß am linken Ende des politischen Spektrums überrepräsentiert. Rechtsextreme und DDR-Nostalgiker sind ideologisch deutlich voneinander entfernt, auch wenn es eine beträchtliche Schnittmenge beider Gruppen

gibt. Was sie eint, sind vor allem zwei Dinge: ein ausgeprägter Autoritarismus und eine deutliche Ablehnung der bestehenden Ordnung, also des politischen und ökonomischen Systems der Bundesrepublik Deutschland.

Zudem bleibt zu prüfen, ob die DDR-Affinität auch dann noch einen deutlichen Einfluss auf den Rechtsextremismus hat, wenn die in Abbildung 28 aufgeführten Bestimmungsfaktoren in die (multivariate) Analyse eingehen. Dies ist wie schon im Vorjahr der Fall: Nach dem Autoritarismus, der ganz entscheidend zur guten Varianzaufklärung beiträgt, weist sie die zweitstärkste Erklärungskraft auf. Erst danach folgen der Bildungsstand, die Diskriminierung durch Westdeutsche und der wahrgenommene Einfluss auf das Regierungshandeln. Somit findet sich einmal mehr der starke Einfluss persönlichkeitsnaher Faktoren auf den Rechtsextremismus bestätigt (Edinger / Hallermann 2001; Winkler 2005).

Ist bislang den Ursachen rechtsextremer Einstellungen nachgespürt worden, gilt es abschließend nach den Wirkungen derartiger Orientierungen auf die politische Partizipation zu fragen. Vereinfacht gesprochen sind hier drei Szenarien vorstellbar: eine verstärkte Hinwendung zu Parteien am rechten Rand des politischen Spektrums, wie sie sich etwa im Wahlverhalten bei den Landtagswahlen in Sachsen 2004 und unlängst in Mecklenburg-Vorpommern niedergeschlagen hat, eine Verweigerung gegenüber der Politik in Gestalt politischer Passivität oder gar Apathie und/oder eine verstärkte Gewaltbereitschaft.

Die Parteineigung der Rechtsextremen in Thüringen unterscheidet sich nicht grundlegend von denen der übrigen Befragten. Auch unter ihnen stellen diejenigen mit einer Neigung zu rechtsextremen Parteien eine *quantité négligeable* (4%) dar.³³ Auffällig ist allein der höhere Anteil derjenigen ohne Parteineigung (59% im Vergleich zu 48%). Schon diese geringere Parteineigung deutet auf eine eher schwache politische Mobilisierung der Befragten mit ethnozentrischen und ausländerfeindlichen Einstellungen hin. Ein Blick auf die Partizipationsbereitschaft und die berichtete politische Beteiligung bestätigt diese Erwartung (vgl. Abb. 29). In der Gruppe der Rechtsextremen hat nur jeder Vierte bereits Erfahrungen mit legalen Formen politischen Engagements gemacht, nur jeder Zehnte ist stark politisch engagiert.³⁴ In der Vergleichsgruppe sind die Werte jeweils doppelt so hoch. Keine Unterschiede zwischen beiden Gruppen bestehen hingegen beim ehrenamtlichen Engagement.

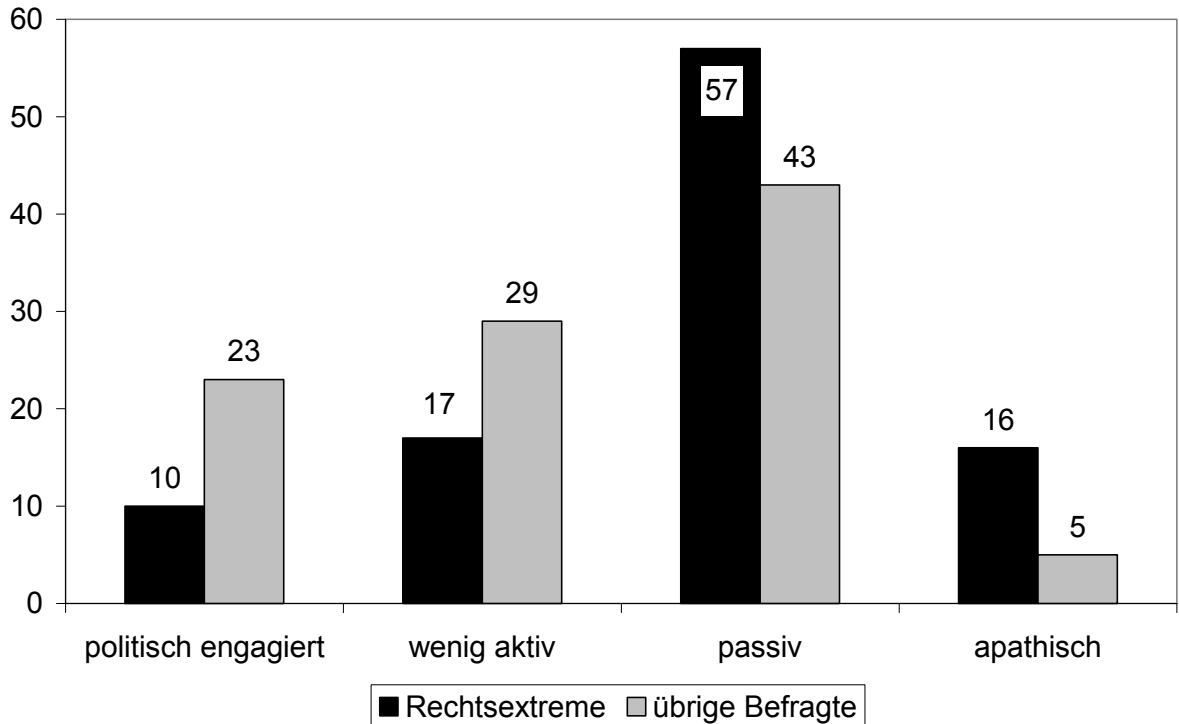
Die Hypothese einer Verweigerung rechtsextrem Gesinnter gegenüber der (demokratischen) Politik und den konventionellen wie unkonventionellen Kanälen der Beteiligung findet sich demnach bestätigt, während eine Hinwendung zu NPD, DVU und REPUBLIKANERN jedenfalls bei der Parteineigung nicht nachzuweisen ist. Wie steht es nun um die Gewaltbereitschaft der Befragten mit rechtsextremen Einstellungen? Wie bereits in den vergangenen Jahren ist sie sehr viel stärker ausgeprägt als in der Vergleichsgruppe. Mit 17 Prozent liegt der Anteil derjenigen, die bereit wären, für die Durchsetzung ihrer (politischen) Ziele auch Gewalt anzuwenden, doppelt so hoch. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass sich in diesem Punkt die

33 Allerdings ist zu beachten, dass manche Befragte mit Rücksicht auf die soziale Erwünschtheit ihre Neigung zu rechtsextremen Parteien verschweigen. Die hier genannten vier Prozent stellen daher vermutlich eine zu konservative Schätzung dar.

34 In Anlehnung an die Ausführungen zur legalen politischen Partizipation in Kapitel IV.1 gelten als stark politisch engagiert diejenigen Befragten, die mindestens zwei der folgenden Beteiligungsformen schon einmal praktiziert haben: sich an einen Politiker wenden; Mitgliedschaft in einer politischen Partei; Mitarbeit in einer Bürgerinitiative; Teilnahme an einer genehmigten Demonstration. Wenig politisch aktiv sind Befragte mit Erfahrungen bei einer dieser Partizipationsformen, passiv diejenigen ohne eigene Erfahrungen, die sich aber für die Zukunft ein politisches Engagement vorstellen können. Apathische hingegen sind grundsätzlich nicht bereit, sich legal politisch zu betätigen.

Befragten mit noch mäßig ausgeprägten rechtsextremen Orientierungen deutlich von den überzeugten Rechtsextremen unterscheiden. Die politische Gewaltbereitschaft steigt, je verfestigter die entsprechenden Einstellungen sind.

Abb. 29: *Politische Partizipation von Befragten mit und ohne rechtsextreme Einstellungen*
(in Prozent)



Wie aber ist mit Extremisten, an welchem Ende des politischen Spektrums auch immer, umzugehen? Sollte dabei eher auf Polizei und Strafrecht gesetzt werden, oder versprechen eine verstärkte Sozialarbeit und Aufklärungskampagnen Erfolg? Gut die Hälfte der Thüringer setzt beim Umgang mit dem politischen Extremismus eher auf die Sozialarbeit, während sich jeder Dritte eher von strafrechtlichen und polizeilichen Maßnahmen Wirkung verspricht; die übrigen Befragten halten beides für gleichermaßen wichtig. Eine Präferenz für ein Vorgehen mit den Instrumenten des Rechtsstaats äußern vor allem die mittleren und ältesten Altersgruppen sowie Befragte mit einem niedrigen Bildungsstand. Dies mag auch erklären, weshalb Befragte mit rechtsextremen Einstellungen überproportional häufig auf polizeiliches Handeln setzen – mutmaßlich vorrangig gegenüber Linksextremisten. Generell steigt die Präferenz für den Einsatz von Strafrecht und Polizei, je weiter rechts sich die Befragten auf der Links-Rechts-Skala einordnen.

V. Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen und Einstellungen zur Demokratie

Die Untersuchung der Wahrnehmungen und Positionen zu gesellschaftlichen Herausforderungen hat als Hauptergebnis eine starke Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit erbracht: Die Bürger empfinden den Problemdruck als sehr groß, die Fähigkeit und Kompetenz des Staates zur Lösung der Probleme aber als gering. Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Positionen zu gesellschaftlichen Herausforderungen? Wird hier der Politikverdrossenheit der Boden bereitet? Führt diese Diskrepanz zu Zweifeln an der demokratischen Ordnung? Wenn ja, ist davon die demokratische Performanz, also die Praxis betroffen, oder gar die demokratische Verfassungsordnung oder die Demokratie als Staatsidee? Bei solchen grundlegenden Zweifeln am demokratischen System läge eine Orientierung hin zu Systemalternativen auf der rechten oder linken Seite des politischen Spektrums nahe.

Die Vermutungen über die politischen Folgen des Auseinanderklaffens der wahrgenommenen Leistungsfähigkeit des Staates und Größe der Probleme laufen in einer generellen Hypothese zusammen:

Je stärker die gesellschaftlichen Herausforderungen als Probleme angesehen werden und/oder je größer die eigene Betroffenheit davon ist und/oder je geringer die Problemlösungskompetenz des Staates angesehen wird, desto größer ist die Unzufriedenheit mit dem demokratischen System und/oder desto attraktiver sind die Systemalternativen auf der linken bzw. rechten Seite des politischen Spektrums.

Zur Überprüfung dieser Hypothese genügt es somit nicht, die Kompetenzzuschreibung an den Staat für sich genommen zu betrachten. Die wahrgenommene Problemlösungskompetenz des Staates muss vielmehr zur jeweiligen persönlichen Betroffenheit des Einzelnen in Bezug gesetzt werden. Auf der einen Seite stehen somit diejenigen, die sich stark von Problemen betroffen fühlen, aber nur eine geringe Kompetenz des Staates sehen. Gemessen an der Betroffenheit sind hier Defizite der Staatskompetenz zu konstatieren. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, bei denen die Leistungsfähigkeit des Staates dem Maß der Betroffenheit durch gesellschaftliche Herausforderungen gerecht wird. Mit Hilfe des Merkmals „relative Kompetenz des Staates“³⁵ mit den Polen „defizitäre“ und „angemessene Kompetenz“ wird im Folgenden der Frage nach den Auswirkungen der wahrgenommenen Problemlösungskompetenz auf die Einstellungen zur Demokratie nachgegangen.

Wie hängen die Wahrnehmungen gesellschaftlicher Herausforderungen – Probleme, Betroffenheit, Leistungsfähigkeit und relative Kompetenz des Staates – mit der Unterstützung des demokratischen Systems zusammen? Unterscheidet sich der Einfluss dieser Wahrnehmungen je nachdem, ob die demokratische Performanz, die Verfassungsordnung oder die Staatsidee bewertet werden? Und trägt eine bestimmte Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforde-

35 Die Skala „relative Kompetenz“ wird gebildet, indem die Skalen der eigenen Betroffenheit und der Leistungsfähigkeit des Staates über alle gesellschaftlichen Herausforderungen hinweg für jeden Befragten ins Verhältnis gesetzt werden.

rungen gegebenenfalls auch dazu bei, politische Systemalternativen wie den Rechtsextremismus oder eine sozialistische Alternative³⁶ attraktiver zu finden?

Wie Tabelle 11 deutlich zeigt, sind die Zusammenhänge stark und meist statistisch signifikant.³⁷ Größere Betroffenheit und größerer Problemdruck haben negative Auswirkungen auf die Beurteilung der Demokratie auf verschiedenen Ebenen: Je größer beides ist, desto negativer wird die Demokratie bewertet. Die beiden Systemalternativen erscheinen jedoch in vergleichsweise positivem Licht. Die sozialistische Alternative und auch rechtsextreme Einstellungen werden umso stärker befürwortet, je größer Problemdruck und Betroffenheit sind. Dabei hat die eigene Betroffenheit größere Auswirkungen auf alle politischen Einstellungen als die Wahrnehmung der Probleme.

Tab. 11: *Zusammenhang der Wahrnehmung gesellschaftlicher Herausforderungen mit Einstellungen zur Demokratie und zu Systemalternativen (Korrelationskoeffizienten)*

	Unterstützung des demokratischen Systems			Unterstützung von Systemalternativen	
	Demokratie in der Praxis	Demokr. Verfassungsordnung	Demokratie als Staatsidee	Sozialistische Alternative	Rechtsextremismus
Betroffenheit	-,28(**)	-,24(**)	-,24(**)	,21(**)	,24(**)
Probleme	-,23(**)	-,16(**)	-,08(*)	,17(**)	,18(**)
Leistungsfähigkeit des Staates	,23(**)	,21(**)	,18(**)	-,02(ns)	-,12(**)
Relative Kompetenz des Staates	,32(**)	,30(**)	,29(**)	-,16(**)	-,24(**)

Signifikanzniveau: * p<0.05 **p< 0.01

Bei der Beurteilung der Leistungsfähigkeit des Staates und insbesondere bei der Betrachtung der relativen Kompetenz zeigt sich ein deutlicher positiver Effekt auf die Demokratiebewertung: Erscheint der Staat den Befragten als leistungsfähig und den anstehenden Problemen

36 Eine Kombination aus vier Fragen. Frageformulierungen: Zustimmung bzw. Ablehnung zu folgenden Statements: 1. Die wichtigsten Wirtschaftsunternehmen müssen verstaatlicht werden. 2. Die DDR hatte mehr gute als schlechte Seiten. 3. Wir sollten zur sozialistischen Ordnung zurückkehren. 4. Was würden Sie, im Vergleich zu anderen Staatsideen, zum Sozialismus sagen? Stimmen Sie der Aussage „Der Sozialismus ist die beste aller Staatsideen“ voll und ganz zu, überwiegend zu, lehnen sie die Aussage überwiegend ab oder lehnen Sie sie völlig ab?

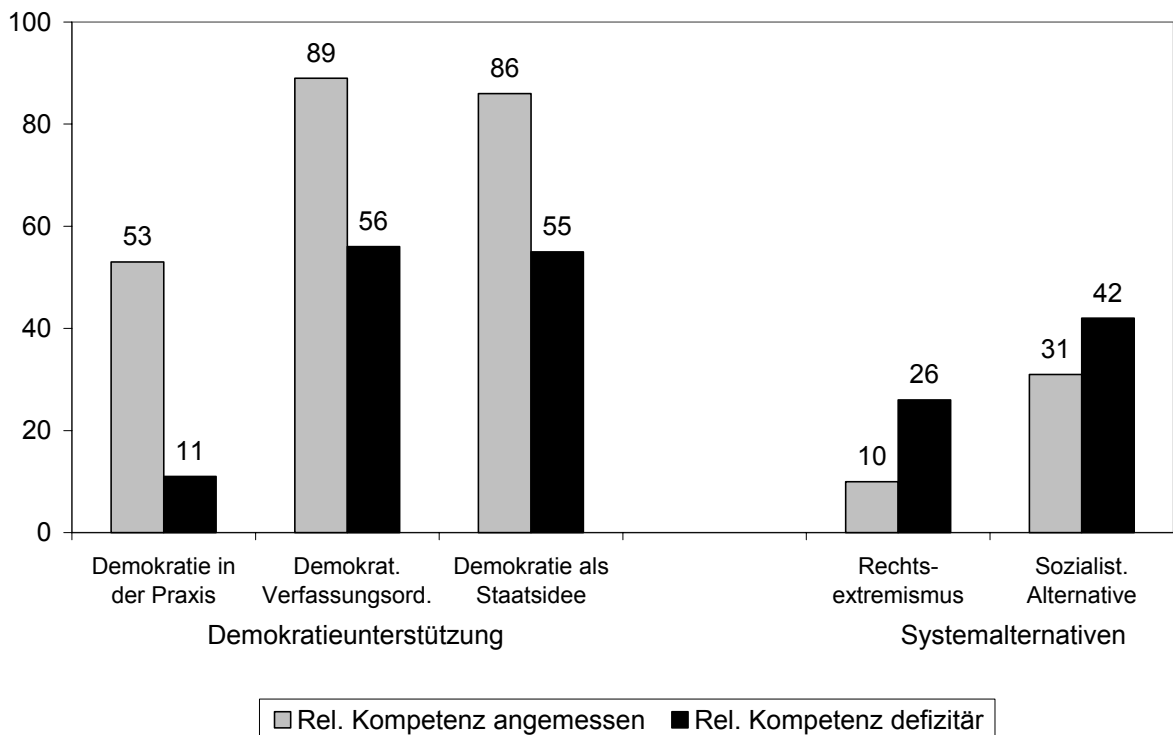
37 Angegeben ist hier das Zusammenhangsmaß Pearson's r. Es kann Werte zwischen -1 und +1 annehmen, wobei -1 einen perfekten negativen, +1 einen perfekten positiven Zusammenhang zweier Variablen bedeutet; 0 bedeutet, dass es keinen Zusammenhang gibt. In den Sozialwissenschaften können bei Umfragedaten Werte zwischen 0,20 und 0,30 schon als größere Zusammenhänge bewertet werden.

gewachsen, so wird seine politische Ordnung besser bewertet; rechtsextreme Einstellungen werden in diesem Fall seltener geäußert. Mit der Bewertung der sozialistischen Alternative hat die Leistungsfähigkeit des Staates weniger zu tun. Eine größere Kompetenz relativ zur eigenen Betroffenheit von Problemen lässt eine sozialistische Alternative aber weniger attraktiv erscheinen.

Am Beispiel der relativen Kompetenz kann der Zusammenhang mit den politischen Einstellungen demonstriert werden (vgl. Abb. 30). Vergleicht man die Kontrastgruppen derjenigen, die die Staatskompetenz für angemessen bzw. für defizitär halten, so unterscheiden sich diese deutlich im Ausmaß ihrer Unterstützung für die Demokratie auf den verschiedenen Ebenen. Wenn die relative Kompetenz für angemessen gehalten wird, so werden die demokratische Praxis, die demokratische Verfassungsordnung und die Demokratie als Staatsidee deutlich besser bewertet, als wenn die relative Kompetenz für defizitär gehalten wird.

Ebenso ist ein klarer Unterschied bei der Unterstützung von Systemalternativen am linken und rechten Rand des politischen Spektrums zu erkennen, nur jetzt mit umgekehrtem Vorzeichen: Je eher die relative Kompetenz als defizitär angesehen wird, desto stärker zeigt sich eine Affinität zu rechtsextremen Orientierungen. Die Neigung zu einer sozialistischen Alternative wird beim Eindruck eines Defizits in der relativen Kompetenz des Staates ebenfalls verstärkt. Allerdings hat hier die in der Abbildung 30 nicht ausgewiesene Mittelgruppe die geringste Neigung zum Sozialismus.

Abb. 30: *Unterstützung der Demokratie und Attraktivität von Systemalternativen nach relativer Kompetenz – Vergleich der Kontrastgruppen (in Prozent)*



Auf diese Weise ließe sich das gesamte Gefüge der Beziehungen von Wahrnehmungen gesellschaftlicher Herausforderungen und politischer Einstellungen aus Tabelle 10 darstellen. Aber tatsächlich soll hier nicht der bivariate Fall, also die Zusammenhänge zwischen jeweils

zwei Variablen untersucht werden. Interessanter ist die Frage, ob denn diese Wahrnehmungen insgesamt in der Lage sind, die Unterstützung des politischen Systems oder seiner Alternativen zu erklären: Geht ein Mehr oder Weniger an Systemunterstützung letztlich auf diese Wahrnehmungen zurück, oder spielen andere Gründe eine wichtigere Rolle?

Die Wahrnehmungen gesellschaftlicher Herausforderungen sind insgesamt nur bedingt in der Lage, die Varianz der politischen Einstellungen aufzuklären: Die Unterschiede der Antworten aller Befragten erklären etwa 13 Prozent der Unterschiede bei der Frage nach der Demokratie in der Praxis. Diese Streuung der Antworten wird bei den übrigen politischen Einstellungen in etwas geringerem Umfang erklärt. Folgt daraus, dass die Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Herausforderungen keine Rolle bei der Unterstützung des einen oder anderen politischen Systems spielen, dass diese Unterstützung also durch andere Variablen erklärt werden muss? Um dies zu überprüfen, sind diejenigen Erklärungsmuster für die Unterstützung des demokratischen politischen Systems oder seiner Alternativen heranzuziehen, die in Kapitel IV ausführlich dargelegt wurden: Die sozialstrukturelle Verankerung sowie die Persönlichkeit und Wertorientierung der Befragten, sozioökonomische Faktoren und das Gerechtigkeitsempfinden sowie das persönliche Verhältnis zur Politik.

Welche Rolle spielen die Wahrnehmung der gesellschaftlichen Herausforderungen als Probleme und die Einschätzung der relativen Kompetenz des Staates in diesem Ensemble? Die Problemwahrnehmung trägt offenbar kaum etwas zur Erklärung der Systemunterstützung bei, das heißt, dass, es für die Unterstützung der Demokratie nicht relevant ist, ob die Gesellschaft vor großen oder geringen Problemen steht. Entscheidend ist vielmehr, dass die Befragten den Eindruck haben, der Staat könne die Probleme lösen. Haben sie diesen Eindruck bei den Problemen, die sie selbst betreffen, dann unterstützen sie auch das demokratische System. Die Wahrnehmung der relativen Kompetenz des Staates liegt im Vergleich etwa im Mittelfeld der übrigen Erklärungsfaktoren: Teile der Systemunterstützung lassen sich durch die Positionen der Befragten bei diesen Fragen erklären (vgl. Tab. 11). Bei der Unterstützung der demokratischen Praxis hat die relative Kompetenz immerhin die zweitstärkste Erklärungskraft unter allen Variablen.

Problemwahrnehmung und relative Kompetenz des Staates können auch helfen, die Neigung der Befragten zu Systemalternativen zu erklären. Allerdings steht hier weniger die Kompetenz, als vielmehr die Problemwahrnehmung im Vordergrund: Je stärker die gesellschaftlichen Herausforderungen als problematisch angesehen werden, desto stärker ist auch die Neigung zu alternativen politischen Systemen.

Im Prinzip zeigt sich zunächst dasselbe Bild wie bei der Erklärung der Systemunterstützung in Kapitel IV: Bei der Unterstützung des demokratischen Systems auf den drei Ebenen ist vor allem die Einschätzung der Gesellschaft als gerecht bedeutsam, die empfundene Benachteiligung, die Wertorientierung und auch das eigene Verhältnis zur Politik spielen eine Rolle (vgl. Tab. 12). Bei den Systemalternativen sind vor allem die Wertorientierungen, teils auch die Bildung, Benachteiligung und das Verhältnis zur Politik bestimmend. Der Rechtsextremismus kann am besten mit den verwendeten Ansätzen erklärt werden, die Unterstützung der demokratischen Verfassungsordnung am schlechtesten.

Tab. 12: *Erklärungsmodell der Einstellungen zur Demokratie und zu Systemalternativen*
(Betakoeffizienten³⁸ der multiplen Regressionsanalyse)

	Unterstützung des demokratischen Systems			Unterstützung von Systemalternativen	
	Demokratie in der Praxis	Demokr. Verfassungsordnung	Demokratie als Staatsidee	Sozialistische Alternative	Rechts-extremismus
Sozialstruktur					
Bildung	-.01(ns)	.04(ns)	.10(**)	-.07(ns)	-.19(**)
Alter	.05(ns)	.13(**)	.10(**)	.03(ns)	-.03(ns)
Geschlecht	.04(ns)	-.04(ns)	-.04(ns)	.08(*)	.01(ns)
Verhältnis zur Politik					
Pol. Eigenkompetenz	.06(ns)	.14(**)	.12(**)	-.08(*)	-.09(**)
Pol. Einflusschancen	-.05(ns)	.01(ns)	.05(ns)	.03(ns)	.10(**)
Sozioökonomische Faktoren u. Gerechtigkeitsempfinden					
Allg. wirtschaftl. Lage	.14(**)	.10(**)	.03(ns)	-.09(*)	.01(ns)
Deprivation	-.10(**)	-.09(*)	-.20(**)	.11(**)	.07(*)
Ostdt. Menschen 2. Klasse	-.06(ns)	-.02(ns)	.00(ns)	.16(**)	.14(**)
Gerechte Gesellschaft	.26(**)	.21(**)	.20(**)	-.05(ns)	.02(ns)
Persönlichkeit und Werte					
Freiheit statt Gleichheit /Sicherheit	-.13(**)	-.04(ns)	-.03(ns)	.16(**)	-.01(ns)
Autoritarismus	-.06(ns)	-.13(**)	-.18(**)	.10(**)	.49(**)
Herausforderungen					
Relative Kompetenz	.17(**)	.11(**)	.12(**)	-.02(ns)	-.06(*)
Probleme	-.03(ns)	-.04(ns)	-.06(ns)	.08(*)	.06(*)
Varianzaufklärung in %	32,4	25,9	29,0	25,1	53,9

Signifikanzniveau: * p<0.05 **p< 0.01

Was bedeutet dieser Befund für die Wichtigkeit der Einschätzung gesellschaftlicher Herausforderungen für die Unterstützung des demokratischen politischen Systems bzw. seiner Alter-

38 Die Betakoeffizienten geben Aufschluss über die Erklärungskraft jedes einzelnen Faktors im Vergleich zu allen anderen.

nativen? Diese Einschätzungen sind zwar nicht herausragend wichtig, tragen aber doch deutlich zur Unterstützung des demokratischen Systems bei: Je mehr die Befragten von der relativen Kompetenz des Staates überzeugt sind und je weniger sie die gesellschaftlichen Herausforderungen als problematisch ansehen, umso stärker unterstützen sie das demokratische System, und zwar auf alle Ebenen.

Das Erklärungspotential der einzelnen Faktorenbündel erschließt sich besser, wenn man die minimale Erklärungskraft miteinander vergleicht. Das ist die Erklärungskraft, die ausschließlich den Fragen eines Faktorenbündels zugeschrieben werden kann.³⁹ Im direkten Vergleich zeigt sich die herausragende Stellung der sozioökonomischen Fragen und der Wahrnehmung der Gerechtigkeit in der Gesellschaft (vgl. Tab. 13). Für die hier besonders interessierenden gesellschaftlichen Herausforderungen ergibt sich, dass sie ähnlich viel Erklärungspotential besitzen, wie die persönlichen Merkmale Alter, Bildung und Geschlecht.

Tab. 13: *Minimales Erklärungspotential verschiedener Faktorenbündel für die Systemunterstützung*
(Betakoeffizienten der multiplen Regressionsanalyse)

	Unterstützung des demokratischen Systems			Unterstützung von Systemalternativen	
	Demokratie in der Praxis	Demokr. Verfassungsordnung	Demokratie als Staatsidee	Sozialistische Alternative	Rechts-extremismus
Alter Bildung Geschlecht	0,8	1,8	1,4	0,9	2,7
Verhältnis zur Politik	0,3	1,5	1,7	1,9	1,5
Sozioökonomie und Gerechtigkeit	11,1	7,2	6,8	5,2	2,9
Wertorientierung	2,5	1,5	3,7	4,0	18,6
Probleme Relative Kompetenz	1,5	0,9	2,4	0,0	1,9

Somit kann festgehalten werden, dass die Wahrnehmungen der gesellschaftlichen Herausforderungen insgesamt einen eigenständigen und signifikanten Beitrag zur Unterstützung des politischen Systems leisten. Sie haben einen ähnlichen Einfluss darauf, wie die Demokratie auf den drei verschiedenen Ebenen bewertet wird, wie die persönlichen Eigenschaften, die Wertorientierungen oder das Verhältnis der Einzelnen zur Politik. Die Bewertung des demokratischen politischen Systems hängt aber deutlich mehr als von diesen Faktoren davon ab,

39 Technisch gesprochen werden diese Variablen zuletzt in die Regression eingeführt, um feststellen zu können, welches zusätzliche Potential sie noch haben, wenn bereits alle anderen Variablen eingeführt sind.

wie die Befragten die wirtschaftliche Lage einschätzen und ob sie die Gesellschaft für gerecht halten. Wenn sie die wirtschaftliche Entwicklung gut beurteilen und die Gesellschaft für gerecht halten, dann unterstützen sie auch das politische System. Bei der Bewertung der Systemalternativen links und rechts auf dem politischen Spektrum sind die Einstellungen zu gesellschaftlichen Herausforderungen, die persönlichen Eigenschaften und das eigene Verhältnis zur Politik weniger wichtig. Entscheidend in diesem Bereich sind die Wertorientierungen, namentlich der Autoritarismus, und die Einstellungen zu Wirtschaft und Gesellschaft.

VI. Fazit

Der freiheitliche Staat lebt von Voraussetzungen, die er selbst nicht garantieren kann. So sehr diese Feststellung Ernst-Wolfgang Böckenfördes zutrifft, so gilt doch zugleich, dass der Staat nur dann die Unterstützung seiner Bürger findet, wenn diese auf seine Problemlösungskompetenz vertrauen.

Was sind die Probleme, die die Thüringer am meisten bedrängen? Es überrascht nicht, dass die Arbeitslosigkeit unter sieben Problembereichen an erster Stelle genannt wird. Die im Zeichen von Pisa viel kritisierte Qualität der Schule wird in Thüringen hingegen als das am wenigsten drängende Problem empfunden. Eine deutlich größere Rolle im Problemhaushalt der Thüringer spielen Fragen, die mit der demografischen Entwicklung, insbesondere dem Geburtenrückgang und der Überalterung zu tun haben (so schon TM 2004: A 37): Abwanderung, Sicherheit der Rente, Kosten des Gesundheitswesens, Kindermangel, Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Problembewusstsein und Problembetroffenheit sind freilich zweierlei Dinge. Fragt man die Thüringer nämlich direkt danach, wie sehr sie selbst oder ihr familiäres Umfeld von den genannten Herausforderungen betroffen sind, so zeigt sich eine deutlich andere Rangfolge. Die Arbeitslosigkeit rückt von der ersten an die letzte Stelle: Nur knapp die Hälfte fühlt sich von ihr betroffen. Dagegen tritt die Sorge um die sozialen Folgen der demografischen Entwicklung, Gesundheitskosten und Sicherheit der Rente, an die Spitze der Problemhierarchie, gefolgt von den Themen Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie Abwanderung. Auch hinsichtlich der Betroffenheit rangiert das landespolitisch relevante Thema Schulqualität weit hinten.

Problembewusstsein und Problembetroffenheit unterscheiden sich aber nicht nur durch den deutlich abweichenden Stellenwert der Themen sondern auch durch deren Dringlichkeit. Sämtliche Probleme werden als sehr gewichtig empfunden; dagegen fühlen sich die Thüringer je nach Problembereich in unterschiedlichem Maß betroffen. So ist die Arbeitslosigkeit für 85 Prozent ein äußerst wichtiges Problem, von ihr stark betroffen fühlen sich aber nur 27 Prozent, weitere 22 Prozent fühlen sich etwas betroffen. Die Wahrnehmung von Problemen beruht demnach nur zum Teil auf persönlicher und familiärer Betroffenheit. Sie ist auch Produkt medialer Einflüsse – im Hinblick auf politische Gestaltungsspielräume ein bedeutender Unterschied.

Ganz gleich wie das Problembewusstsein zustande gekommen ist, entscheidend ist, dass es den Staat unter erheblichen Handlungsdruck setzt. Denn die Thüringer erwarten die Lösung ihrer Probleme in erster Linie vom Staat (TM 2004: A 32-A38). Umso wichtiger ist die Frage, wie die Bürger die Leistungsfähigkeit des Staates einschätzen. Hier tut sich eine Lücke auf: Insgesamt bleibt die Handlungskompetenz hinter den Erwartungen zurück. So erachtet nahezu die Hälfte der Thüringer den Staat als unfähig, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, ein Drittel sieht ihn nicht in der Lage, die demografischen Probleme und ihre Folgen zu bewältigen, und selbst im günstigsten Fall, bei der Schule, hält ihn ein Fünftel für nicht imstande, ihre Qualität zu gewährleisten. Folgt aus diesen enttäuschten Erwartungen, dass das Verhältnis der Thüringer zu Politik und Demokratie nachhaltig gestört ist?

Die Befunde auch des diesjährigen THÜRINGEN-MONITORS legen ein differenziertes Bild nahe. Das Vertrauen der Bürger in die staatlichen Institutionen weist insofern eine große

Kontinuität auf, als nach wie vor deutliche Unterschiede zwischen politiknahen und politikfernen Institutionen bestehen. Während das Vertrauen in Polizei, Gerichtsbarkeit und Schulen hoch und auch 2006 weiter angestiegen ist, hält die Skepsis gegenüber Parlament und Regierung in Bund und Freistaat an. Seit Beginn der Erhebungen des THÜRINGEN-MONITORS ist diese Kluft dadurch um ein Vielfaches breiter geworden, dass bei Stagnation der politiknahen Einrichtungen die politikfernen kontinuierlich an Vertrauen gewonnen haben.

Die Skepsis gilt vor allem den politischen Parteien. Für 80 Prozent der Thüringer sind die Parteien nur an den Stimmen der Wähler, nicht aber an deren Meinungen interessiert. Diese abstrakte Bewertung der Parteien im Allgemeinen kontrastiert freilich mit einer weit positiveren Beurteilung einzelner Parteien: Knapp die Hälfte der Thüringer fühlt sich nämlich mit einer politischen Partei verbunden. Insgesamt konstant ist die politische Beteiligung in Parteien und Bürgerinitiativen oder etwa bei Demonstrationen; insoweit findet das Sinken der Wahlbeteiligung keine Entsprechung. Ehrenamtliches Engagement ist nach wie vor weit verbreitet – auch unter Bürgern, die sich politisch nicht betätigen.

Ebenso stabil ist die Unterstützung der Demokratie. Vier von fünf Thüringern bejahen die Demokratie als Staatsidee, fast gleich viele bewerten die demokratische Verfassungsordnung positiv. Die Zufriedenheit mit der Demokratie, so wie sie in der Praxis funktioniert, bewegt sich hingegen auf deutlich niedrigerem Niveau, ist aber 2006 im Vergleich zum Vorjahr um immerhin drei Prozentpunkte auf 41 Prozent angestiegen.

Insgesamt ist somit für 2006 eine leichte Konsolidierung der Verankerung der Demokratie in Thüringen festzustellen, eine Entwicklung, die allerdings durch verbesserte wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die allgemeine Stimmungsaufhellung während der Fußballweltmeisterschaft begünstigt wurde. In dieses Bild fügt sich die – trotz anhaltender Abwanderungsbereitschaft – nach wie vor große Verbundenheit der Thüringer mit ihrem Freistaat. Daran ändert auch nichts, dass 40 Prozent der Thüringer, vor allem in den grenznahen Kreisen, in einem Zusammenschluss mit Sachsen-Anhalt und Sachsen mehr Vorteile als Nachteile sehen.

Dennoch sind Gefährdungen der demokratischen Ordnung in Thüringen weiterhin unübersehbar. Vor allem der Rechtsextremismus gibt weiterhin Anlass zur Sorge. Immerhin ist der Anteil rechtsextrem eingestellter Personen von 22 auf 17 Prozent gefallen, und damit auf den niedrigsten Wert seit 2001. Rückläufig ist die Verbreitung von Ausländerfeindlichkeit, Sozialdarwinismus, Chauvinismus und Antisemitismus. So erfreulich dieser in so gut wie allen Bevölkerungsgruppen zu verzeichnende Rückgang des Rechtsextremismus ist, so sehr verbietet sich ein Nachlassen der Aufmerksamkeit schon allein der problematischen Auswirkungen wegen: Realitätsverweigerung und Gewaltbereitschaft.

Eine weitere Belastung für die Konsolidierung der Demokratie in Thüringen stellt die „retrospektive Verklärung der DDR“ dar, die immer wieder konstatiert und im vergangenen Jahr eingehender analysiert wurde (TM 2005). Mehr als die Hälfte der Befragten sehen auch 2006 mehr gute als schlechte Seiten an der DDR, nur die Hälfte stuft sie als Unrechtsstaat ein, ein Drittel sieht den Sozialismus als beste Staatsidee und ein Viertel wünscht die „Rückkehr zur sozialistischen Ordnung“. Es passt in dieses Bild, dass drei von vier Thüringern ein Ende der Beschäftigung mit dem Thema Staatssicherheitsdienst begrüßen würden und 40 Prozent eine besondere Rente für Stasi-Opfer ablehnen.

Bemerkenswert ist, dass diese Auffassungen von Alten und Jungen gleichermaßen vertreten werden. Das positive DDR-Bild der jungen Generation lässt sich mangels eigener Erfahrungsmöglichkeiten nur durch Fremdvermittlung erklären. In der Tat geben die Befragten unter 30 Jahren an, dass ihr Urteil über die DDR vor allem durch überwiegend positive DDR-

Bilder nicht allein im Elternhaus sondern auch in der Schule bestimmt sei. Somit spricht vieles dafür, dass die „DDR-Nostalgie“ nicht mit der durch eigene DDR-Erfahrung geprägten Generation ausstirbt.

Das darf im Blick auf die Festigung der Demokratie deshalb nicht gleichgültig lassen, weil „DDR-Nostalgie“ mehr ist als eine beliebige Verklärung der Vergangenheit. Mit ihr werden politische Grundorientierungen tradiert und kultiviert, die großenteils einem demokratischen Verfassungsstaat nicht angemessen sind. Sie sind dann problematisch, wenn es sich um Bestandteile der politischen Kultur des deutschen Obrigkeitsstaates handelt: Untertanengeist statt Bürgersinn, Orientierung an staatlichen Leistungen statt Interesse an politischer Beteiligung, Erwartung staatlicher Fürsorge statt Eigenverantwortung, Harmoniestreben statt Konfliktbereitschaft.

In solchen obrigkeitsstaatlichen Denk- und Verhaltensmustern, deren Genese weit in die deutsche Geschichte zurückreicht (die DDR-Variante ist hier nur eine von vielen), liegt die eigentliche Gefährdung der Demokratie. Sie treten uns in den Einzelbefunden des THÜRINGEN-MONITORS in vielerlei Gestalt entgegen. Ein Beispiel ist die große Kluft im Vertrauen zwischen politiknahen und politikfernen Institutionen. Parteien, Parlamenten und Regierungen, also denjenigen Institutionen, die in einer Demokratie für Konfliktaustragung und politische Willensbildung verantwortlich sind, fällt es offensichtlich schwerer, das Vertrauen der Bürger zu erwerben, als Polizei, Justiz und Schule, somit denjenigen, die unabhängig vom Charakter des politischen Systems bestimmte, für das Alltagsleben der Bürger relevante Leistungen erbringen.

Der Glaube an staatliche Allmacht bei der Lösung der Probleme kann ebenfalls als ein Kennzeichen obrigkeitsstaatlichen Denkens gelten. Im Anlegen derart überspannter Maßstäbe liegt die Erklärung dafür, dass dem Staat in so gut wie allen Bereichen Versagen attestiert, ihm nur geringe Problemlösungskompetenz zugeschrieben wird.

Die Konsolidierung der Demokratie in Thüringen setzt die Überwindung noch vorhandener Elemente obrigkeitsstaatlicher Denk- und Verhaltensmuster voraus. Dies kann auf Dauer durch Anstrengungen politischer Bildung zur Aufklärung über Funktionsmechanismen demokratischer Institutionen allein nicht gelingen. Es bedarf darüber hinaus der alltäglichen Einübung von Konfliktaustragung und Konsensbildung in möglichst breiten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Handlungsfeldern. Im Übrigen ist gerade Demokratie auf realistische Erwartungen an den Staat angewiesen. Wird der Staat überfordert, entstehen zwangsläufig Problemüberdruck und Frustration – auch zu Lasten berechtigter Erwartungen. Denn Demokratie beruht nicht allein auf „Legitimation durch Verfahren“, sie braucht auch den Erfolg.

Literatur

- Almond, Gabriel A. / Verba, Sidney (1963): *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton.
- Backhaus, Klaus u.a. (1996): *Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung*, Berlin etc., 8. Aufl.
- Birg, Herwig (2005): *Die ausgefallene Generation. Was die Demographie über unsere Zukunft sagt*, München.
- Demographiebericht Thüringen (2006) (als Download abrufbar unter: www.thueringen.de/imperia/md/content/tmbv/aktuelles/demographiebericht_v4.pdf).
- Dicke, Klaus (2000): Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates, in: Edward Keynes (Hrsg.): *Willensbildungsprozesse und Demokratie. Werner Kaltefleiter zum Gedenken*, Frankfurt etc., S. 11-25.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2001): Rechtsextremismus in Ostdeutschland. Struktur und Ursachen rechtsextremer Einstellungen am Beispiel Thüringens, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 32, S. 588-612.
- Edinger, Michael / Hallermann, Andreas (2004): Politische Kultur in Ostdeutschland. Die Unterstützung des politischen Systems am Beispiel Thüringens, Frankfurt a.M. etc.
- Falter, Jürgen / Gabriel, Oscar W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) (2000): *Wirklich ein Volk? Die politischen Orientierungen von Ost- und Westdeutschen im Vergleich*, Opladen.
- Fraenkel, Ernst (1964): Historische Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus, in: *ders.: Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart, S. 13-31.
- Frevel, Bernhard (Hrsg.) (2004): *Herausforderung demografischer Wandel*, Wiesbaden.
- Fritze, Lothar (1995): Irritationen im deutsch-deutschen Vereinigungsprozeß, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 27, S. 3-9.
- Fuchs, Dieter (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel (Hrsg.): *Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland*, Opladen, S. 81-113.
- Fuchs, Dieter (2002): Das Konzept der politischen Kultur: Die Fortsetzung einer Kontroverse in konstruktiver Absicht, in: *ders. / Edeltraud Roller / Bernhard Weßels (Hrsg.): Bürger und Demokratie. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess*, Wiesbaden, S. 27-49.
- Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2006): Demokratie und Sozialstaat, in: *Statistisches Bundesamt (Hrsg.): Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, S. 644-653.
- Gabriel, Oscar (2006): Das Ende der Zuschauerdemokratie?, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.): *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München, S. 107-127.
- Gabriel, Oscar W. / Falter, Jürgen W. / Rattinger, Hans (Hrsg.) (2005): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden.

- Gabriel, Oscar W. / Zmerli, Sonja (2006): Politisches Vertrauen: Deutschland in Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30-31, S. 8-15.
- Heitmeyer, Wilhelm (1992): *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*, Weinheim / München.
- Institut für Demoskopie Allensbach (2004): *Der Wert der Freiheit. Ergebnisse einer Grundlagenstudie zum Freiheitsverständnis der Deutschen*.
- Jacobs, Jörg (2004): *Tücken der Demokratie. Antisystemeinstellungen und ihre Determinanten in sieben post-kommunistischen Transformationsländern*, Wiesbaden.
- Keil, Silke (2005): *Parteiidentifikation als des ‚Pudels Kern‘? Zum Einfluss unterschiedlicher Formen der Parteineigung auf die Einstellungen der Bürger zu den politischen Parteien*, in: Oscar W. Gabriel / Jürgen W. Falter / Hans Rattinger (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 91-127.
- Koch, Achim / Wasmer, Martina / Schmidt, Peter (Hrsg.) (2001): *Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen*, Opladen.
- Kollmorgen, Raj (2005): *Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft*, Wiesbaden.
- Lane, Robert E. (1959): *Political Life. Why People get Involved in Politics*, Glencoe.
- Merkel, Wolfgang (1999): *Systemtransformation*, Opladen.
- Müller, Albrecht (2004): *Die Reformlüge*, München.
- Neller, Katja (2005): *„Auferstanden aus Ruinen“? Das Phänomen DDR-Nostalgie*, in: Oscar W. Gabriel / Jürgen W. Falter / Hans Rattinger (Hrsg.): *Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland*, Baden-Baden, S. 339-381.
- Neller, Katja (2006): *Getrennt vereint? Ost-West-Identitäten, Stereotypen und Fremdheitsgefühle nach 15 Jahren deutscher Einheit*, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.): *Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich*, München, S. 13-36.
- Neller, Katja / van Deth, Jan W. (2006): *Politisches Engagement in Europa*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 30-31, S. 30-38.
- Niedermayer, Oskar (2005): *Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der Deutschen*, Wiesbaden, 2., akt. und erw. Aufl.
- Noelle-Neumann, Elisabeth / Köcher, Renate (2002), *Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 1998 – 2002*, Band 11, München.
- Patzelt, Werner J. (2005): *Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie*, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 36, S. 517-538.
- Pickel, Susanne / Pickel, Gert (2006): *Politische Kultur- und Demokratieforschung. Grundbegriffe, Theorien, Methoden*, Wiesbaden.

Rattinger, Hans (2006): Die Parteien: Ungeliebt – aber ohne Alternative, in: Jürgen W. Falter u.a. (Hrsg.): Sind wir ein Volk? Ost- und Westdeutschland im Vergleich, München, S. 82-106.

Roller, Edeltraud (2006): Das Bildungs- und Gesundheitssystem im Urteil der Bürger, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 30-31, S. 23-30.

Schirmacher, Frank (2004): Das Methusalem-Komplott, München, 28. Aufl.

Stöss, Richard u.a. (2004): Abschlussbericht des Forschungsprojekts „Gewerkschaften und Rechtsextremismus“, Berlin (als Download abrufbar unter: http://www.polwiss.fu-berlin.de/projekte/gewrex/gewrex_downl.htm)

Stöss, Richard u.a. (2005): Rechtsextremismus im Wandel, Berlin.

Thüringer Landesamt für Statistik (Hrsg.) (2005): Statistisches Jahrbuch Thüringen, Erfurt.

Völkl, Kerstin (2005): Fest verankert oder ohne Halt? Die Unterstützung der Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel / Jürgen W. Falter / Hans Rattinger (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 249-284.

Walter-Rogg, Melanie (2005): Politisches Vertrauen ist gut – Misstrauen ist besser? Ausmaß und Ausstrahlungseffekte des Politiker- und Institutionenvertrauens im vereinigten Deutschland, in: Oscar W. Gabriel / Jürgen W. Falter / Hans Rattinger (Hrsg.): Wächst zusammen, was zusammengehört? Stabilität und Wandel politischer Einstellungen im wiedervereinigten Deutschland, Baden-Baden, S. 129-186.

Winkler, Jürgen R. (2005): Persönlichkeit und Rechtsextremismus, in: Siegfried Schumann / Harald Schoen (Hrsg.): Persönlichkeit: Eine vergessene Größe der empirischen Sozialforschung, Wiesbaden, S. 221-241.

Bisherige THÜRINGEN-MONITORE

THÜRINGEN-MONITOR 2000: Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2000, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1106.

THÜRINGEN-MONITOR 2001: Jugend und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2001, Drucksache des Thüringer Landtags 3/1970 (auch veröffentlicht als Dicke, Klaus u.a. [2001]: Jugend und Politik. Ergebnisse von zwei repräsentativen Befragungen 2001, Erfurt).

THÜRINGEN-MONITOR 2002: Familie und Politik. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2002, Drucksache des Thüringer Landtags 3/2882.

THÜRINGEN-MONITOR 2003: Einstellungen zur Demokratie. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2003, Drucksache des Thüringer Landtags 3/3765.

THÜRINGEN-MONITOR 2004: Gerechtigkeit und Eigenverantwortung. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/551.

THÜRINGEN-MONITOR 2005: 1990-2005: Das vereinigte Deutschland im Urteil der Thüringer. Einstellungen zur Reform des Sozialstaats, Drucksache des Thüringer Landtags 4/1347.

Alle bisherigen THÜRINGEN-MONITORE sind darüber hinaus auf der Homepage der Thüringer Staatskanzlei unter <http://www.thueringen.de/de/politisch/tm/> abrufbar.